

Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
Band: 136 (1958)

Artikel: Basel zu Beginn des ersten Weltkrieges : 1914 und 1915 : Aufgaben und Sorgen einer Grenzstadt
Autor: Wild, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1006908>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basel zu Beginn des ersten Weltkrieges 1914 und 1915

Aufgaben und Sorgen einer Grenzstadt

Von Paul Wild

136. Neujahrsblatt

Herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung
des Guten und Gemeinnützigen

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1958

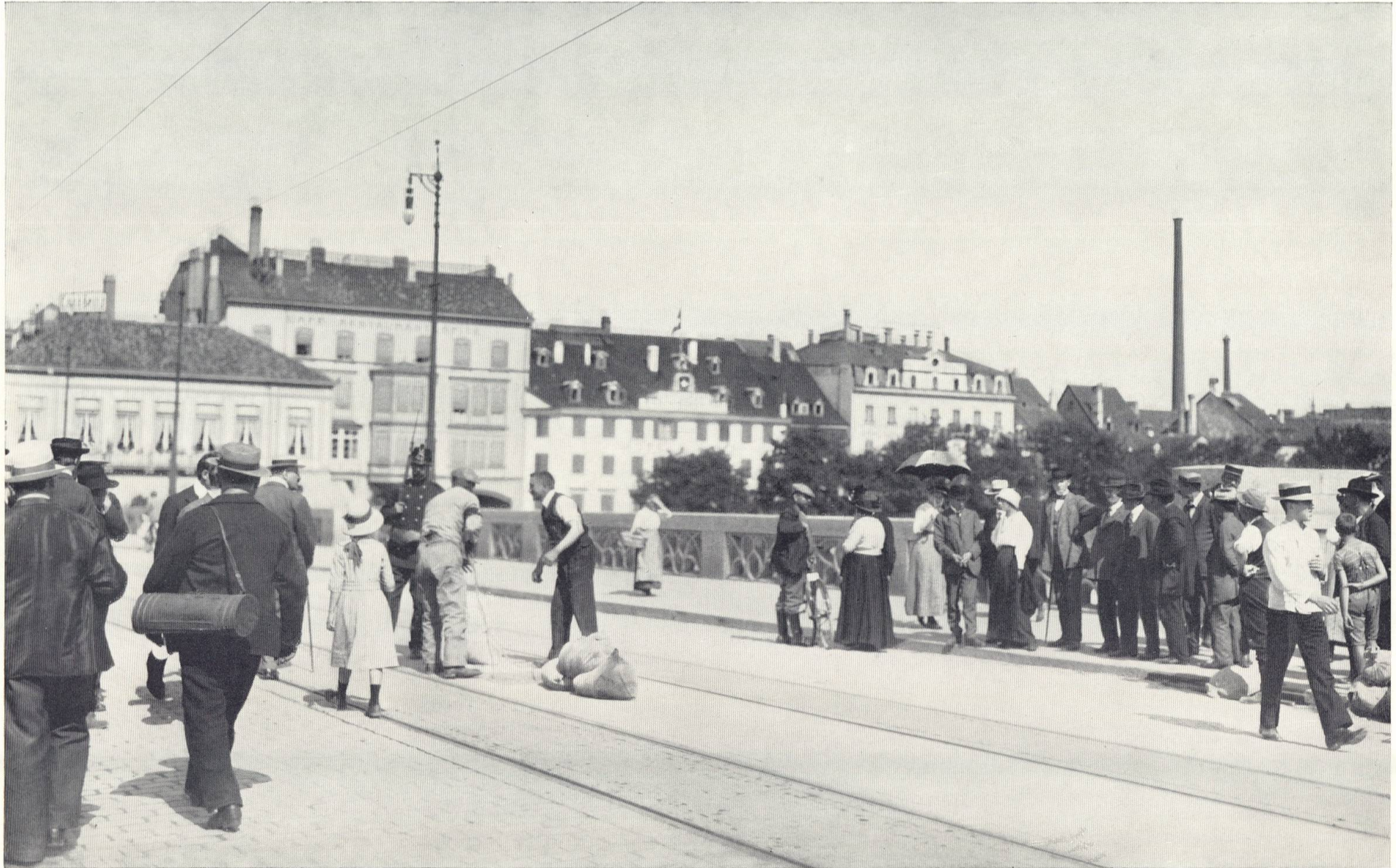


Photo C. Hoffmann, Basel

Die Mittlere Brücke wird miniert

Basel zu Beginn des ersten Weltkrieges 1914 und 1915

Aufgaben und Sorgen einer Grenzstadt

Von Paul Wild

136. Neujahrsblatt

Herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung
des Guten und Gemeinnützigen

In Kommission bei Helbing & Lichtenhahn, Basel 1958

© Copyright 1958 by Helbing & Lichtenhahn, Verlag, Basel
Druck: Boehm & Co. vorm. Schweiz. Verlags-Druckerei, Basel

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
Vorwort	5
<i>1914</i>	
I. Vor dem Sturm	7
1. Die europäische Lage	7
2. Friedliche Gesinnung	8
3. Schlagschatten	10
II. Kriegsausbruch	12
1. Erste Vorsichtsmassnahmen	12
2. Mobilmachung und Aktivdienst	12
3. Durchreisende Fremde und italienische Flüchtlinge	19
4. Längs der Grenze	22
Grenzkontrolle	22
Beobachtungen, Nachrichten und Gerüchte	25
5. Wirtschaftliche Panik der Bevölkerung	29
6. Fremdenpolizei und Spionageabwehr	30
7. Neue Aufgaben der Behörden	34
III. Kantonale Politik und Wirtschaft	38
1. Wohnbevölkerung und Behörden von Basel-Stadt 1914-1918	38
2. Anpassung des Staatshaushalts an die Kriegserfordernisse	39
3. Umstellung auf die Kriegswirtschaft	41
Sicherung der Versorgung und der Vorratshaltung	41
Kampf gegen die Teuerung	46
Die Krise auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt	50
Regelung der Arbeitszeit und der Löhne	52
4. Organisation der Fürsorge	56
5. Das geistige Leben	60
IV. Die öffentliche Meinung und der Krieg	61
1. Die Einstellung zu den beiden Kriegslagern	61
2. Der «Graben» zwischen Deutsch und Welsch	65
3. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu Krieg und Landes- verteidigung	66
Internationalismus und Friedensfrage	66
Landesverteidigung und Grenzschutz	67
V. Basel und die Politik der Eidgenossenschaft	68
1. Abstimmungen und Wahlen	68
2. Die eidgenössischen Finanzen	68

	1915	Seite
I. Basel im Kontakt mit dem Ausland		71
1. Die Lage an der Grenze		71
2. Ablösungsdienste und Diskussion um das Ausmass der Wehrkraft		76
3. Kampf gegen das Spitzeltum		80
4. Das Problem der Militärflüchtlinge		82
II. Neue Umstellungen		84
1. Staatshaushalt, Gesetzgebung und Verwaltung		84
2. Ausbau der Kriegswirtschaft		87
3. Ausdehnung der Fürsorge und der Wohltätigkeit		97
4. Die Sorge um Basels wirtschaftliche Zukunft		99
5. Politik und Kultur		102
III. Eidgenössische Aufgaben		105
1. Eine Auseinandersetzung mit dem Bundesrat		105
2. Neutralität und Friedensfrage		109
3. Die nationalpolitische Krise		111
4. Die wirtschaftliche Krise		114
5. Basels Stellungnahme zur Erhaltung des Landeskredits		115
6. Ausblick		118

Quellen

Basler Staatsarchiv: Akten zum ersten Weltkrieg. Dossiers: 1. Allgemeines; 2. Neutralität; 3. Spionage; 4. Presse; 5. Kriegsteilnehmer; 6. Deserteure und Refraktäre; 7. Evakuierte.

Kantonsblatt von Basel-Stadt 1914 und 1915.

Basler Nachrichten 1914 und 1915.

National-Zeitung 1914 und 1915.

Basler Vorwärts 1914 und 1915.

Basler Jahrbuch 1914–1916 (Chroniken).

Die schweizerische Grenzbesetzung 1914/15 (4 Hefte).

Bataillon 99, 1915–1935. Ein Soldatenbuch.

Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz (Weltkrieg).

Edgar Bonjour: Geschichte der schweizerischen Neutralität.

Paul Burckhardt: Geschichte der Stadt Basel.

Colonel A. Cerf: La guerre aux frontières du Jura.

Richard Feller – Edgar Bonjour: Geschichte der Schweiz.

Ernst Gagliardi: Geschichte der Schweiz.

Otto Gutmann: Basel im August 1914.

Jakob Ruchti: Geschichte der Schweiz während des Weltkrieges (2 Bände).

Paul Siegfried: Die Schweiz im Weltkrieg.

Georges Wagnière: La Suisse et la grande Guerre.

Vorwort

Nachdem im letztjährigen Neujahrsblatt Basels Schicksale im zweiten Weltkrieg anschaulich geschildert worden sind, darf vielleicht auch eine Darstellung auf das Interesse des Lesers rechnen, die ein Bild der Lage unserer Vaterstadt während des ein Vierteljahrhundert früher tobenden Völkerringens zeichnen möchte, auch wenn bloss die ältere Generation jene schwere Zeit bewusst miterlebt hat. Ein solches Unternehmen beruht auf besonderen Voraussetzungen. Zunächst stehen heute für die schon vier Dezennien zurückliegende Periode die amtlichen Akten des Staatsarchivs zur Verfügung, welche viele und teilweise überraschende Einblicke in Vorgänge und Motive gewähren, die dem Zeitgenossen noch verborgen bleiben mussten. Sodann war die geistige Konstellation der Menschen von 1914 ganz anders als 1939; die Plötzlichkeit des Kriegsausbruchs, dem unsere Bevölkerung zuerst ganz fassungslos gegenüber stand, zwang sie zu einschneidenden Umstellungen auf allen Lebensgebieten, womit sie sich nur allmählich abfinden konnte; auch dass ein Weltkrieg jahrelang dauern kann und selbst die Grundlagen eines neutralen Landes erschüttern muss, vermochte damals kaum jemand auch nur zu ahnen. Und schliesslich gestattet der zeitliche Abstand, dass die Geschehnisse nicht nur als blosse Fakten registriert, sondern in steter Wechselwirkung mit dem herrschenden Zeitbewusstsein konfrontiert werden, um den Entwicklungsprozess zu beleuchten, den unser Volk seither durchgemacht hat. Unser Bericht möchte also vor allem verdeutlichen, wie Basel den ersten Weltkrieg *erlebt* und *empfunden* hat. Dies schien möglich, indem die Presse, der stärkste Spiegel der öffentlichen Meinung, fortlaufend herangezogen wurde. Die drei wichtigsten Basler Zeitungen, die «Basler Nachrichten», die «National-Zeitung» und der «Vorwärts», verfolgten nicht nur mit wacher Teilnahme den Verlauf des Kriegs, sondern noch aufmerksamer und hell-

höriger die Ereignisse im engeren und weiteren Vaterland; ihre Stellungnahme liefert damit einen unentbehrlichen Schlüssel zum Verständnis des damaligen Geschehens.

Die Fülle des Stoffes nötigte zu bestimmten Abgrenzungen des Themas. Die Darstellung muss vorerst mit dem Ende des Jahres 1915 abbrechen; selbst innerhalb dieses Zeitraums kann manches nur gestreift werden oder muss ganz unerwähnt bleiben. Soweit es sich nicht um militärische Vorgänge handelt, wurde auch auf die Einbeziehung der schweizerischen Nachbargebiete verzichtet. Dagegen erforderte die Grenzlage Basels, dass sich der Blick über die Landesmark hinaus nach dem nahen Kampfplatz richtete, mit dem es sich gewissermassen schicksalsverbunden fühlte; denn 1914 wurden Grenzschraken noch nicht als ideologische Mauern empfunden. Da unsere Behörden sich bei der Befolgung der vom Bundesrat und von der Armee erlassenen Vorschriften mit oft widerspruchsvollen Verhältnissen auseinanderzusetzen hatten, mussten auch diese eidgenössischen Massnahmen erwähnt werden.

1914

I. Vor dem Sturm

1. *Die europäische Lage*

Als im Hochsommer 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, ging eine Friedensperiode von 43 Jahren zu Ende; denn seit dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 war Mitteleuropa von gewaltsamen Erschütterungen verschont geblieben. Freilich hatte jener Friedensschluss Frankreich eine tiefe Wunde geschlagen, da es Elsass-Lothringen dem siegreichen Deutschen Reich ausliefern musste; aber die diplomatische Kunst Bismarcks und die gewaltige militärische Rüstung seines Landes verboten es den andern Mächten, sein Lebenswerk, die Vormacht des Reichs, in Frage zu stellen. Erst sein Sturz im Jahr 1890 leitete eine neue Konstellation ein: dem 1882 geschaffenen Dreibund (Deutschland, Österreich, Italien) traten 1893 ein Bündnis zwischen Frankreich und Russland und 1904 und 1907 eine Annäherung Englands an Frankreich und Russland entgegen. Dieses Gleichgewicht der Grossmächte, das kriegerische Auseinandersetzungen hätte verhüten können, wuchs sich aber zu einer immer grösseren Gefährdung des Friedens aus, weil die ursprünglich defensiven Allianzen zum Werkzeug des Wettlaufs um die Verfügung über die überseeischen Gebiete wurden, und weil sich das Bedürfnis nach nationaler Geltung zum imperialistischen Prestige steigerte.

Die Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers in Serajewo am 28. Juni 1914 durch bosnische Verschworene, welche damit gegen die Expansion der Donaumacht auf dem Balkan demonstrieren wollten, war der Funke, der das Pulverfass binnen weniger Wochen entzündete. Da Russland sich hinter das von Österreich bedrohte Serbien stellte und Deutschland seinem Bundesgenossen freie Hand liess, folgten sich die Kriegserklärungen Schlag auf Schlag; Deutschland eröffnete die Feindseligkeiten gegen seine Nachbarn im Osten und Westen, um durch Schnelligkeit die Gefahren des Zweifrontenkriegs auszugleichen. Sein verhängnisvoller Entschluss, mit

dem Durchmarsch durch das neutrale Belgien eine rasche Entscheidung gegen Frankreich herbeizuführen, rief England auf den Plan, weil es von einem Sieg der grössten Kontinentalmacht die Bedrohung seiner See- und Weltgeltung befürchtete. Im Frühjahr 1915 trat Italien der Entente bei; im März 1917 forderte Deutschland durch seinen unbeschränkten Unterseebootkrieg die USA heraus, so dass trotz dem Ausfall Russlands, wo die bolschewistische Revolution den Kampf abbrach, die Entente im Spätherbst 1918 die durch die jahrelange Blockade ausgehöhlten Zentralmächte niederwerfen konnte. Der 1919 geschlossene Friedensvertrag von Versailles besiegelte die Niederlage des zur Republik umgewandelten Deutschen Reichs und gab Elsass-Lothringen an Frankreich zurück.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft erfüllte während der ganzen Dauer des Ringens ihre Pflicht, sich in strenger Handhabung der Neutralität jeder Einmischung zu enthalten, aber auch durch das Aufgebot ihrer Armee die Kriegsfurie von ihren Grenzen fern zu halten.

2. Friedliche Gesinnung

Die lange Friedenszeit, die auf den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 folgte, liess trotz den vermehrten zwischenstaatlichen Spannungen seit der Jahrhundertwende das Schweizervolk nicht auf die Gefährdung des herrschenden Gleichgewichts der europäischen Mächte durch eine plötzliche Konflagration gefasst sein. Auch die Bevölkerung der Grenzstadt Basel, die auf beiden Ufern des Rheins deutsches Hoheitsgebiet (Grossherzogtum Baden und Reichsland Elsass) berührte, fühlte sich in ihrer Sicherheit um so weniger bedroht, als sie nicht ernsthaft an die Möglichkeit glaubte, diese Umgegend könnte über Nacht Schauplatz eines blutigen Ringens auf Leben und Tod zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich werden. Seit Jahrhunderten pflegte die Rheinstadt mit dem Breisgau wie mit dem Sundgau gute Nachbarschaft. Nicht nur kehrten die Bewohner der Dörfer bis gegen Freiburg und Mülhausen hinab und bis Todtnau und Waldshut hinauf regelmässig bei uns ein, um in unseren Geschäften einzukaufen, sondern es hatten auch zahlreiche Süddeutsche als Angestellte, Arbeiter oder Dienstboten ihren Wohnsitz dauernd oder wenigstens für längere Zeit in unseren Mauern aufgeschlagen und sich dem sprachverwandten alemannischen Volksschlag soweit angepasst, dass sie sich wie daheim fühlten und von den Einheimischen nur selten als Fremdkörper empfunden wurden; auch wurde die Arbeitskraft, die sie in den Dienst unserer Volkswirtschaft stellten, als wertvoller und nicht leicht ersetzbarer Beitrag an das Gedeihen der Stadt

geschätzt. Für die Basler waren der Schwarzwald und die Vogesen ein ebenso beliebtes Ausflugsgebiet wie der Jura, das man ohne Pässe aufsuchen konnte.

Zwei Begebenheiten, die sich nur am Rand des Bewusstseins abspielten und der Mehrzahl der Basler bloss aus der Zeitung bekannt wurden, verstärkten die Stimmung, dass der Lauf der Welt wohl noch lange in geregelter Bahn bleiben werde. Als Kaiser Wilhelm II. im September 1912 zu seinem Besuch der Manöver in der Ostschweiz, von Strassburg kommend, durch Basel fuhr, begrüßte ihn eine Delegation der Regierung auf Schweizer Boden, bevor ihn der Hofzug nach kurzem Halt aus dem Elsässerbahnhof nach Zürich führte. Im September 1913 fanden im Raum zwischen dem Wiesen- und dem Kandertal bis zum Tüllingerberg grosse Manöver des 14. deutschen Armeekorps statt, wo Prinz Max von Baden, der 1918 als letzter Reichskanzler der Hohenzollernmonarchie bekannt werden sollte, als Chef der Schiedsrichter fungierte. Als auf das Signal «Ende Feuer» die feldgrauen Soldaten mit lautem Jubel aus ihren Schützengräben sprangen — sie standen nach 2-jährigem Dienst vor der Entlassung — ahnte wohl keiner, dass er noch vor Ablauf eines Jahres zum Kampf für sein Vaterland zur Waffe werde greifen müssen. Und auch die zahlreichen Schlachtenbummler aus Basel, welche unter der milden Herbstsonne mit staunendem Interesse das imponierende Kriegsspiel verfolgten, dachten nicht daran, dass es so bald zum blutigen Ernst werden könnte. Noch weniger sahen sie in der gewaltigen Rüstung des Nachbarn eine Gefahr für unsere eigene staatliche Existenz.

Ein Ereignis ganz entgegengesetzter Art mahnte jedoch zu nachdenklicher Einsicht in die Brüchigkeit des Friedens und damit auch in die Fragwürdigkeit unserer Sicherheit. Als der Erste Balkankrieg das Menetekel eines Weltbrandes an die Wand malte, berief das Büro der sozialistischen Internationale einen Kongress der Arbeiterparteien aller Länder nach Basel ein, um durch eine machtvolle Demonstration für den Frieden die Völker vor der ungeheuren Gefahr zu warnen und durch die Losung «Krieg dem Krieg» aufzurütteln. Damit wurde unsere Vaterstadt fast zufällig zum Zeugen einer Kundgebung, die für viele Aussenstehende, welche dem pazifistischen Ideal der sozialistischen Bewegung gleichgültig oder sogar feindlich gegenüberstanden, zu einem inneren Erlebnis wurde. Es schien unerhört, dass am 24. November 1912, einem Sonntag, ein Heereszug von 5000 Teilnehmern mit roten Fahnen, unter Glockengeläute und Orgelklang durch das Portal des ehrwürdigen Münsters trat und dass, von einem Vertreter der Regierung begrüßt, Führer der Internationale wie der Schweizer Greulich, der Franzose Jaurès, der Österreicher Adler und der Engländer Keir-Hardie die Kanzel bestiegen und mit flammenden Worten dagegen protestierten, dass die Völ-

ker, und besonders die Werktätigen, von den Staatsmännern aufeinander gehetzt werden sollten. Die Unbefangenheit, mit der die kirchlichen Behörden die Kathedrale diesem weltlichen Schrei nach Erlösung von der Kriegsfurcht geöffnet hatten, verfehlte ihren Eindruck auf die religiös indifferenten Demonstranten nicht, von denen weitere 5000 draussen auf dem Münsterplatz sich um die Tribünen anderer Redner scharten. Aber ebenso gewiss hat der Respekt vor der Auflehnung mutiger Männer gegen das Kriegsgespensst dazu beigetragen, dass mancher gut patriotische Basler, der dann entschlossen seine Pflicht an der Grenze tat, nie die Hoffnung auf einen gerechten und dauernden Frieden aufgab. Vermochte auch die Arbeiterinternationale den Krieg nicht zu verhüten, so hatte ihr Bekenntnis zur Solidarität der Friedliebenden in Basel eine mächtige Resonanz gefunden.

3. Schlagschatten

Unter der ruhigen Oberfläche unseres Bodens verzeichnete der Seismograph geraume Zeit vor dem Kriegsausbruch einige leichte Stösse, die nur von den Behörden registriert, von der Bevölkerung aber kaum wahrgenommen wurden. Als in der Morgenfrühe des 27. Juni 1913 ein in Mülhausen aufgestiegenes deutsches Militärflugzeug beim Bäumlihof notlanden musste und nach einer rasch vollzogenen Reparatur seinen Weg nach Konstanz fortsetzte, nahm das Polizei-Departement im Auftrag der Regierung eine Untersuchung vor, ob die Überfliegung von Schweizerboden in neutralitätswidriger Absicht erfolgt sei. Obschon die Einvernahme der wenigen Augenzeugen, die mit den Insassen, zwei Offizieren, gesprochen hatten, die Vermutung bestätigte, dass es sich um ein unbeabsichtigtes Missgeschick handelte, berichtete die Regierung an den Bundesrat. Erst am 14. März 1914 meldete dieser, das preussische Kriegsministerium habe die Anfrage unserer Gesandtschaft in Berlin befriedigend beantwortet. Wenn die Akten keine ausdrückliche Entschuldigung der deutschen Behörden erwähnen, wie dies dann im Krieg bei Überfliegungen von der Schweiz meist mit Erfolg verlangt wurde, so beweist die stillschweigende Hinnahme solcher Unterlassung, wie wenig misstrauisch man damals im «tiefen Frieden» noch war.

Beunruhigender war eine sich seit der Jahreswende 1913/14 bemerkbar machende Tätigkeit ausländischer Spione. Ein Kreisschreiben des Eidgenössischen Justiz-Departements an die Kantone ersuchte diese, alle verdächtigen Wahrnehmungen der Bundesanwaltschaft mitzuteilen, da eine seit mehreren Jahren gegen fremde Staaten und gegen die Schweiz spionierende Agentur in Genf ausgehoben worden sei. In seiner Antwort konnte unser Polizei-

Departement darauf hinweisen, dass Inspektor Müller schon längere Zeit im Auftrag von Generalstabsoberst Egli Spionageverdächtige überwache und dies weiter zu tun gedenke. Bald darauf verlief eine von der Bundesanwaltschaft veranlasste Untersuchung des auf den Namen des verstorbenen Polizei-Inspektors von St. Ludwig eingeschriebenen Postfachs zwar negativ; als jedoch ein halbes Jahr später das in Biel erscheinende «Journal du Jura» in einem Leitartikel zu erzählen wusste, die französische Abwehr habe in Reims einen von der deutschen Agentur in Basel gedungenen Spion erwischt, sandte das von Bern alarmierte Polizei-Departement einen seiner Offiziere nach Biel; der verantwortliche Redaktor musste diesem jedoch gestehen, ohne eigene Belege sein Elaborat dem «Temps» entnommen zu haben. Schon vorher hatten die «Basler Nachrichten» es in das Reich der Fabel verwiesen, da der deutsche Spionagedienst im Gegensatz zum französischen keine Organe im Ausland residieren lasse; immerhin falle es auf, dass allenthalben schiffbrüchige Existenzen mit deutschen Agenten aus dem Elsass bei uns Fühlung hielten. Wenn also unser Polizei-Inspektorat in seinem Bericht an den Bundesanwalt die Bieler Meldung als phantastischen Journalistenroman anprangern konnte, so hatte es doch einen übeln Vorgeschmack der bald ins Kraut schießenden Hetze welscher Zeitungen erhalten. Es hätte wohl besser getan, wenn es bereits in diesem ersten Fall das «Journal du Jura» auf Widerruf eingeklagt und dadurch allen künftigen Verleumdungen einen Riegel gestossen hätte.

Wie fremde Militärflüchtlinge (Refraktäre und Deserteure) zu behandeln seien und welche Instanz sie zu überwachen habe, war nicht restlos abgeklärt. Während im Sommer 1913 die Regierung nach einer Rückfrage in Bern einem deutschen Refraktär provisorisch den Aufenthalt bewilligte, erhielt das Polizei-Departement erst kurz vor Kriegsausbruch vom Generalstab die Instruktion, Angaben von Fremden, die sich als Deserteure ausgaben oder als solche verdächtig waren, genau zu prüfen. Die Regierung sollte es im Lauf der Kriegsjahre empfindlich zu spüren bekommen, dass diese für einen an den Kriegsschauplatz angrenzenden Kanton besonders stachelige Frage nur schwer zu lösen war; denn einerseits verboten die Niederlassungsverträge mit dem Ausland ein rigoroses Vorgehen, andererseits forderte das Interesse Basels, eine Ansammlung von Militärflüchtlingen auf seinem engen Gebiet zu verhüten. Zwar konnten ihnen die Kantone das Asylrecht gewähren oder verweigern, da es noch keine eidgenössische Fremdenpolizei gab, und der Bund konnte die Aufnahme nur dann befehlen, wenn er für die finanziellen Folgen aufkam. Da aber Refraktäre nicht als politische Flüchtlinge galten, durften die Kantone sie weder einander zuschieben noch ihrem Heimatstaat ausliefern.

II. Kriegsausbruch

1. Erste Vorsichtsmassnahmen

Ein Wetterleuchten erschien am Horizont, als am 27. Juli die Presse meldete, es seien Generalstabsoffiziere nach Bern einberufen; dies bedeute zwar keinen Alarm, sondern nur eine vorsorgliche Massregel für den Fall einer Grenzbesetzung. Zwei Tage später wurde die Nachricht dementiert, da unsere militärische Bereitschaft ausserordentliche Anordnungen überflüssig mache; auch eine ausreichende Getreideversorgung des Landes werde vom Oberkriegskommissariat überwacht.

Als dann jedoch durch die Pikettstellung der Armee am 31. Juli dem Volk der Ernst der Lage bewusst wurde, rief unsere Regierung ihre in den Ferien weilenden Mitglieder sowie das beurlaubte Staatspersonal an seine Posten zurück. Da das Areal des Badischen Bahnhofs administrativ eine deutsche Exklave auf Basler Boden war, erhielt die Polizei den Befehl, das Verhalten der im Kleinbasel wohnenden Bahnbeamten unauffällig zu beobachten, um allenfalls auf die militärischen Absichten Deutschlands schliessen zu können; das Ergebnis scheint aber nur sehr gering gewesen zu sein, da bloss ein Detektiv berichten konnte, die Bähnler politisierten zwar lebhaft in den Wirtschaften, hätten aber offenbar noch keine Instruktionen für den Kriegsfall erhalten. Nachdem an der Börse zunächst der Handel mit Aktien suspendiert worden war, wurde sie am 29. Juli für vorläufig 3 Tage geschlossen, um einem Sturz der Kurse zu steuern und die Überwälzung der Spekulation von auswärts auf den Basler Markt zu verhüten. Die definitive Wiedereröffnung erfolgte erst im zweiten Kriegsjahr.

Dem Ernst der Lage gemäss gemahnte nur das Geläute der Kirchenglocken am Abend des 1. August an den Geburtstag der Eidgenossenschaft; die Vereine, die sonst diesen Anlass mit festlich-heiterem Programm begingen, sagten ihre Feiern ab; auch das übliche Feuerwerk unterblieb. Wenige Wochen später hätte zum Gedenken der Schlacht bei St. Jakob das alle 5 Jahre stattfindende «Regierungsfest» abgehalten werden sollen. Schon weil viele Teilnehmer an der Grenze standen, musste darauf verzichtet werden. Nur ein schlichter Kranz, der am Denkmal niedergelegt wurde, bezeugte die innere Verbundenheit der Stadt Basel mit den Helden von 1444.

2. Mobilmachung und Aktivdienst

Die am frühen Morgen des 1. August vom Bundesrat befohlene Mobilisation der ganzen Armee spielte sich auch in Basel reibungslos ab. Schon am

gleichen Nachmittag rückte das Landsturmбатаillon 51 unter dem Kommando von Hauptmann Köchlin auf der damals noch nicht überbauten Margarethenwiese ein und bezog, nachdem es scharfe Munition und das Korpsmaterial gefasst und den Fahneneid geleistet hatte, seine Posten an den Grenzübergängen von der Chrischona bis nach Allschwil sowie auf den Brücken und in den Bahnhöfen, um die dort mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett wachenden Polizeimänner abzulösen. Mit Genugtuung verzeichnete die Presse den ruhigen Verlauf dieser ersten Massnahme, die nach der Weisung des Militär-Departements nur bezweckte, die Grenze zu beobachten und die Ordnung an den Übergängen zu wahren. Viele Frauen und Kinder konnten sich am 2. August auf einem Sonntagsspaziergang durch einen Besuch der Wachtposten überzeugen, dass ihre Gatten und Väter gelassen, aber ihrer soldatischen Verantwortung bewusst, die Landesmark hüteten. Nicht erst im heutigen Zeitalter der feldgrauen Uniform, des Stahlhelms und der Maschinenpistole, sondern schon damals mochte der Anblick der wackeren Landsturmmänner, von denen mancher das Sturmband des Tschakos über einen mächtigen Vollbart ziehen musste und Waffenrock und Leibgurt nur mit Mühe zuknöpfen konnte, entfernt an die Gestalten der längst vergessenen Stänzer erinnern, die einst das hinter seinen Mauern und Toren geschützte Basel behütet hatten.

Dafür machte dann der Aufmarsch des Gewaltharstes des Auszugs und der Landwehr am Nachmittag des 3. August einen um so imposanteren Eindruck auf die Zuschauermassen. Im Kasernenhof besammelte sich das Füsilierбатаillon 54 (Major Gustav Senn), im Bläsischulhaus das Bruderбатаillon 97 (Major Alioth); beide zusammen bildeten das baselstädtische Infanterieregiment 22 (Oberstleutnant Otto Senn). Die aus Baslern bestehende 1. Kompanie des Schützenбатаillons 5 rückte auswärts ein. Im Gotthelfschulhaus stellte sich das Landwehrбатаillon 144 (Major Lichtenhahn), im Weiherwegschulhaus die Landsturmkontingente der Kavallerie und des Trains, im Spalenschulhaus die der Artillerie und der Sanität und in der Kaserne die der Genie- und Verpflegungstruppen. Auf der Schützenmatte, dem Schellenmätteli (Areal des heutigen Frauenspitals) und der Luftmatt wurden die Pferde gemustert, auf dem Wielandplatz die Fuhrwerke, Autos und Fahrräder eingeschätzt. Das Platzkommando (Oberst Buel) und das Quartieramt installierten sich in der Gewerbeschule. Auszug und Landwehr der Spezialtruppen hatten an ihren entfernten Waffenplätzen einzurücken. Der Zustrom vieler aus dem Ausland heimkehrender Wehrmänner, zu deren Equipierung die Jungmannschaft des militärischen Vorunterrichts ihre Bewaffnung und Ausrüstung der Zeughausverwaltung abtreten musste, veranlasste die Militärdirektion, das überfüllte Infanterieregiment durch die Bildung eines Er-

satzbataillons, das nach der Innerschweiz disloziert wurde, zu entlasten. Ende August beschloss der Bundesrat, den Entscheid über die Schaffung des von der Regierung gewünschten dritten Füsilierbataillons noch zu verschieben; als aber im März 1915 die 4. Division wieder zur Ablösung aufgeboten wurde, befahl der General die Einverleibung der neuen Einheit mit der Nummer 99 (Major Lotz) in unser Regiment, das damit die normale Stärke von 3 Bataillonen zu 4 Kompanien erhielt, von denen wie im übrigen Auszug später je eine als Maschinengewehrkompanie ausgerüstet und ausgebildet wurde.

Noch am Abend des 3. August übernahmen einige Auszugseinheiten die Feldwachen an den Zollstrassen und längs der Grenze; der abgelöste Landsturm konnte sich auf die Obhut über die Bahnhöfe und Brücken beschränken und wurde noch vor Ende des Monats auf Pikett entlassen. (Er hatte nur noch einmal, im Sommer 1917, für wenige Wochen einzurücken, um Munitionsdepots im Landesinnern zu bewachen.) Auch die Landwehr konnte im September heimkehren, musste aber bis zum Kriegsende immer wieder Ablösungsdienste, meist im Gotthardgebiet und im Tessin, leisten. Der Auszug jedoch blieb vorerst ohne Aussicht auf Urlaub im Grenzsektor der Stadt; die Kompanien hatten abwechselnd die Besatzung der Offiziers- und Unteroffiziersposten an den Übergängen zu stellen; in der Zwischenzeit übten sie in ständiger Alarmbereitschaft in der Nähe der ihnen als Kantonnements zugewiesenen Quartierschulhäuser.

Nicht nur die feierliche Vereidigung der Truppen rief bei der Bevölkerung trotz strömendem Regen einen tiefen Eindruck hervor, sondern auch die Verwandlung unserer mit militärischen Schauspielen nicht verwöhnten Stadt in ein Heerlager weckte Neugier und Schaulust. Die Minenkammern der Brücken wurden geladen, die Brückenköpfe mit Barrikaden versehen, die Anhöhen beidseits des Birsigs durch Schützengräben befestigt; die Grenze wurde durch Schweizerfähnchen markiert; auch über dem Rheinbett wurden Fahnen aufgezogen; da und dort waren Stützgerüste, die der Abwehr von Fliegern mit Gewehren dienen sollten, aufgerichtet; bei Allschwil ragte ein Beobachtungsturm hoch in die Luft; über die Birs schlugen die Pontoniere befahrbare Holzbrücken, von denen diejenige unterhalb der Rütihard den Krieg überleben sollte; die Barrikaden und Gräben längs der Grenze wiesen bald keine Lücke mehr auf. In der Stadt sah man die mit roten Armbinden gekennzeichneten Hilfsdienstpflichtigen geschäftig umher eilen; das Quartieramt bereitete weitere Räumlichkeiten zur Aufnahme von Truppen vor; das Rote Kreuz richtete die Spitäler als Lazarette ein. Der Anblick und die Kunde von all dem bot nicht nur aufregende Abwechslung, sondern erregte auch zusammen mit den Geschehnissen jenseits der Grenze, die ihre Wellen

zu uns herüberwarfen, Sensationsgier und Gerüchtemacherei, so dass das Platzkommando das Publikum vor der Verbreitung unkontrollierbarer Nachrichten, welche die Neutralität gefährden konnten, warnte. Doch da die Mächte ihre Zusicherung, unsere Integrität zu achten, hielten, und da die Franzosen nach zweimaliger Besetzung Mülhausens den Sundgau endgültig räumten und sich auf die Sperre der Burgunder Pforte beschränkten, kehrte bald eine gewisse Beruhigung bei uns ein, und noch lange überwog das Gefühl der Dankbarkeit für den starken Grenzschutz alle kleinliche Kritik. Nicht nur die Freude an der strammen Haltung unserer Milizen, von denen nur wenige ein Dispensationsgesuch eingereicht hatten und deren Gesundheitszustand laut den wöchentlichen Bulletins des Armeearztes vorzüglich war, sondern auch das Entgegenkommen der militärischen Instanzen, die zivilen Anliegen womöglich entsprachen, trugen wesentlich zu der guten Stimmung bei. Um die Kantonnements sammelten sich Angehörige der Soldaten, aber auch sonstige Anwohner, und schenkten den durstigen Kehlen ganze Kessel Tee und versorgten sie mit Obst, Backwerk und Schokolade. Nach Verfügung des Generaladjutanten mussten an allen Truppenstandorten die Wirtschaften auch alkoholfreie Getränke zu angemessenem Preis abgeben, und der Zentralvorstand der Wirtevereine forderte seine Mitglieder auf, den Soldaten Rabatte zu gewähren.

Bald begannen einzelne Vereine die Liebestätigkeit zu organisieren. Pfadfinderinnen verteilten den Grenzposten von Firmen gespendete Tranksame; der «Christliche Verein Junger Männer» (CVJM) und der «Schweizerische Verband für Soldatenwohl» sammelten Lesestoff und Schreibmaterial für die neugeschaffenen Soldatenstuben, von denen in der Umgegend von Basel 10 betrieben wurden. (Der Abstinente Frauenverband war mit der Errichtung einer Baracke für warme Verpflegung beim Gotthelfschulhaus vorangegangen.) Die Frauenvereine kümmerten sich um die Besorgung der Leibwäsche von Wehrmännern, die keine Angehörigen hatten oder mittellos waren; die Heilsarmee setzte sich für Strick- und Flickarbeiten ein; Mädchenschulklassen sandten dem Basler Regiment selbsthergestellte Wäschestücke; der Rotkreuz-Chefarzt, Oberst Bohny aus Basel, rief zur Anfertigung von Hemden und Socken auf; ein «Verein für Kriegshilfe» konnte die von ihm betriebenen Nähssäle, wo zahlreiche arbeitslose Schneiderinnen beschäftigt waren, im Herbst nach der Anfertigung von über 4000 Hemden, 3250 Socken, vielen Unterkleidern und Handschuhen schliessen und sich auf die Sammlung von Stoffresten für «Finken» beschränken. Aus dem Ausland eingerückte und während Urlauben alleinstehende Soldaten wurden in manchen Familien aufgenommen. Auf Ersuchen des Territorial-Chefarztes halfen nichtdienstpflichtige Ärzte und auch Ärztinnen in den Militärsanitätsanstalten und

Spitälern aus. Das Bürgerspital reservierte für den Ernstfall auf Wunsch des Platzkommandos der Truppe sämtliche verfügbaren Betten, sowie Strohlager in der Küche und auf den Terrassen. Für das Rote Kreuz wurden 30 Frauen in einem Kurs für Krankenpflege ausgebildet, nachdem ein Aufruf des Schweizerischen Roten Kreuzes einen so grossen Widerhall gefunden hatte, dass die Überzähligen auf die Besorgung der Soldatenwäsche und auf den Dienst in Magazinen und Büros verwiesen werden mussten. Der Basler Zweigverein stellte seine Betten samt neuen Matratzen und Kissen den Etappenspitälern in Olten, Zofingen und Solothurn zur Verfügung, da in Basel kein Lazarett vorgesehen war; die Aufträge zur Herstellung von Wäsche übergab er andern Vereinen, welche die Arbeit von unterstützungsbedürftigen Frauen ausführen liessen. Das Sanitäts-Departement übernahm seine in der Stadt errichteten Samariterposten mit der gesamten Ausrüstung. Alle diese Leistungen im Dienst der Nächstenhilfe trugen dem Verein das beträchtliche Defizit von 4308 Franken ein, obschon die Zahl seiner Mitglieder von 1675 auf 1756 anstieg.

Ihren Höhepunkt erreichte die Liebestätigkeit in der Weihnachtszeit. Da ausser den Detachementen des Ersatzbataillons nur wenige Basler im Dienst standen, statteten Behörden und Volk auch den bei uns garnisonierenden Zürcher Einheiten der 5. Division ihren Dank ab. Die Regierung beteiligte sich mit einem namhaften Beitrag und bot den Soldaten in verschiedenen Lokalen ein Nachtessen, wobei jeder Einzelne ein mit dem Schweizerkreuz und dem Baselstab bedrucktes Taschentuch als Andenken erhielt. Eine neue Vereinigung «Zwischen Licht» hatte sich von der Generaladjutantur die Adressen von 2000 ausserhalb der Divisionsverbände dienstuenden Wehrmännern verschafft, um auch diese mit einer Spende zu bedenken. Auf Einladung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft machten zahlreiche Firmen standardisierte Geschenkpakete zum Verkauf bereit, die für alleinstehende Soldaten portofrei an das Rotkreuzdepot gesandt werden konnten.

Nach der Aufregung der ersten Wochen, wo einmal eine Probeabsperzung der Mittleren Rheinbrücke das Gerücht erzeugte, Kleinbasel solle geräumt werden, hielt die Beruhigung selbst dann an, wenn der Geschützdonner aus den Vogesen bis zu uns drang und nächtliche Scheinwerfer aus der Festung Istein daran erinnerten, dass der Sundgau von einem Tag auf den andern wieder Schauplatz grösserer Operationen werden könnte. Da die Basler sich persönlich von den umsichtigen Massnahmen zur Abwehr einer Überrumpelung überzeugen konnten, gewann wenigstens der vernünftige Beobachter bald das richtige Augenmass für die Beurteilung unserer militärischen Lage, ganz im Gegensatz zu phantastischen Vorstellungen, die da und dort im

Landesinnern spukten. Die auf der Schützenmatte und anderswo abgehaltenen Feldgottesdienste, an denen auch viele Zivilisten teilnahmen, bezeugten die innere Kameradschaft von Soldat und Bürger zum gemeinsamen Durchhalten. (Auch die Gottesdienste in den Kirchen waren so gut besucht, dass verschiedene Kirchgemeinden Abendandachten an Wochentagen abhielten.) Das Interesse an allem militärischen Geschehen wurde immer wieder wach, wenn ganze Schwadronen und Batterien durch die Stadt zogen und vor dem Platzkommandanten defilierten, oder wenn auf dem Schlachtfeld von Sankt Jakob Artillerieübungen stattfanden. Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sympathie war natürlich General Wille; nachdem er in der ersten Kriegswoche eine rasche Inspektionsfahrt durch unsern Abschnitt gemacht hatte, stattete er am 11. August Basel seinen offiziellen Besuch ab, und am 18. September durfte die Regierung ihn und den in corpore erscheinenden Bundesrat willkommen heissen.

Inzwischen stand unser Regiment 22 schon seit 3 Wochen nicht mehr auf Stadtgebiet, da es von Luzerner Einheiten in der vordersten Linie abgelöst und in das untere Birstal disloziert worden war. Als Mitte September die 6. Division die 4. Division im Armeeraum ersetzte, bezog es im Berner Seeland Reservestellung und blieb dort bis Anfang November. Nachdem ihm im Oktober ein 10tägiger Urlaub gewährt worden war, hatte es an grösseren Manöverübungen im oberen Baselbiet teilzunehmen, um sich über den Grad seiner Ausbildung auszuweisen; Ende November wurde es erstmals mit der gesamten 4. Division auf Pikett entlassen. Der viermonatige Dienst war streng gewesen; alle Dislokationen mussten auf den harten, staubigen Landstrassen bewältigt werden, da der Bahntransport für die aus entfernteren Gegenden benötigten Streitkräfte reserviert war und der Autocamion damals erst dem Nachschub diente. Freilich fielen Komplikationen durch Fliegerschutzübungen noch weg, und die Nacht gehörte ausser bei Alarmen der wohlverdienten Ruhe.

Noch müssen die wichtigsten Einschränkungen erwähnt werden, denen sich die Einwohnerschaft zufolge militärischer Vorschriften und administrativer Anordnungen zu unterziehen hatte und die fast ausnahmslos mit Interesse und Verständnis aufgenommen wurden. Der strenge Schiessbefehl an die Schildwachen, wodurch unstatthafte Annäherung an militärische Objekte verhindert wurde, erfuhr peinliche Beachtung. Laut Verfügung des Militär-Departements sperrte das bewaffnete Bahnpersonal die Passerellen und den Fussgängerverkehr über die Brücke der Verbindungsbahn; gleichzeitig hoben die SBB den Betrieb auf dieser Strecke sowie zwischen Basel und Riehen auf der Wiesentalbahn auf. Das Platzkommando verbot ausser für die Anwänder die nächtliche Benützung der Strasse zwischen dem heuti-

gen Volaplatz und dem Zollgebäude. Nachdem es zunächst auch das Befahren des Rheins untersagt hatte, wodurch auch der Betrieb der Fähren stillgelegt war, gab es den Verkehr mit Weidlingen Anfang September wieder frei, wobei jedoch die Eisenbahnbrücke nur auf dem linken Stromufer unterfahren werden durfte; das Rauchen war sowohl unter als auch auf der wieder geöffneten Fussgängerpassage der Brücke strikt verboten. Bald nachher wurden die Spazierwege auf dem Bruderholz und der Batterie frei gegeben; doch da viele Benützer querfeldein schweiften, beklagten sich die Landwirte über die unbedachte Beschädigung der Fluren. Der Kriegsfahrplan suspendierte namentlich mehrere Züge auf der Juralinie; der am 24. August wieder in Kraft gesetzte, aber reduzierte Zivildienst brachte eine Zugverbindung nach jeder Richtung durchschnittlich alle 2 Stunden. Doch beklagte sich die Basler Geschäftswelt über die mangelhafte Bedienung der Linie nach Olten, wo die Züge oft überfüllt waren und verspätet eintrafen. Auch die Postverwaltung sah sich wegen Personalmangels zu einschneidenden Restriktionen genötigt; erst Anfang Dezember standen dem Publikum wieder alle 10 Filialen, ausser der im Badischen Bahnhof, zur Verfügung; die Briefkastenleerungen wurden auf 5, die Austragungen auf 4 erhöht und die Schliessfächer wieder zugänglich gemacht. Zahlreiche charitative Institutionen durften sich der Portofreiheit erfreuen, die bald auch auf die Korrespondenz der kriegsgefangenen Wehrmänner, soweit ihre Angehörigen in der Schweiz wohnten, und später auf die Internierten ausgedehnt wurde. Der interurbane Telefonverkehr blieb nur bis zum Bezug der Truppenstandorte unterbrochen; für den Armeeraum, zu dem auch Basel gehörte, wurde er jedoch auch nachher nur unter dem Vorbehalt der Gesprächskontrolle frei gegeben; erst im Oktober wurde die militärische Telefonzensur ganz aufgehoben. Im internen Telegrammverkehr behielten militärische und amtliche Depeschen den Vorrang in der sofortigen Spedition. Nachdem Telegramme nach dem Ausland zuerst nur in offener Sprache, unterschrieben und ohne Garantie für ihre Ankunft, angenommen wurden, liess die Ober-telegraphendirektion später die ihr bekannten Codes sowie die telefonische Aufgabe wieder zu. Die Verwaltung der Strassenbahn hob für einige Zeit die Umsteigbillette auf und reduzierte die Spätkurse; ein neuer Fahrplan führte den 12-Minutenbetrieb ein.

Für manche Massnahmen musste sich die Regierung mit dem Platzkommando ins Einvernehmen setzen. Sie erhielt auf ihren Wunsch die Aufstellung einer Schildwache vor dem Rathaus, damit der Zutritt ausserhalb der Bürozeit kontrolliert wurde. Die Dächer der Spitalgebäude wurden mit dem roten Kreuz markiert. Obschon eine Verordnung von 1887 alle Einwohner mit einem gewissen Einkommen verpflichtete, Soldaten gegen ein tägliches

Kostgeld von 1 Franken zu verpflegen und zu beherbergen, beschränkte die Regierung dies auf die Offiziere, da die ständige Alarmbereitschaft die Konzentration der Truppe in Kantonnementen erforderte. Um so schwerer war die Aufgabe des um 6 Mitglieder erweiterten Quartieramtes, für die «Garnison» von Basel, die gelegentlich die Stärke einer Brigade erreichte, die notwendige Anzahl von geeigneten Räumlichkeiten ausfindig zu machen. Da in erster Linie Klassenzimmer und Turnhallen der Quartierschulen beansprucht wurden, konnte der Schulbetrieb erst kurz vor den Herbstferien nach vielen Verlegungen wieder voll aufgenommen werden. Für seine Spe- sen bewilligte die Regierung dem Quartieramt einen Kredit von 50000 Franken. Ende Oktober konnte die Zeughausverwaltung vom Petersgraben in ihr neues Domizil am östlichen Stadtrand umziehen.

3. Durchreisende Fremde und italienische Flüchtlinge

Zwei gewaltige Ströme durch den Krieg aufgescheuchter Ausländer kreuzten sich in unseren Mauern: die aus der Bergsommerfrische heim- hastenden Feriengäste und die von ihren Arbeitsplätzen in Deutschland und Frankreich mittellos vertriebenen italienischen Saisonarbeiter. Um diesen Zusammenprall nicht zu einem unheilvollen Wirbel ausarten zu lassen, sahen sich die militärischen und zivilen Instanzen zu umsichtigen Vorkehrungen genötigt.

Der rasche Weitertransport der aus dem Landesinnern im Bundesbahnhof einfahrenden Reisenden erwies sich infolge der deutschen Grenzsperre als unmöglich; denn nur Reichsdeutsche, Holländer und Skandinavier, die samt ihrem Gepäck mit Fuhrwerken und Autos der Transportanstalten den Übergang am Otterbach erreichten, um einen Zug in Leopoldshöhe (dem heutigen Bahnhof Weil) zu benützen, wurden durchgelassen. Viele traten auch entschlossen den Fussmarsch durch die Stadt an oder bestiegen den Tram, um jenseits des Lysbüchels ein Taxi, eine Droschke oder auch nur den Leiterwagen einer Bierbrauerei oder Fuhrhaltere, die von Mülhausen her an die Grenze geschickt wurden, zu ergattern. Wegen des schweizeri- schen Ausfuhrverbots für Pferde und Motorfahrzeuge durften diese Trans- portmittel nur mit spezieller Bewilligung jenseits der Grenzschränken ver- wendet werden. Dafür waren die Zollorgane zu rascher Abfertigung der Gepäckkontrolle ermächtigt. Es dauerte mehrere Tage, bis die auf den Perrons des Elsässerbahnhofs aufgetürmten Berge von Koffern abgetragen und befördert werden konnten; namentlich fanden sich die Angehörigen der Ententestaaten bei uns in einer Sackgasse und vermochten erst nach einigen

Wochen eines unfreiwilligen Aufenthalts auf Umwegen über Verrières, Vallorbe oder Genf oder sogar über eine italienische Grenzstelle das Land zu verlassen. Auch der Umtausch des Schweizergeldes in fremde Valuten stiess zuerst auf Schwierigkeiten. Infolge der Überfüllung der Gasthöfe mussten für die ersten Nächte Wartsäle und Büffet des Bundesbahnhofes in Biwaks umgewandelt werden. Wiederholt fand sich die Polizei veranlasst, die Hotelbesitzer vor Preisüberforderungen zu warnen und mit dem Entzug des Patents zu bedrohen. Dass aber der Flut nur allzubald die Ebbe folgte, zeigte die Statistik: im September sank die Zahl der Übernachtungen auf 6530 gegenüber 31 163 im gleichen Monat des Vorjahres.

Einen unauslöschlichen Eindruck des vom Krieg erzeugten Elends erhielt die Bevölkerung Basels vom Anblick der italienischen Flüchtlinge. In fast unabsehbarem Strom drängten sie über die elsässischen Übergänge herein und schleppten sich unter der Last ihrer dürftigen Habseligkeiten mühsam auf dem weiten Weg zum Bundesbahnhof dahin. Die sie eskortierenden Landwehrmänner und Pfadfinder mussten oft übermüdeten Frauen kleine Kinder abnehmen und wankende Greise stützen. Da der Kriegsfahrplan die Fahrgelegenheiten über den Gotthard stark beschnitt, konnten diese bedauernswerten Opfer eines grausamen Schicksals nur nach und nach eingelassen werden; ganze Trupps mussten trotz Hitze oder Regen jenseits der Grenze warten und auf freiem Feld kampieren, bis ihre Vorgänger von Basel abtransportiert waren. Dass die Verzweiflung einmal einen regelrechten Krawall auf dem Bahnhof auslöste, der durch Militär beschwichtigt werden musste, ist deshalb kaum verwunderlich. Bis zum 5. August waren bereits 12 000 angekommen, die mit Brot, Milch und Fleisch verpflegt wurden, während man die Kranken in einer leerstehenden Villa an der Margarethenstrasse unterbrachte. Weitere 20 000 mussten in St. Ludwig ausharren, wo sie von der deutschen Armee betreut wurden; nach ihrem Einlass wurden sie bis zur Abfahrt auf der Margarethenwiese konsigniert und bewacht. Die grosszügige Mithilfe des Frauenvereins und weiter Bevölkerungskreise wurde von den Unglücklichen freudig anerkannt und vom Vorstand der hiesigen italienischen Kolonie offiziell verdankt. Klagen über vereinzelte Fälle ungebührlichen Benehmens vermochten das Gefühl der Genugtuung im Volk, eine schöne humanitäre Pflicht erfüllt zu haben, nicht auszulöschen. Von den ortsansässigen Italienern reisten ebenfalls über 2000 nach der Heimat, da das Baugewerbe fast augenblicklich stockte.

Andere behördliche Massnahmen, die für den Fall weiterer Flüchtlingsinvasionen getroffen wurden, blieben jedoch dem öffentlichen Aufsehen entzogen. Die Regierung bildete auf den Wunsch des Quartieramts, das 7960 verfügbare Plätze in 18 Lokalen meldete, eine besondere Kommission, die

unter der Aufsicht des Platzkommandos für Unterbringung und Verpflegung zu sorgen hatte, und der Regierungspräsident musste auch nachts jederzeit erreichbar sein. Da bei dem Auf und Ab der Kämpfe im Sundgau ein französisches Vordringen über den Rhein nicht ausgeschlossen schien, fragte die Regierung das Platzkommando vertraulich an, ob nicht in diesem Fall Frauen und Kinder von Lörrach für einige Tage bei uns Zuflucht finden könnten, da der Gemeinderat der Nachbarstadt bereit sei, sie durch seine Bürgerwehr bis zur Grenze eskortieren zu lassen. Die Antwort lautete, das Kommando der 4. Division erlaube es, wenn alle andern Einlass Begehrenden unnachsichtlich zurückgewiesen und die Zugelassenen sofort ins Landesinnere befördert würden. Auf eine beim Regierungspräsidenten eingelaufene Anfrage des Bürgermeisters von Hüningen, ob im Fall der Beschiesung seiner Gemeinde und der Sprengung der Bahnbrücke zum badischen Ufer 23 Familien, total etwa 80 Personen, die bei Verwandten oder auf eigene Kosten in Basel Unterkunft suchen möchten, aufgenommen würden, findet sich in den Akten kein Bescheid; vielleicht ist er im Sinn der militärischen Anordnungen mündlich erteilt worden. Da ein nur im Konzept vorhandenes Gesuch der Regierung an das Politische Departement, für die Freilassung des nach Frankreich verschleppten Bürgermeisters von Mülhausen in Paris zu intervenieren, offenbar nicht abgesandt wurde, scheint sie sich bewusst geworden zu sein, dass wenigstens während der Dauer der Kampfhandlungen in Grenznähe die freundnachbarliche Hilfsbereitschaft hinter die militärischen Rücksichten zurücktreten müsse. Auch ein Schreiben des Schweizerischen Gesundheitsamtes vom 24. Oktober, das eine strenge 14-tägige Quarantäne für einen bevorstehenden Transport obdachlos gewordener Kinder aus Belgien und Nordfrankreich befahl, gebot unseren Behörden äusserste Vorsicht bei der Durchführung humanitärer Aufgaben.

Während der deutsch-französische Austausch von Kriegsversehrten Basel in den ersten Jahren nicht berührte, begann schon bald der Durchmarsch von Sanitätsmannschaften und Ärzten, die aus den Gefangenenlagern in ihr Vaterland entlassen wurden. Sie wurden beim Betreten unseres Bodens vom Otterbach zum Bundesbahnhof und umgekehrt geleitet und verpflegt. Einmal veranstaltete eine deutsche Mannschaft zum Dank für die Gastfreundlichkeit eine Kollekte zugunsten des Schweizerischen Roten Kreuzes. Einen gewissen Misston brachte dagegen ein französischer Transport, dessen Teilnehmer zum Bedauern des Konsuls Regimentsnummern und Uniformknöpfe an Damen der französischen Kolonie verschenkten.

Einige Basler Ärzte stellten sich für die Pflege der Verwundeten zur Verfügung, weil die nicht mobilisierten deutschen Mediziner bei der grossen Zahl der von der sundgauischen Front zurücktransportierten Blessierten

diese Aufgabe nicht allein bewältigen konnten. In St. Ludwig waren das Schulhaus, in Badenweiler alle Gasthöfe in Lazarette umgewandelt. Das Rote Kreuz entsandte auch einige Chirurgen auf die französische Seite nach Beaucourt bei Delle. Alle diese freundnachbarliche Hilfe wurde von den Kriegführenden gebührend anerkannt und verdankt.

4. Längs der Grenze

Sowohl das Deutsche Reich wie die Schweiz erliessen schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten Anweisungen, welche den Grenzverkehr auf ein Minimum reduzierten. Doch wurde die Landesmark nie zum «Eisernen Vorhang»; denn die Vorgänge in der nächsten Nachbarschaft konnten unserer Bevölkerung nicht ganz verborgen bleiben, wenngleich manches ungenau beobachtet oder falsch gedeutet wurde. Betrachten wir deshalb zuerst die amtlichen Massnahmen auf beiden Seiten, die ausdrücklich verkündet und bald auch empfindlich spürbar wurden, und ergänzen wir sie dann durch Beobachtungen des Kriegsgeschehens, die diesseits der Grenzpfähle von Berufenen und Unberufenen gemacht und meist eifrig weiterkolportiert wurden. Naturgemäss war die Überwachung des linksrheinischen Sundgaus, der auch nach der Räumung durch die Franzosen vorderste Etappe blieb, strenger als die des Markgrafenlands, das ausser bei sporadischen Fliegerangriffen von Zerstörungen verschont war. Da ferner auf der elsässischen Seite unser Einzugsgebiet bis in die Gegend des Blauen reichte, während sich unser Verkehr mit Baden auf den schmalen Zipfel zwischen Haltingen und Grenzach und auf das vordere Wiesental beschränkte, fiel das Schwergewicht der Kontrollmassnahmen und der Wahrnehmungen auf die Strecke nordwestlich von Basel.

Grenzkontrolle

Schon am 31. Juli sperrten die Deutschen den Tramverkehr nach Hünningen, was auf militärische Vorkehrungen am linksrheinischen Brückenkopf schliessen liess. Nur wenige Stunden später wurde auf Befehl des preussischen Kriegsministeriums jeglicher Fahrverkehr über die elsässischen Übergänge, also auch für die Strassenbahn nach St. Ludwig, durch Barrikaden gesperrt. Da der Bahnbetrieb nach Mülhausen unterbrochen war, blieb das Passieren der Grenze auf die Hauptstrassen beschränkt und wurde streng kontrolliert. Das Verbot der Lebensmittelausfuhr aus dem Reich wurde nur für die Versorgung des Basler Gemüsemarktes etwas gelockert. Seit Mitte August war

das Deutsche Konsulat ermächtigt, Pässe von Angehörigen neutraler Staaten zu visieren, ohne aber damit den Grenzübertritt gewährleisten zu können. Den vielen Bewohnern der Nachbardörfer, die tagsüber in Basel arbeiteten, wurden Passierscheine ausgestellt. Die Birsigtalbahn durfte Leimen und Rodersdorf nicht mehr bedienen.

Auch der Schiffsverkehr auf der Rheinstrecke oberhalb von Kehl war sofort lahmgelegt. Während stromaufwärts fahrende Kähne mit 75 Wagen Getreide in Breisach steckenblieben, gelang es unserem Landsturm, die Talfahrt der im St. Johannhafen liegenden, noch nicht entladenen Schiffe zu verhindern; doch konnten sie auch nach der Löschung nicht abfahren, da die Besatzung schon jenseits der Grenze war. Erst Anfang November gab der Gouverneur von Strassburg unter der Voraussetzung der Zustimmung des Kommandanten von Neu-Breisach die Bergfahrt für holländische Schiffe und für deutsche mit holländischen Waren für die Schweiz jeden zweiten Tag frei; doch verhinderte der niedrige Wasserstand des damals noch nicht fertig korrigierten Rheinbetts die Durchfahrt bis Basel.

Kaum weniger einschneidend waren die Anordnungen auf der badischen Grenzstrecke. Am 1. August wurde das gesamte Rollmaterial aus dem Badischen Bahnhof zur Komposition von Militärzügen nach Leopoldshöhe abgezogen, das nun jahrelang als Kopfstation der rechtsrheinischen Linie dienen sollte; auch das Personal wurde auf deutsches Territorium zurückbeordert. Die telefonische Verbindung mit Lörrach wurde abgeschnitten, wie auch der Postverkehr mit allen Ortschaften zwischen Schaffhausen und Bonfol. Zunächst blieben für die Fussgänger nur die Landstrassen nach Stetten, besonders für die einrückenden Wehrpflichtigen, und beim Otterbach für die Zugsanschlüsse geöffnet. Der Transport von Verstärkungen an die Vogesenfront veranlasste die Heeresleitung öfters zu totalen Grenzsperrungen, um ihre Dispositionen der Aufmerksamkeit der Spionage zu entziehen; auch die Rückbeförderung von Verwundeten und Gefangenen nach Baden nahm das Bahnmateriel derart in Anspruch, dass der Zivilverkehr nach Freiburg nicht immer fahrplanmässig durchgeführt werden konnte. Erst nach der Stabilisierung der Lage im Elsass machten sich gewisse Erleichterungen bemerkbar. Der Gütertransport wurde wieder, wenn auch mit häufigen Unterbrechungen, bis nach Basel ausgedehnt; unsere Versorgung mit deutscher Kohle und holländischen Kartoffeln erreichte im Oktober den Vorkriegsstand, obschon sie auf den Schienenweg beschränkt war. Dagegen lehnte es die deutsche Militärverwaltung kategorisch ab, Personenzüge wieder in den Badischen Bahnhof einfahren zu lassen. Ab 1. September durften wieder Lebensmittel aus dem Wiesental nach Basel ausgeführt werden; doch erlaubte der Mangel an Pferden und Fuhrwerken nur einen bescheidenen

Transport. Nach der Wiederaufnahme des Postverkehrs konnten Basler Geschäftsleute, die Inhaber von Schliessfächern in Lörrach waren, diese nur zum Empfang von Drucksachen benützen. Der deutsche Grenzschutz verlangte für den Fernverkehr einen neuen und konsularisch visierten Pass, dazu für die Rückreise in die Schweiz, wie auch für das Passieren der Grenze über Friedlingen, Otterbach, Stetten, Weil und Inzlingen das Visum des Basler Platzkommandos. Für den Lokalverkehr bis auf 15 km Entfernung wurden Passierscheine, für landwirtschaftliche Arbeiten jenseits der Grenze Tagesscheine ausgestellt. Da die in Lörrach untergebrachten Verwundeten von ihren Angehörigen aus der Schweiz besucht werden durften und da auf der strategischen Bahnlinie durch den Tüllingerberg ein reger Verkehr herrschte, war die kleine Metropole des Wiesentals zeitweise ungewöhnlich belebt.

Was geschah von Seite der Schweiz zur Regelung des über Nacht erschwerten Grenzverkehrs? Die scharfe deutsche Sperre erzeugte in unserer Bevölkerung lebhaftige Angst vor einem drohenden Anschlag auf unsere Sicherheit, so dass die Staatskanzlei die aufgeregten Gemüter durch die Mitteilung zu beruhigen suchte, die Vorkehrungen des mächtigen Nachbars bedeuteten keinesfalls einen feindseligen Akt, sondern dienten nur der Spionageabwehr. Kaum war das Selbstvertrauen wieder eingekehrt, so löste eine nicht minder bedenkliche Neugier die Furcht ab; da Unzählige die Strassen nach den Grenzposten und diese selbst belagerten, warnte das Platzkommando vor unnötigen Ansammlungen, die bei den häufigen Alarmen den Marsch der Reserveabteilungen in ihren Abschnitt behinderten. Wenig erfreulich lauteten auch Meldungen aus dem Birsigtal über allerhand lichtscheues Gesindel, das sich die Einsamkeit der von Arbeitskräften entblösten Felder zunutze machte, um sich stehend herumzutreiben und Spaziergänger zu belästigen.

Von Seite des Bundesrates erfolgten die Anordnungen zur Ausstellung von Ausweisen nur zögernd, da der Passzwang unserem Volk unbekannt war. Erst im Oktober erhielt das Basler Polizei-Departement die Vollmacht, schweizerischen Wehrmännern, die im Ausland ansässig und auf Pikett entlassen waren, unentgeltlich Pässe auszufertigen. Für den Nahverkehr führte die Regierung Passierscheine gegen eine kleine Taxe ein, die auf Befehl des Platzkommandos vom Inhaber zu unterschreiben waren. Das Militär-Departement forderte die Behörden der an das Elsass grenzenden Kantone auf, die Einwanderer vor dem Besuch des Kampfgebiets eindringlich zu warnen, da der Bund jede Haftung für die Folgen (Erschiessung wegen Spionageverdachts, Verwundung oder Tod bei Gefechtshandlungen) ablehnen müsse. Unsere Regierung publizierte dies im Kantonsblatt, ohne jedoch eine Strafe

für unerlaubten Grenzübertritt anzudrohen. Da das Platzkommando die Feldwege zwischen dem Rhein und Burg sperrte und später auch die Fahrstrasse Allschwil-Neuweiler durch den Generalstab vom Verkehr ausgenommen wurde, konnte sich die Schweiz in der Hauptsache auf die Warenkontrolle beschränken, bis dann im Lauf des Winters der wachsende Zustrom unerwünschter Elemente auch die Verschärfung der Aufsicht über die Einwanderung nötig machte. Im Dezember gestattete der Territorialdienst die Verwendung von Pferden jenseits der Grenze tagsüber für Landarbeiten; doch unterlag jeder Verkauf und Standortwechsel eines Pferdes wie im Inland der militärischen Bewilligung. Die Zollämter an den Nebenübergängen Burgfelden, Hegenheim und Allschwil meldeten eine deutliche Abnahme der Grenzgänger; nur Biel-Benken verzeichnete ein leichtes Ansteigen der Lebensmittelzufuhr aus Leimen. Schon am 12. August hatte das Polizei-Inspektorat auf Befehl des Militär-Departements 2 Unteroffiziere und 12 Polizeimänner zur Heerespolizei abkommandiert, die mit Pistole, Tornister und Fahrrad in Bern einzurücken hatten; später wurde dieses neue Korps, das aus sämtlichen kantonalen Polizeimannschaften rekrutiert war, in der Kaserne Basel für die Übernahme der vereinheitlichten Ausweiskontrolle an der Grenze instruiert.

Beobachtungen, Nachrichten und Gerüchte

Solange die Grenze noch offen stand, durfte man den Berichten der letzten Einreisenden Glauben schenken. So erfuhr man aus dem Wiesental, die Bevölkerung sei durch die Proklamation des Kriegszustandes und die plötzliche Einberufung der Reservisten nach Mülhausen bestürzt; auch die Aufforderung der Behörden an die Geschäfte, sich mit Lebensmitteln einzudecken, und die Bewachung der Bahnlinien wurden bei uns bekannt. Während die deutsche Presse keine Truppenbewegungen mehr veröffentlichen durfte, meldeten die «Basler Nachrichten» die Besetzung der beiden Hüniger Brücken (Schiff- und Bahnbrücke) durch eine Kompanie der Freiburger Garnison.

Was von unserem Gebiet aus direkt wahrgenommen werden konnte, war natürlich nur sehr wenig. Von Kleinhüningen aus wurde beobachtet, dass der rechtsufrige Brückenkopf der Schiffbrücke abgebrochen und am Eisbrecher ein unter dem Wasserspiegel liegendes Drahtseil befestigt wurde, das abwärtsstrebende Gegenstände aufhalten sollte; am linken Ufer lag ständig ein Schiff unter Dampf, um notfalls sich zurückziehende Truppen aufnehmen zu können. Wegen der Sperre des Fussgängerverkehrs über die Bahnbrücke pendelte eine Dampffähre zwischen den Ufern hin und her. Jenseits von Friedlingen waren Feldscheiben sichtbar, wo Mannschaften sich im Schiessen

übten. Damit mochte es zusammenhängen, dass einmal eine verirrte Kugel eine Bretterhütte in Kleinhüningen durchbohrte. (1915 sandte ein Anwohner der Neuhausstrasse dem Staatsarchiv ein Maschinengewehrgeschoss, das, ohne Schaden anzurichten, durch ein offenes Zimmerfenster eingedrungen war). Das bewaffnete Auge erkannte, dass die Pappelreihen längs dem Rhein und am Hüninger Kanal, sowie einzelne Gehöfte, die im Schussfeld von Istein lagen, beseitigt wurden; die Sprengung des Bahnviadukts bei Dammkirch, die von der Grenzwatche gemeldet wurde, war bis zu uns vernehmbar. Als nach der Schlacht bei Altkirch die Deutschen das Zollhaus von St. Ludwig räumten und erstmals französische Flugzeuge den Rhein überflogen – sie wurden zwar rasch von der Abwehr vertrieben –, erreichte die Spannung in Basel ihren Höhepunkt. Doch kaum schien die akute Gefahr beschworen, so überwog wieder ein unstillbarer Nachrichten hunger die eben gebannte Angst. Bei gutem Sichtwetter und in mondhellen Nächten fanden sich Scharen Neugieriger auf dem Margarethenhügel ein, um mit Hilfe von Feldstechern oder Teleskopen womöglich einen Fetzen vom Kriegsgeschehen zu erhaschen. Aber mehr als einige Flugzeuge, Fesselballone, Schrapnellwölkchen, Leuchtkugeln und Scheinwerferstrahlen wahrzunehmen war den Blicken dieser «Schlachtenbummler» nicht vergönnt, so sehr sie auch das «Feuer im Elsass» zu sehen wähten. Die ungesättigte Phantasie und die Aufregung verleiteten manchen zu Fehlbeobachtungen; den Gipfel der Lächerlichkeit dürfte jener Einsender einer Zeitungsmeldung erreicht haben, der einen Lichtschein für einen brennenden Ballon hielt, was sich nachher als ein harmloser Papierdrache herausstellte, den ein Knabe auf der Schützenmatte, mit einem Lichtlein versehen, hatte aufsteigen lassen. Dagegen blieb der unheimliche Geschützdonner aus den Vogesen und von Belfort, das zeitweise mit den schwersten Kalibern beschossen wurde, ein Menetekel des nahen Krieges; mochte sein dumpfes Grollen auch das Ohr auf die Dauer abstumpfen und das Bewusstsein der Gefahr einschläfern, so mahnte die unbarmherzige Verstärkung gerade in der Weihnachtszeit, von der man den Frieden erhofft hatte, dass die Kriegsfurie weder christliche noch humane Schranken achtet, und dass unsere Heimat noch auf unbestimmte Zeit sich nicht in Sicherheit wiegen lassen durfte.

Die Armseligkeit der direkten Wahrnehmungen aus der Froschperspektive und die Widersprüche der Heeresberichte der Kriegführenden erzeugten die Neigung, nicht nur unüberprüfbare Nachrichten kritiklos weiterzugeben, sondern auch die unsinnigsten Gerüchte zu glauben. Plötzlich tauchten merkwürdig viele «Augenzeugen» auf, die bei den Kämpfen um Mülhausen dabei gewesen sein oder wenigstens aus «sicherer Quelle» Einzelheiten erfahren haben wollten. Nach dem französischen Rückzug wussten

manche unter dem Vorwand von Verwandtenbesuchen den Grenzübertritt zu erwirken und nahmen den weiten Weg unter die Füsse. Verwegenere pirschten sich kreuz und quer durch die sundgauische Ebene bis in die Nähe der Front. Nach ihrer Rückkehr vernahm dann der gläubige Zeitungsleser nicht ohne Gruseln ihre Abenteuer bei der Begegnung mit deutschen und französischen Patrouillen und die kitzligen Verhöre, ohne dass die oft zugestutzte Schilderung auf ihren Wahrheitsgehalt nachgeprüft werden konnte. Oft scheinen auch solche Kundschafter Erzählungen über Kriegsgreuel zu wenig kritisch übernommen zu haben; besonders das Ausmass der deutschen sogenannten Repressalien gegen Zivilisten, die aus den Häusern geschossen haben sollten, wurde in den verschiedenen Berichten je nach der politischen Einstellung des Einsenders aufgebauscht oder bagatellisiert. Da die einseitige Parteinahme solcher «Gewährsmänner» ganz verkehrte Eindrücke hervorrufen musste, ermangeln ihre Elaborate, trotz spannenden Inhaltes, jeglichen Quellenwerts. Wenn man vernahm, dass im sicheren Port der Inner-schweiz, wohin nicht einmal fremde Flieger drangen, Gerüchte von einem vom «Feind» in Brand geschossenen Basel geglaubt wurden, so hätte eigentlich ein derartiger Unsinn bei den Bewohnern unserer Stadt als bestes Gegen-gift gegen blindes Vertrauen in Tatarennachrichten wirken sollen.

Als die Deutschen das Betreten der Schlachtfelder verboten und in der Etappe eine scharfe Einwohner- und Passantenkontrolle einführten – im Oktober wurden auch alle Reporter weggewiesen –, schalteten sich umso intensiver die verschiedenen ausländischen Presseagenturen mit ihren tendenziösen Vernehmlassungen ein, die sich in Propaganda und Dementis gegenseitig überboten. Nachdem schon am 2. August eine solche «Nachricht» behauptet hatte, eine französische Division sei in die Ajoie eingedrungen und habe den schweizerischen Landsturm abgeschnitten, schien die Meldung von Truppenmassierungen im Wiesental nicht unwahrscheinlich; als völlig aus der Luft gegriffen erwies sich dagegen bald die über den Transport eines österreichischen Korps nach dem Elsass. Hemmungslosen Greuelnachrichten über das Verhalten deutscher Truppenteile nach der Wiedereinnahme von Mülhausen tönten Stimmen entgegen, welche die Franc-tireurs als Janhagel anklagten, der die eigenen Landsleute im deutschen Heer niedergemacht habe. Eine Mitteilung der Deutschen Gesandtschaft stellte das negative Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung über die angebliche Erschiessung von 4 Franzosen in Lörrach fest und beschuldigte die feindliche Presse der wissentlichen Ausstreuung von Verleumdungen. Nur die eine Beobachtung blieb unwidersprochen: das durch die Kämpfe und die Sprengung der Brücken arg mitgenommene Mülhausen litt an einem beängstigenden Mangel an Nahrungsmitteln, vor allem an Milch, Gemüse

und Zucker. Im Gegensatz dazu durfte sich Lörrach trotz des Stillstandes seiner Metall- und Seidenindustrie einer gewissen Prosperität erfreuen, weil die Fabrikation von Uniformen dem Textilgewerbe einen relativen Ausgleich brachte. Immerhin mussten die Ortschaften des Wiesentals sich mit der Überflutung durch die aus dem Elsass zwangsweise Evakuierten im militärpflichtigen Alter abfinden.

Aus der trüben Hochflut aller echten und falschen Nachrichten ragt das ehrliche Wort eines Korrespondenten aus Deutschland hervor: «Es braucht viel Widerstandskraft, um im Reiche draussen nicht ganz unter die gewaltige Kriegssuggestion zu geraten. Ich kann nicht sagen, dass ich ganz heil davongekommen bin».

Trotzdem sich also Berichterstatter ganz verschiedener Qualität in den Spalten unserer Zeitungen tummeln durften, wäre es ungerecht, diese der absichtlichen Irreführung zu bezichtigen. Sie sahen im Gegenteil ihre Aufgabe darin, nicht bloss möglichst verlässliche Kunde zu vermitteln, sondern auch durch Allseitigkeit ihre Unparteilichkeit zu beweisen. Indem sie die täglich unter Angabe ihrer Herkunft erscheinenden Heeresberichte einander kontradiktorisch gegenüberstellten und unglaubwürdige Meldungen nicht immer anzweifeln, verfolgten sie einen doppelten Zweck: einmal sollte der aufmerksame Leser zum eigenen Urteil über Zuverlässigkeit und Tragweite der Angaben erzogen und sein Blick für den politischen Hintergrund des Geschehens durch zahlreiche Korrespondenzen aus den ausländischen Hauptstädten geschärft werden. Ferner bestrebte sich unsere Presse, den Vorwurf der einseitig frankophilen welschen Öffentlichkeit zu entkräften, die deutsche Schweiz stehe im Bann der reichsdeutschen Propaganda. Während der ersten Kriegsmonate fanden auch Feldpostbriefe von aus Basel stammenden Soldaten an ihre Familien Aufnahme, oder es wurden solche aus der ausländischen Presse abgedruckt, um die nüchternen offiziellen Berichte durch lebendige Anschaulichkeit aufzulockern. Die gewaltigen Anfangserfolge Deutschlands hielten dann freilich im Spiegel solcher Zeugnisse selbst bei kritisch Eingestellten allzulang den Eindruck von der Unbesiegbarkeit der Zentralmächte wach; auch erschienen die Depeschen der deutschen Wolff-Agentur glaubwürdiger, weil sie, im Gegensatz zur Pariser «Havas», nur gesicherte Ergebnisse der Kriegshandlungen brachten und amtlich nie Unwahres aussagten.

Jedenfalls war das Interesse des Publikums sehr rege; das verrieten nicht nur die Ansammlungen vor den an den Zeitungsgebäuden angeschlagenen Telegrammen (die «Basler Nachrichten» befanden sich an der mittleren Gerbergasse, die «National-Zeitung» am Marktplatz, der «Vorwärts» an der Brunngasse), sondern auch die Erhöhung der Auflagen der beiden bürger-

lichen Organe (die «National-Zeitung» konnte eine Zunahme von 28900 auf 60000 melden und 1915 täglich 3 Ausgaben herausbringen). Einzig der «Vorwärts», dessen Leserkreis sich aus der von der Teuerung am stärksten betroffenen Arbeiterschaft rekrutierte, hatte gegen einen Schwund seiner Abonnenten anzukämpfen.

5. Wirtschaftliche Panik in der Bevölkerung

In krassem Gegensatz zu der patriotischen Einigkeit von Volk und Armee, zur Solidarität der politischen Parteien, die alle Sonderbegehren verstummen liessen, und zur widerspruchslosen Unterordnung unter die ungewohnten Einschränkungen der persönlichen Bewegungsfreiheit stand der wirtschaftliche Egoismus eines erheblichen Teils unserer Bevölkerung, der dem Wahlspruch «Einer für Alle, Alle für Einen» Hohn sprach. Diese Kurzsichtigkeit manifestierte sich, wie auch in den andern städtischen Gemeinwesen der Schweiz, im Ansturm auf die Lebensmittelgeschäfte und im Run auf die Bankschalter. Um die vorzeitige Erschöpfung der Vorräte an unentbehrlichen Bedarfsartikeln zu verhüten, sistierte der ACV schon am 30. Juli die Ausführung von grösseren Bestellungen; als dies nichts fruchtete, reduzierte er den einmaligen Bezug jeder Ware auf 1 Kilo, um die weitere Belieferung der kaufkraftarmen Schichten zu sichern. Einen Rückhalt bot ihm der VSK, der einen Vorrat an Korn für 3 Monate, von 180000 Kilo Gefrierfleisch und von grossen Quantitäten Eiern und Käse melden konnte. Doch viele Privatfirmen, die ihre Stammkunden mit jeder gewünschten Menge versorgten, waren im Nu ausverkauft; manche – und es waren darunter angesehene Namen – forderten das Publikum durch Inserate ausdrücklich zur Vorratshaltung auf, so dass es der Suggestion erliegen musste, der Hunger stehe vor der Tür; auch die Angst vor baldigen Preisaufschlägen steigerte die allgemeine Kopflosigkeit. Einzelne Ladeninhaber schürten dazu noch das Misstrauen gegen das neue Papiergeld (die 5-Franken-Scheine), indem sie anfänglich dessen Annahme an Zahlungsstatt verweigerten. Nicht weniger grotesk nahmen sich die überstürzten Geldabhebungen und Liquidierungen von Wertpapieren aus, vor welchen die Presse und ein Aufruf der Regierung vergeblich warnten, weil die Störung des Geldumlaufs die gesamte Volkswirtschaft gefährdete. Die Erregung warf so hohe Wellen, dass die Polizei den Andrang vor der Ersparniskasse durch einen Ordnungsdienst kanalisieren und vor der Nationalbank sogar gegen Handgreiflichkeiten einschreiten musste. Die der «Rabattvereinigung» und der «Konsumgesellschaft» angeschlossenen Firmen zahlten ihren Kunden die üblichen

Rückvergütungen aus; auch durfte die Abgabe der Rabattmarken nicht verweigert werden, und die Gutscheine der staatlichen Hilfskommission wurden an Zahlungsstatt angenommen.

Das vom Bundesrat erlassene und bis zum 30. September verlängerte Zahlungsmoratorium wirkte sich auch bei uns als zweischneidiges Schwert aus und wurde in der Öffentlichkeit entsprechend kommentiert. So nötig es war, Betreibungen und Pfändungen aufzuschieben, um manche Familien vor Not zu bewahren, so sehr wurde es auch von Zahlungsfähigen benützt, Rechnungen schuldig zu bleiben, so dass viele Arbeitgeber ihrem Personal die Löhne nicht rechtzeitig ausrichten konnten, zumal die Banken mangels genügender Barmittel ihre Kredite einschränkten; auch fasste mancher Schuldner in guten oder meist in schlechten Treuen den Aufschub als völligen Nachlass auf. Handelskammer und Gewerbesekretariat mahnten an die moralische Pflicht, womöglich allen Verbindlichkeiten speditiv nachzukommen, und warnten vor der Gefahr der wirtschaftlichen Zerrüttung durch Geldhortung und Stagnation der Arbeitsaufträge. Leider war es gerade in «vornehmen» Kreisen üblich, die Handwerker nicht zu bezahlen und die Glätterin und die Näherin «abzubestellen».

Professor Landmann, der später vom Bundesrat als Wirtschaftsexperte konsultiert wurde, übte im November in einem Vortrag vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft scharfe Kritik an der Nationalbank, weil sie mit der Limitierung ihrer Auszahlungen auf 200 Franken und mit der Weigerung, grosse gegen kleine Noten umzutauschen, die Panik mitverschuldet habe. Erst später sollte sich erweisen, dass der Eigennutz der Ladenstürmer auch den ersten Keim der sozialen Zersetzung gesät hatte; denn der «Vorwärts», der sich mit Recht darüber empörte, dass im Wettlauf um die Hamstervorräte die Schwachen von den Starken rücksichtslos überrundet wurden, erklärte schon am 31. Juli, das Bürgertum strafe die vielgerühmte Solidarität des Volkes Lügen, und erschütterte damit von Anfang an das Vertrauen der Werktätigen in die Tatkraft der Behörden und in den guten Willen der oberen Klassen.

6. Fremdenpolizei und Spionageabwehr

Da die Einwohnerkontrolle zu den kantonalen Kompetenzen gehörte und unsere Regierung die Zügel von Anfang an fest anziehen wollte, um das Grenzgebiet vor unerwünschtem Zuzug zu bewahren, instruierte das Polizei-Departement am 6. August sein Inspektorat und das Kontrollbüro, Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen nur noch an Personen zu er-

teilen, die sich über Herkunft, Subsistenzmittel und Arbeitsgelegenheit genau ausweisen könnten; andernfalls seien sie abzuweisen und eventuell an die Grenze zu stellen; sich herumtreibende Mittellose seien anzuhalten und dem Journalbüro zuzuführen. Dass aber unsere Polizei mit solchen Präventivmassnahmen keineswegs eine hemmungslose Ausländerhetze begünstigen wollte, bewies sie mit einer Verfügung, durch die Vermieter, welche versuchten, unter dem Vorwand der wahrscheinlichen Ausweisung aller Fremden von diesen die Vorauszahlung der Miete zu erpressen, verwarnt wurden. Bei der Untersuchung solcher Fälle stellte es sich meist heraus, dass entweder die Angst des Hausbesitzers um sein Geld oder der Verfolgungswahn des Mieters ein Missverständnis verschuldet hatte. Jedenfalls durften sich die Festigkeit wie die Rechtlichkeit der Regierung durch ein Schreiben des Eidgenössischen Justiz-Departements bestärkt fühlen, das die kantonale Ausweisungsbefugnis ausdrücklich bestätigte und den Entzug der Niederlassung mittelloser und lästiger Ausländer erlaubte. Leider sollte die Regierung später erfahren, dass der Bund nicht immer bereit war, sie in allen solchen Fällen zu decken.

Am 22. August erliess das Polizei-Departement im Auftrag der Regierung im Kantonsblatt eine Warnung an Ausländer, die in der Öffentlichkeit, besonders in Wirtschaften, das Verhalten unserer Behörden und Truppen und die politischen Sympathien der Bevölkerung herausfordernd kritisierten, und drohte solchen Querulanten mit der Ausweisung. Diese auch von der Presse verbreitete Kundgebung mochte manchen Bürger verwundern, der die Schwätzereien einiger unbedeutender Fremder nicht wichtig nahm. Die Akten enthüllen aber einen sehr realen Hintergrund der regierungsrätlichen Besorgnisse. Ein Konzept von Regierungsrat Burckhardt-Schazmann, das er offenbar seinen Kollegen vorlas, enthält folgende Notiz: Der Sekretär des Politischen Departements habe ihm telephonisch gemeldet, der Französische Botschafter beschwere sich über in Basel herumgebotene Gerüchte, sein Land beabsichtige eine Verletzung unserer Neutralität, und erwarte ein offizielles Dementi der Regierung in der Presse; ferner beklage er sich über einseitiges und forciertes Vorgehen gegen angebliche französische Spione von Seiten unserer Polizei und ersuche um Zurückhaltung. Da das Politische Departement wünschte, dass die konfidentielle Aussprache über diese delikate Angelegenheit nicht schriftlich fixiert werde, erfahren wir nichts über die Ansicht der Regierung zu dem etwas sonderbaren Begehren Berns; wir wissen nur, dass sie auf Antrag Burckhardts und Mangolds jene Warnung beschloss; da sie sich aber nur an die Ausländer richtete, darf man vermuten, dass sich die Regierung nicht dem Verdacht aussetzen mochte, sie wolle dem Bürger das freie Wort abschneiden.

Die Polizei fühlte sich verpflichtet, bei verdächtigen Ausländern Haus-suchungen vorzunehmen, auch wenn sie sich nur auf unbestimmte Denun-ziationen stützen konnte; erwies sich der Verdacht als falsch, so wies sie dennoch etwaige Beschwerden des betreffenden Konsuls zurück. Doch ein-mal setzte der Übereifer eines Polizeimanns die Basler Hermandad in ein schiefes Licht. Dieser Funktionär recherchierte nämlich in der Meinung, eine Spionagefährte aufgespürt zu haben, auf eigene Faust in einer Privat-wohnung nach einem vermeintlichen französischen Untermieter; zu seinem nicht geringen Schrecken stellte sich jedoch heraus, dass der Gesuchte nie-mand anders als ausgerechnet der (welsche) Präsident des Bundesgerichts war, der zufällig bei seinem Schwiegersohn auf Besuch weilte. Auf unbe-kanntem Weg gelangte der Lapsus in die Spalten des «Bund», worauf der «Vorwärts» ihn als «Blamage» der Polizei aufgriff; dagegen bezeichneten die «Basler Nachrichten» das komische Intermezzo als unliebsames, aber ver-zeihliches Versehen, um der Fabel von der frankophoben Einstellung un-serer Polizei, wie sie damals schon in der welschen Presse geisterte, die Spitze abzubrechen. Obschon der Inhaber der Wohnung, der offenbar Sinn für Humor hatte, in einem Brief an das Polizei-Departement den Sachver-halt klarstellte, ohne den geringsten Vorwurf zu erheben, und sich sogar anerbote, in der «Gazette de Lausanne» den Ausschmückungen der Fama entgegenzutreten, ist die Verärgerung des Polizei-Inspektors verständlich, die ihn in der hämischen Ausbeutung des Falles durch die welsche Presse «berufsmässige Ehrabschneiderei» sehen liess.

Dass die Wachsamkeit der Polizei unbedingt am Platz war, zeigten einige andere, durchaus nicht harmlose Fälle. Schon am 3. August konnten meh-rere Franzosen wegen Verwendung von Brieftauben und wegen Einfuhr von Sprengbomben verhaftet werden. Am 26. August verurteilte das Strafge-richt einen hier ansässigen elsässischen Inhaber eines Desinfektionsgeschäf-tes zu 3 Jahren Zuchthaus und lebenslänglicher Ausweisung, weil er eine aus Belfort stammende, mit Pikrinsäure gefüllte Bombe bei sich versteckt hatte, die zur Zerstörung deutscher Bahnanlagen dienen sollte; ausserdem war er der Spionage überführt, da er schon jahrelang Berichte über deutsche Sicherungsmassnahmen an Frankreich geliefert hatte. Sowohl das Appella-tions- wie das Bundesgericht deckten das Urteil, da das beabsichtigte Bom-benattentat als gemeines Verbrechen eines Zivilisten, nicht als militärische Aktion zu bewerten sei, und da die Wahrung der Neutralität die strenge Ahndung eines solchen Versuches erfordere.

Viel mehr Aufsehen erregte die Aufdeckung eines ganzen Spionagerings in einem Kleinbasler Hotel, weil schon die Verhaftungen durch Einspruchs-versuche des französischen Konsulats erschwert wurden, und erst recht, als

die Verfolgung der Fährte unsere Polizei in Konflikt mit den Behörden des Kantons Bern brachte und sie dank der schamlosen Hetze mehrerer welscher Zeitungen dem unverdienten Vorwurf aussetzte, sie habe mutwillig ihre Befugnisse überschritten. Da die zur «Affäre» aufgebauschte Angelegenheit schliesslich der Regierung noch ernste Auseinandersetzungen mit dem Bundesrat eintrug, die später zu schildern sind, muss der Sachverhalt genau umrissen werden. Die Verhafteten hatten deutsche Truppenbewegungen ausgekundschaftet und Pläne der Kraftwerke am Rhein gesammelt, um deren Sprengung vorzubereiten. Da die Fäden der Konspiration auf den französischen Nachrichtendienst in Belfort als Zentrale hinwiesen, ordneten die *militärischen* Instanzen die Überwachung des Grenzverkehrs zwischen Delle und Boncourt durch die Heerespolizei unter Leitung eines von *Basel* angeforderten Polizeioffiziers an. Dieser liess einen französischen Kommissar festnehmen und in Pruntrut einsperren, weil er der Lieferant falscher Ausweise an die in Basel Erwischten und auch die Quelle von Verleumdungen unserer Polizei war, die der Delsberger «*Démocrate*» geflissentlich verbreitet hatte. Doch musste der Gefangene schon am andern Tag freigelassen werden, da der bernische Statthalter gegen die Aktion der Heerespolizei als gegen einen Übergriff in seine Kompetenz protestierte und sich beschwerte, dass er wegen seiner offen bekundeten Sympathie für Frankreich widerrechtlich «beschattet» werde. Dem Polizeileutnant nützte seine Rechtfertigung, zu seinem Vorgehen auch ohne Mitteilung an den Statthalter durch die Militärjustiz ausdrücklich ermächtigt gewesen zu sein, nichts; auch der Regierung, die ahnen mochte, dass höheren Orts starke Einflüsse von aussen wirksam waren, die den Bundesrat unter Druck setzten, blieb nichts anderes übrig, als die Schlappe einzustecken.

Es war wirklich nicht die Schuld unserer Polizeiorgane, dass die von ihr der Spionage überführten und ausgewiesenen Ausländer anfangs meist französische Staatsangehörige waren. Von den bis zum 12. Januar 1915 erfolgten 235 Untersuchungen fussten 121 auf privaten Anzeigen, 87 auf Begehren der Bundesanwaltschaft, der Telegraphenkontrolle und militärischer Stellen und nur 27 auf polizeilicher Initiative; nicht ganz die Hälfte (105) betraf Tätigkeit für Frankreich, nur 19 für Deutschland, und der Rest war unbestimmt. Von der Ausweisung oder der Überweisung an die Militärjustiz wurden 15 Personen, die für Frankreich, und 8, die für Deutschland spioniert hatten, betroffen. Das Divisionsgericht, dem die Behandlung des in Basel aufgedeckten französischen Spionagenetzes zugewiesen war, verurteilte 4 Franzosen und 1 Schweizer zu Gefängnisstrafen, die aber durch die Untersuchungshaft getilgt waren, sowie zu 300–500 Franken Busse und zu den Kosten; 2 Angeklagte wurden freigesprochen.

7. Neue Aufgaben der Behörden

Mit der Erteilung der ausserordentlichen Vollmachten an den Bundesrat durch die Bundesversammlung wurden zahlreiche kantonale und kommunale Befugnisse einer zentralistischen Ausnahmeregelung unterworfen. Doch zeigte sich alsbald, dass durch den Übergang behördlicher Funktionen auf eidgenössisches Personal und vor allem auf militärische Instanzen Arbeitslast und Verantwortung unserer Regierung nicht etwa leichter wurden, sondern dass im Gegenteil sich ihr eine ganze Reihe neuer Aufgaben aufdrängten, die möglichst reibungslos einer befriedigenden Lösung entgegengeführt werden mussten. Gerade bei solchen Problemen erwies es sich deutlich, wie ungenügend eine bloss auf Routine eingespielte Verwaltung gewesen wäre. Es war ein grosses Glück für unsere Vaterstadt, dass sie damals von einem Kollegium gerecht abwägender und in Anpassung an unvorhergesehene Situationen geschickt handelnder Regierungsmänner geleitet wurde, die ohne Unterschied der Parteifarbe die komplexen Aufgaben eines der Kriegsfrent nahen Grenzkantons mutig anpackten und da, wo die organisatorischen Grundlagen fehlten, diese mit Unterstützung vieler uneigennütziger Helfer aus allen Volkskreisen entschlossen ins Leben riefen. Dass es weder an Reibungen mit «Bern» noch an vereinzelt Entscheidungen fehlte, die widerrufen werden mussten, vermag den Gesamteindruck nicht zu stören: Basel war nicht nur durch den militärischen Schutz der Miteidgenossen, sondern auch durch die Weitsicht seiner «Regenten» in guter Obhut.

Als der Bundesrat am 6. August die Kantone anwies, schwere Gefährdungen der Neutralität durch widerspenstige Elemente unverzüglich dem Politischen Departement mitzuteilen und gegen Militärvergehen in Verbindung mit dem Platzkommando sofort einzuschreiten, stand die Basler Regierung bereits wachsam auf ihrem Posten. Die starken Einschränkungen, die sich die verfassungsmässige Pressefreiheit im Interesse der Neutralität wie der militärischen Sicherheit gefallen lassen musste, waren für Behörden und Volk etwas völlig Ungewohntes. Dass dieses Neuland nicht zum Glatteis wurde, war zunächst das Verdienst des «Vereins der Schweizer Presse», dessen Vorstand noch vor den amtlichen Weisungen an seine Mitglieder appellierte, Meldungen über Standort und Stärke der Truppen zu unterlassen, aber auch die Armeeleitung um offizielle Informationen ersuchte, um Legenden wirksam entgegentreten zu können. Erst am 10. August verordnete der Bundesrat, dass alle Mitteilungen militärischer Art vorgängig ihrer Publikation den Territorialkommandanten zu unterbreiten waren; der Chef des Generalstabs organisierte die Kontrolle, indem er ein ihm unterstelltes Pressebüro bildete, das den Journalisten und Photographen, die sich an die

«Front» begaben, Legitationen ausstellte und die Presse mit Bulletins und mündlichen Informationen zu versorgen hatte. Diese Anordnungen bezweckten zunächst, einen Schleier über die Verteilung der Grenzwacht zu breiten und das Publikum vor der Aushorchung durch fremde Agenten zu bewahren; später verschob sich dann das Schwergewicht der Zensur auf den politischen Sektor, als es galt, den Übermarchungen einzelner Zeitungen, die durch Begünstigung oder Beschimpfung der einen oder andern Kriegspartei oder ihrer Führer die Neutralität gefährdeten, Einhalt zu gebieten.

Neben diesen autoritären Vorschriften von höchster Stelle könnten die den kantonalen Behörden zugewiesenen Aufgaben unansehnlich erscheinen, wenn ihre Erfüllung nicht ein grosses Mass von Geduld und Takt, aber auch von Verantwortung erfordert hätte. Denn ausländische Beeinflussungsversuche, die sich unserer Presse bedienen wollten, mussten von der Regierung höflich, aber bestimmt abgelehnt werden. Sowohl ein Zirkular des Oberbürgermeisters von Berlin, der amtlich die Zustellung der deutschen Kriegsberichte anbot, um die «Verleumdungen» der Entente zu entkräften, als auch ein Gesuch der Wiener Stadtverwaltung, das Gerücht von einer Hungersnot in der Donaustadt offiziell dementieren zu lassen, wurden mit dem Hinweis auf die Wiedergabe der «Wolff»-Meldungen in unserer Presse abgewiesen. Für die Übermittlung des deutschen «Weissbuchs» über den Kriegsausbruch durch das Konsulat begnügte sich die Regierung mit einer verdankenden Empfangsbescheinigung und übergab das Exemplar der Universitätsbibliothek. Viel ärgerlicher musste ihr der Kleinkrieg sein, welcher der Polizei die Pflicht überband, anstössige Kriegsliteratur zu konfiszieren, die in Papeterie- und Tabakläden und an Zeitungskiosken zu haben war und offenbar diesen Vermittlern nicht wenig eintrug. Trotz den täglichen Stichproben der Polizei häuften sich die Anzeigen von privater Seite über Auswüchse der fremden Propaganda. Oft lag solchen Reaktionen nicht echte patriotische Sorge zugrunde, sondern verkappte Antipathie, die das eine Mal sich über die Anprangerung deutscher «Greuel» in der Pariser «Illustration», das andere Mal über den Anschlag deutscher Telegramme durch das Konsulat im Schaufenster eines Privatgeschäfts empörte; auch dürften die Reklamanten nicht durchwegs Schweizerbürger gewesen sein.

Obschon alle wichtigen zwischenstaatlichen Angelegenheiten noch mehr als in Friedenszeiten Sache der hohen Diplomatie waren, nötigte doch die Fürsorge für die Angehörigen der ins Feld gezogenen fremden Wehrmänner die Regierung zu enger Fühlungnahme mit den zuständigen Konsulaten. Nachdem über 2000 Deutsche aus Basel eingerückt waren (das Konsulat publizierte in den Zeitungen in grosser Aufmachung die jeweiligen Aufge-

bote, die mit den Reservisten der Linie begannen und mit den Hilfsdiensten endigten), blieben etwa 1500 unterstützungsbedürftige Familien mit gegen 600 Kindern zurück. Die amtlichen Verhandlungen mit dem Konsul wurden von beiden Seiten peinlich korrekt, wenn auch nicht ohne gelegentliche sachliche Divergenzen bei der Interpretation des geltenden Rechts geführt. Das Politische Departement empfahl der Regierung vertraulich, auch die durch Arbeitslosigkeit bedrängten Deutschen zu unterstützen, da die Gesandtschaft einen Beitrag zugesichert habe, sofern die Gemeinden auf die Ausweisung infolge Verarmung verzichteten; da ferner die Angehörigen französischer Wehrmänner von ihren Hilfsgesellschaften Beistand erhielten, möge man auch ihnen gegenüber Nachsicht üben und sich mit diesen Organisationen in Verbindung setzen; dem Bundesrat sei es daran gelegen, bewährte Arbeitskräfte für den Wiederaufbau unserer Industrie nach dem Krieg nicht zu verlieren. Diese Anregung gewährte der Regierung bei ihren Verhandlungen eine feste Grundlage; denn das deutsche Konsulat war nun bereit, der staatlichen Hilfskommission die gewünschte Auskunft über seine Unterstützungsquoten zu geben. Zur ständigen Arbeit des Kontrollbüros gehörte es bald, Anfragen deutscher Kommandostellen zu beantworten; entweder sollten Angaben in Urlaubsgesuchen beglaubigt oder Hinterbliebene Gefallener festgestellt oder Angehörigen die Verweigerung von Dispensationen mitgeteilt werden. Jedoch lehnte es die Staatskanzlei prinzipiell ab, Urlaubs- und Unterstützungsgesuche von Ausländern an die Konsulate weiterzuleiten. Das Polizei-Departement musste zahlreiche telegraphische Anfragen schweizerischer Gesandtschaften und Konsulate über Bürgerrecht, Rückreiseerlaubnis, Verbleib und Befinden einzelner Personen beantworten und Mitteilungen von Schweizern an Verwandte in andern Staaten befördern. Wie sehr unsere Justiz darauf bedacht war, gegen Missbrauch ausländischer Hilfe einzuschreiten, beweist die Bestrafung einer Frau, die durch Unterschriftfälschung vom österreichischen Konsulat eine Unterstützung erschwindelt hatte, obschon kein Strafantrag vorlag. Andererseits weigerte sich die Regierung, beim deutschen Konsulat die Dispensation landsturmpflichtiger Angestellter des VSK zu befürworten. Es entsprach ihrer korrekten Zurückhaltung, wenn sie dafür das Ersuchen des Konsulats abschlägig beschied, das Gerücht über die bevorstehende Ausweisung aller Fremden offiziell zu dementieren, weil sie die Öffentlichkeit nicht mit einem Hinweis auf diese Sache beunruhigen wollte. Dass bei uns die meisten Leute von einem Druck auf die Ausländer nichts wissen wollten, geht aus einer Diskussion in den «Basler Nachrichten» hervor; denn als ein Einsender vorschlug, die bedürftigen Niedergelassenen auszuweisen, um den einheimischen Arbeitslosen Platz zu schaffen, wurde dies von anderer Seite entrüstet

als Ausfluss des Neides auf Deutschlands günstige Wirtschaftslage und als Undankbarkeit gegen den Beitrag der bemittelten Deutschen an unsere Steuern gebrandmarkt.

Krieg und Grenzlage übten auch auf unsere Rechtspflege einen gewissen Einfluss aus. Der Bericht der Justizverwaltung für 1914 vermerkte einen Rückgang der Zivil- und Strafprozesse und der Überweisungen durch den Untersuchungsrichter, der Einstellungen im Aktivbürgerrecht, der Verzeigungen und Appellationen, der Klagen beim Gewerblichen Schiedsgericht, der Zahlungsbefehle und Konkursbegehren. Teilweise war freilich der Personalmangel die Ursache, dass schwebende Verfahren am Jahresende noch unerledigt blieben. Dagegen hatten sich die Audienzen, die Liegenschaftsverwaltungen und die Erbschaftsinventare vermehrt. Spezifisch kriegsbedingt waren häufigere Fälle von Hausieren, Landstreicherei, Trunksucht, Bettel, Schlägerei und Verweisungsbruch sowie von Erschleichung der Unterstützungen. Doch bewirkten die scharfe Grenzkontrolle und die Abreise zahlreicher Ausländer, dass die Denunziationen rasch wieder abnahmen. Gelegentlich verzeigte die Polizei auch Eltern von Jugendlichen, die bei ausartenden Kriegsspielen Erwachsene mit Stinkbomben belästigt hatten. (Das Erziehungs-Departement ermunterte die Schulpflichtigen, die der häuslichen Aufsicht entbehrten, zum Besuch der Horte.) Mussten anfänglich mehrfach Übertretungen der Vorschriften über Mass und Gewicht sowie verspäteter Wirtschaftsschluss geahndet werden, so konnte dafür der Bericht rühmen, dass in Basel bisher noch keine Strafe für Preiswucher ausgesprochen werden musste. Die Direktion der Strafanstalt suchte die durch den Kriegsausbruch bei ihren Insassen ausgebrochene Erregung durch orientierende Vorträge zu beschwichtigen. Manche unter den militärpflichtigen Sträflingen, besonders Ausländer, sehnten sich nach ihrer Truppe; von den infolge Ablaufs ihrer Strafzeit Entlassenen rückten 18 Deutsche, davon 3 Deserteure, sofort ein.

In ihrem ersten Rechenschaftsbericht vom 22. September an den Grossen Rat wies die Regierung mit Genugtuung darauf hin, das Volk von Basel sei den Pflichten der Neutralität gewissenhaft nachgekommen, was auch von den Behörden des Bundes gebührend geschätzt werde. Auch wahre unsere Stadt ihre humanitäre Tradition, indem sie im Bereich des Möglichen den vom Krieg getroffenen Nachbarn Beistand leiste und den bei uns niedergelassenen Ausländern Schutz gewähre. Als ihre vornehmste Aufgabe bezeichnete die Regierung die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und die Unterstützung der Notleidenden in enger Fühlung mit dem Bund. Schon die nächsten Wochen sollten jedoch erweisen, dass auf dem Weg zu diesen beiden Zielen grosse Hindernisse zu

überwinden waren und dass die Ansprüche an den Staatshaushalt im bisherigen fiskalischen Rahmen nicht mehr erfüllbar waren.

III. Kantonale Politik und Wirtschaft

1. Die Wohnbevölkerung und die Behörden von Basel-Stadt 1914-1918

Die Volkszahl, die am 30. Juni 1914 144496 Personen betrug, nahm bei Kriegsausbruch infolge der Abreise der meisten ausländischen Wehrpflichtigen um 1658 Männer ab, wodurch der Frauenüberschuss auf fast 11000 anstieg. Bis Ende 1914 stand einer Geburtenzunahme von 1161 ein Wanderungsverlust von 2824 Köpfen gegenüber; im Vergleich zu 1913 hatten Geburten, Eheschliessungen und Todesfälle leicht abgenommen. Während am 31. Dezember die Wohnbevölkerung noch 142479 Menschen zählte, umfasste sie bei Kriegsende 1918 nur noch 139694. Davon waren 58944 Kantonsbürger, 40550 Bürger anderer Kantone und 40200 Ausländer.

Der im Frühjahr 1914 bei einer Wahlbeteiligung von 65% erkorene Grosse Rat wies mit 27 Freisinnigen, 20 Liberalen, je 17 Bürgerparteilern und Katholiken, 2 Demokraten und 3 Vertretern der Landgemeinden eine bürgerliche Zweidrittelsmehrheit gegenüber 44 Sozialdemokraten auf. 1917 wurden bei etwas geringerer Beteiligung nur noch 71 Bürgerliche gewählt (20 Freisinnige, 18 Liberale, 16 Bürgerparteilern, 15 Katholiken, 2 Demokraten), während die besonders infolge der starken Teuerung angewachsene Unzufriedenheit den Sozialisten den beträchtlichen Zuwachs von 15 Sitzen verschaffte, so dass das Bürgertum nur noch knapp über das absolute Mehr verfügte.

Bei den Regierungsratswahlen hatte 1914 einzig der parteilose, aber von den Liberalen und Sozialdemokraten empfohlene Mangold (Erziehungs-Departement, seit 1910) im 1. Wahlgang das absolute Mehr gewonnen; erst der 2. Urnengang bestätigte die andern Bisherigen: die Sozialdemokraten Wullschleger (Finanzen, seit 1902) und Blocher (Inneres, seit 1910), die Freisinnigen Aemmer (Sanität, seit 1911) und Stöcklin (Bau, seit 1907) und den Liberalen Burckhardt-Schazmann (Justiz, seit 1906); als Neuer trat an Stelle des demissionierenden Liberalen Speiser sein Parteigenosse Miescher (Polizei) dem Kollegium bei. 1915 folgte dem verstorbenen Burckhardt in der Ersatzwahl nach hartem Kampf gegen einen katholischen und einen bürgerparteilichen Mitbewerber der Liberale Im Hof. Die während des Krieges mit grosser Arbeit und Verantwortung beladene Militär-Direktion besorgte der damalige Generalstabshauptmann und spätere Oberstkörpskommandant

Miescher. Auch 1917 waren 2 Wahlgänge erforderlich, da zunächst nur Wullschleger und Blocher das Rennen machten. Schliesslich wurde im Frühjahr 1918 der demissionierende Blocher durch seinen Parteigenossen Hauser ersetzt. Während also die Vertretung der Parteien (4 Bürgerliche, 2 Sozialisten, 1 Parteiloser) konstant blieb, erfuhr der personelle Bestand eine leichte Verjüngung.

Dem Weiteren Bürgerrat brachte seine periodische Erneuerung 1915 bei der geringen Wahlbeteiligung von unter 40% nur eine unbedeutende Partei-verschiebung (1 freisinniger Sitz ging an die Sozialisten über), so dass die bürgerliche Mehrheit mit 32 von 40 Mandaten erhalten blieb. Die Neuwahl 1918 verhalf dann freilich der sich revolutionär gebärdenden Linken zu dem erheblichen Gewinn von 5 Sitzen.

Für die im Herbst 1914 stattfindenden Wahlen in den Nationalrat verständigten sich die grossen Parteien im Zeichen des Burgfriedens, wie fast überall in der Schweiz, unter Verzicht auf einen Wahlkampf die Bisherigen zu bestätigen; die nicht vertretenen Bürgerpartei und Katholiken empfahlen Stimmenthaltung. Demnach beliebten dem Volk die Liberalen Burckhardt und Iselin, die Freisinnigen Göttisheim und Rothenberger und die Sozialdemokraten Frei, Jäggi und Wullschleger. Auch unser Vertreter im Ständerat, der Freisinnige Scherrer, blieb unangefochten. 1915 rückte für Burckhardt der von allen bürgerlichen Parteien empfohlene Speiser nach. 1917 nahm als Ersatzmann des demissionierenden Jäggi erstmals ein Angehöriger der Bürgerpartei, Gelpke, Einsitz in der Volkskammer. Bei der Gesamterneuerung im Herbst, die unter der Signatur für oder gegen die Landesverteidigung nach heftigem Wahlkampf und mit einer Beteiligung von 77% stattfand, konnten nach 2 Wahlgängen von den bisherigen Speiser, Göttisheim, Rothenberger, Gelpke und Frei als gewählt erklärt werden; als neue gesellten sich der Katholik Feigenwinter und der Demokrat Schär zu ihnen. Trotz der sich verstärkenden Linksströmung waren also die Sozialisten mit nur noch einem einzigen Vertrauensmann beträchtlich geschwächt. Für den Ständerat wurde einmal mehr Scherrer bestätigt.

2. Die Anpassung des Staatshaushalts an die Kriegserfordernisse

Die finanzielle Lage unseres Halbkantons war alles andere als rosig, da die Staatsrechnung für 1913 mit einem Defizit von fast einer halben Million abgeschlossen hatte und für 1914 ein solches von 3,4 Millionen budgetiert war. Denn neben den laufenden Ausgaben waren noch grössere Posten zu begleichen; eine Übereinkunft mit dem Badischen Finanzamt über die Ab-

lösung der Steuerfreiheit des auf unserem Gebiet wohnenden Bahnpersonals, die nach Kriegsbeginn vom Bundesrat ratifiziert wurde, sah eine Kapitalabfindung an das Grossherzogtum von 700 000 Mark vor, obschon Basels Steuerhoheit erst nach 5 Jahren wirksam werden sollte. Daneben liefen unbarmherzig die Amortisationsfristen für die Anleihen im Gesamtbetrag von fast 90 Millionen. Auch die Vermehrung des Staatspersonals (Ende 1914: 3826) steigerte die permanenten Ausgaben.

In einem ausführlichen Ratschlag legte die Regierung dem Grossen Rat Rechenschaft über ihre Sofortmassnahmen ab. Am 15. August hatte sie die Departemente angewiesen, alle nicht dringlichen Ausgaben einzusparen. Um eine fällige Rate des Kaufpreises für das Areal des alten Badischen Bahnhofs begleichen zu können, hatte das Finanz-Departement mit Ermächtigung der Regierung 4 Millionen bei einigen Banken gegen Kassenscheine aufgenommen, die im September 1915 rückzahlbar waren. Obschon die gesetzlichen Beiträge an die Armenpflegen und die staatliche Arbeitslosenkasse besondere Kredite erübrigten, mussten dafür die Zuschüsse an die privaten Kassen von 10 000 auf 30 000 Franken erhöht werden, da diese trotz Rückgriff auf ihre Reserven ihren statutarischen Leistungen nur mit Mühe nachkommen konnten. Obgleich Regierungsrat Wullschleger die Lage als zwar ernst, aber wegen des unerschütterten Staatskredits als nicht beunruhigend bezeichnete, behielt sich die Regierung den Ausweg eines Lohnabbaus des nicht mobilisierten Personals für 1915 vor; denn unter dem Zwang ausserordentlicher Verhältnisse seien die Kantone so gut wie der Bund befugt, legale Ansprüche unbeschadet ihrer prinzipiellen Gültigkeit zu beschneiden; auch um den Bürger mit einer notwendigen Erhöhung der Steuern vertraut zu machen, müssten die Ausgaben möglichst gedrosselt und es müsse auf grössere Unternehmungen verzichtet werden. Nach längerer Diskussion genehmigte der Grosse Rat am 8. Oktober ausser den erwähnten Ausgaben auch die Kredite für die an anderer Stelle genannten Fürsorgemassnahmen unter Vorbehalt des Referendums, das aber von keiner Seite ergriffen wurde.

Dank einem unerwartet hohen Erbschaftssteuerertrag und dem Verzicht auf grössere Abschreibungen betrug in der Staatsrechnung 1914 das Defizit nur noch 1,25 Millionen. Da die industriellen Werke (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk) und die Strassenbahn fast so hohe Erträge wie 1913 abwarfen und die Kantonalbank den Hypothekarzinsfuss heraufgesetzt hatte und die Zunahme der Spareinlagen melden konnte, schien ein gedämpfter Optimismus für die Zukunft des Staatshaushalts nicht unberechtigt. Deshalb knüpfte die grossrätliche Prüfungskommission an den Verwaltungsbericht für 1913 den Wunsch, man möge nicht ganz auf Verbesserungen und Neuerungen im Gemeinwesen verzichten (z. B. Erweiterung des Rangierbahnhofs, Vorarbeit

für den Kleinhüninger Hafen, Bewerbung um eidgenössische Institute, bessere Ausnützung des Waffenplatzes). Da ausserdem die Neubauten für das Kunstmuseum und die Universität geplant waren, unterbreitete die Regierung den Ratschlag für ein neues Anleihen von 25 Millionen, wovon 15 zur Konversion älterer Schulden verwendet werden sollten. Kurz nach Neujahr genehmigte der Grosse Rat die Anleihe unter Verzicht auf eine Debatte.

So wenig Widerspruch die meisten Einsparungen in der Öffentlichkeit fanden, so deutlich zeigte das Echo auf eine geringfügige Massnahme, dass viele Leute nicht bereit waren, nur noch fiskalische Rücksichten gelten zu lassen. Als nämlich die Regierung beschloss, das Morgen-, Mittags- und Feierabendgeläute der Kirchenglocken einzustellen, wurde dies nicht bloss vom Kirchenrat als pietätloser Bruch mit einer geliebten Tradition kritisiert, während gegenteilige Meinungen die Neuerung als Abstellung eines störenden Lärms begrüsst. Im folgenden Frühjahr führte dann die Kirche das Geläute auf ihre Kosten weiter, nicht ohne die Knausrigkeit des Staats etwas zu beschämen.

Die Bürgergemeinde kam mit einem geringen Defizit davon, da die beträchtlichen Fehlbeträge des Armenamts, des Bürgerspitals und des Waisenhauses durch den Reinertrag der Christoph Merian-Stiftung von einer halben Million mehr als gedeckt waren. Die Zahl der Aufnahmen in das Bürgerrecht, die im letzten Vorkriegsjahr 979 betragen hatte, ging 1914 auf 820 zurück. Darunter waren 65 Ausländer, die sich schon vor dem Krieg um die Einbürgerung beworben hatten und am 12. September als aufgenommen erklärt wurden. Dagegen stellte der Engere Bürgerrat am 1. Dezember die später eingereichten Gesuche von Refraktären zurück; die Regierung billigte dies zwar im Prinzip, wünschte aber, dass einzelne Petenten unter besonderen Umständen zugelassen würden. Erst im neuen Jahr konnte die Frage bereinigt werden.

3. Umstellung auf die Kriegswirtschaft

Sicherung der Versorgung und der Vorratshaltung

Da niemand auf die plötzliche Abschnürung des Landes von seinen internationalen Handelsverbindungen gefasst war, erkannten es die Behörden als ihre erste Aufgabe, die vorhandenen Bestände an Lebensmitteln und Roh- und Betriebsstoffen festzustellen und deren Export zu unterbinden, sowie die Einfuhr der aus dem Ausland anrollenden Güter zu sichern. Bei unserer föderalistischen Staatstruktur war es unvermeidlich, dass sich die eilig getrof-

fenen eidgenössischen und kantonalen Verfügungen überschritten und nur allmählich koordiniert werden konnten. Da ausserdem mit der Mobilmachung ein beträchtlicher Teil der Landesversorgung der Armee oblag, schaltete sich eine weitere Hierarchie (Armeestab, Territorial- und Platzkommando), der sich die örtlichen Instanzen unterzuordnen hatten, in die komplexe Organisation ein. Obgleich im Volk dadurch der Eindruck einer gewissen Unsicherheit entstand und die fast unbeschränkte wirtschaftliche Freizügigkeit, die scheinbar unveräusserliche Erbschaft des 19. Jahrhunderts, täglich problematischer wurde, unterzog man sich nicht nur willig den unbequemen Erschwerungen, sondern begrüßte auch lebhaft die meisten Anordnungen, weil ihre Zweckmässigkeit allgemein einleuchtete. Basel wurde als eines der bedeutendsten Handels- und Industriezentren der Schweiz und als Grenzstadt, die für ihre Ernährung fast ausschliesslich auf die Versorgung durch die agrarischen Kantone und den Import angewiesen war, von der Einschränkung seiner Lebensgewohnheiten besonders empfindlich getroffen.

Als der Bundesrat noch vorgängig seiner Vollmachten mit dem Erlass seiner Ausfuhrverbote begann (zunächst für Lebensmittel, Vieh und Kriegsmaterial, dann auch für Brennstoffe, Motorfahrzeuge, Öle, Sanitätsmaterial und fast alle Textilien), ordnete das Polizei-Inspektorat sofort die Kontrolle der Grenzübergänge an, nachdem am 31. Juli eine letzte Fuhre Weizenkleie am Zollamt Hiltalingerstrasse das Land verlassen hatte. Es scheint, dass nicht erst die im September vom Bundesrat angedrohten schweren Strafen (Busen, Gefängnis, Konfiskation) die strikte Durchführung der Ausfuhrverbote auf Basler Boden bewirken mussten; denn die Akten melden keine Verstösse.

Die Militärbehörden bekümmerten sich in erster Linie um die Sicherstellung der Vorräte an Benzin, Benzol, Gasolin, Sprengstoffen, Petrol und Karbid. Als das Platzkommando die Benzinlager sperrte und sich die Zuteilung der vom Territorialdienst bewilligten Rationen von je 20 Litern reservierte (der zivile Motorfahrzeugverkehr war nur Landärzten, Industrie- und Lebensmittelfirmen, gemeinnützigen Genossenschaften und für landwirtschaftliche Maschinen unter Kontrolle der kantonalen Militärdirektionen gestattet), ergab sich erstmals ein Kompetenzkonflikt, da sich das Polizei-Inspektorat darauf berufen konnte, dass das Militär-Departement diese Zuteilung den zivilen Instanzen überbunden habe. Der damalige Kommandant unserer Polizei, Hauptmann Viktor Müller, der unpopuläre Aufgaben trotz vielfachen Anfeindungen stets unbeirrt anpackte und mutig durchführte, brachte – und zwar nicht zum letztenmal – die «Zivilcourage» auf, sich in seinem Rapport an das Departement gegen die Übergriffe der Armee ungeschminkt und kräftig zu wehren. Auch die Regierung verwahrte sich gegen militärische Schulmeisterei, als der Chef des Territorialdienstes die Kantone wegen

angeblich zu larger Benzinbewilligung an die Privatwirtschaft tadelte; sie wies darauf hin, dass dem Volk vermeidbare Autofahrten mancher Offiziere auffielen, die ihre Reitpferde schonten und die unentgeltliche Benützung des Trams verschmähten. In demselben Schreiben beschwerte sie sich auch über den vielfachen Missbrauch, den einzelne subalterne Kommandanten durch übertriebene Beschlagnahmung von Privateigentum sich zu Schulden kommen liessen; dies betraf vor allem die mehr als grosszügige Beanspruchung von Holzlagern für den Bau der unbestritten notwendigen Feldbefestigungen und Strassenverhaue; den Werkhöfen wurde nämlich wertvollstes Material entnommen; feste Einfriedungen wurden rücksichtslos demoliert, auch wenn die Zeit für Beschaffung von billigerem Holz gereicht hätte. Die Regierung beauftragte angesichts des beängstigenden Schwundes der Holzbestände und des zu gewärtigenden Preisaufschlags (Deutschland hatte die Ausfuhr verboten, und auch aus dem Jura war kaum mehr etwas erhältlich) das Statistische Amt im Dezember mit einer Bestandesaufnahme; sie ergab noch einen Vorrat von 940 Ster und 1400 Wellen in 84 Bäckereien, wovon vermutlich ein Viertel bis zum Jahresende verbraucht sein werde. Wohl wegen der beginnenden Umstellung auf den elektrischen Betrieb scheint dann die Regierung die Sache nicht weiter verfolgt zu haben. (Eine gleiche Enquête über die Sodavorräte bei den Drogisten und chemischen Fabriken stellte über 44000 Kilo fest.)

Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung fühlte sich die Regierung zu raschen Eingriffen veranlasst. Schon am 1. August ermächtigte sie in Voraussicht der Stockung der Zufuhr das Finanz-Departement, 20 Wagen Weizen zum Preis von 65 000 Franken anzukaufen, der aber nur im Notfall angebrochen und bei Nichtgebrauch wieder abgestossen werden sollte, und dafür 3 Wagen verderblichen russischen Weizen zu veräussern. Da wenige Tage später Deutschland die ungehinderte Durch- und Ausfuhr der von der Schweiz bestellten Getreidemengen gestattete, und da der Bund den Mülle-reien die Herstellung von Vollmehl und dessen Verkauf zu bestimmtem Preis vorschrieb, waren die Kantone der schlimmsten Sorge einstweilen enthoben. Auch die Milchversorgung schien zunächst ohne besondere Organisation geregelt, weil das Angebot sehr gross war und der Bund durch den Verzicht auf seinen Anteil am Reingewinn der Käseunion den Preis etwas senken konnte. Selbst die Verproviantierung mit Fleisch begegnete keinen Schwierigkeiten; das Bauernsekretariat ermunterte die Konsumenten, mehr Kalb- und Schweinefleisch zu kaufen, da der Mangel an Kraftfuttermitteln zu vermehrten Schlachtungen nötigte. Dagegen unterlag die Auffuhr von Gemüse aus den sundgauischen Nachbardörfern auf dem Basler Markt natürlich starken Schwankungen, so dass die Polizei den Verkauf einheimischen Ersatzes

auch an Sonntagen erlaubte. Nachdem die Elsässer Bauern zuerst ganz ausgeblieben waren – nicht nur wegen der Grenzsperrre, sondern auch, weil ihnen die Ernte täglich nur während einer Stunde für den Eigenbedarf gestattet war –, erschienen sie wieder nach strenger Kontrolle durch die deutschen Grenzorgane für kurze Zeit; bald jedoch mussten sie von neuem ausbleiben, da ihre Zugpferde requiriert waren. Ende November erwarb die Regierung einen Posten vorzüglicher Kartoffeln und Karotten, die Interessenten zum Selbstkostenpreis ins Haus geliefert wurden. Ein Appell des eidgenössischen Inspektorats für Forstwesen, Jagd und Fischerei, zur Rettung der durch den Zusammenbruch der Fremdenindustrie vom Ruin bedrohten Fischerfamilien einheimische Süßwasserfische zu konsumieren, fand in Basel nur wenig Gehör, da die Delikatessengeschäfte noch längere Zeit billige Meerfische aus Holland und Geflügel aus der Bresse offerieren konnten. Die «Basler Nachrichten» schlugen vor, die städtischen Verwaltungen sollten das Einsammeln der im Tessin nutzlos verfaulenden Edelkastanien durch die Schuljugend organisieren, damit die Kartoffelvorräte gestreckt werden könnten; aber die Regierung lehnte dies wegen der zu hohen Spesen ab. Auch der im Publikum oft vernehmbare Wunsch, zur Schonung der Getreidebestände die Bierproduktion einzuschränken, hatte keinen Erfolg; dagegen veranstaltete der Abstinentenverband einen gut besuchten Kurs für alkoholfreie Obstverwertung. Vorschläge, Papierkugeln als Ersatz für Brennholz herzustellen, wurden befolgt.

Da durch das Aufgebot die laufenden Erntearbeiten im Gebiet unserer Landgemeinden und auf dem Bruderholz vom Unterbruch bedroht waren, appellierte die Regierung an die freiwillige Hilfe vor allem von Lehrern und älteren Schülern. Die Anregung des Arbeitsamtes der Stadt Zürich, in erster Linie arbeitslose Fabrikarbeiter heranzuziehen, fiel bei uns auf wenig fruchtbaren Boden. Als indirekte Unterstützung der Landwirtschaft, die durch die Stellung ihrer besten Mannen und Pferde, durch den Ausfall der Einnahmen für Mastvieh und durch die Kreditnot geschädigt war, empfahl die Presse dem städtischen Verbraucher, das bäuerliche Angebot an Milch, Käse, Speck, Gemüse, Obst und Most zu berücksichtigen. In der weiteren Umgebung Basels stellte die Armee zur Bewältigung der dringendsten Feldarbeiten Soldaten zur Verfügung.

Unsere Behörden hatten sich aber auch noch mit andern Sorgen der baselstädtischen Landwirte zu befassen, nämlich mit der Vertretung ihrer Interessen bei der Abschätzung der vielen durch das Militär verursachten Landschäden. Noch bevor der Bundesrat im November dies durch Einsetzung von Feldkommissaren regelte, die zusammen mit kantonalen Beamten die Entschädigungen festzustellen hatten (derselbe Erlass bestimmte auch die Taxen

für Kantonnemente und benützte Fahrhabe), verwandte sich die Regierung für eine Eingabe der Landgesellschaft Bruderholz, der Christoph Merian-Stiftung und des Bürgerspitals, welche die Höhe der Verluste noch vor der Ernte verlangte, und erklärte ihre Bereitschaft zur Mitwirkung. Später wurde eine Forderung der Stadtgärtnerei für die durch Grabarbeiten unterhalb der Stützmauer der Margarethenterrasse abgestorbenen Gesträuche und für auf dem Bruderholz gefällt junge Bäume dem zuständigen Feldkommissar überwiesen. Da das Kommando der 4. Division wünschte, dass frisch angesäte Grundstücke durch Strohwische kenntlich gemacht würden, lud das Departement des Innern die Landgemeinden und die Landwirtschaftskommission ein, den Missbrauch dieser Anordnung zu verhindern. Als die Militärdirektion zur Anmeldung aller Kulturschäden aufforderte, sprach sie die Erwartung aus, dass Bagatellfälle nicht angezeigt würden.

Die Versorgung unserer Industrie mit der unentbehrlichen Kohle liess sich besser an, als man anfangs befürchtet hatte. Seit der Wiederaufnahme des Güterverkehrs im Badischen Bahnhof holten schweizerische Lokomotiven Kohlenzüge in Leopoldshöhe ab und führten sie nach dem Wolf. Dagegen blieben vorerst die von Deutschland zugesagten Lieferungen aus dem besetzten Belgien infolge der Überlastung des Transportmaterials aus. Mit Einbruch des Herbstes konnte das Bau-Departement Kohle, Briketts und Koks Unbemittelten zu ermässigtem Preis anbieten, und das Gaswerk meldete, seine Vorräte reichten bis zum Frühjahr. Jedoch musste das Elektrizitätswerk die Hoffnung seiner Kunden auf Reduktion der Stromtarife für Koch- und Heizapparate mit dem Hinweis auf den Ausbau seines Leitungsnetzes enttäuschen. Die Freigabe des Verkaufs von Gasolin und Benzol an die Fabriken und die Aufhebung der Benzinsperre auf 1. Dezember gewährten der Industrie willkommene Erleichterungen, obschon sich die Armee noch die Zuteilung der Rationen an die Bewerber vorbehielt.

Da also unser Eigenbedarf am Notwendigsten einigermaßen gesichert schien – niemand rechnete mit einer jahrelangen Dauer des Kriegs –, forderte der Handel bald die Lockerung der Ausfuhrverbote, um die Arbeitslosigkeit einzudämmen. Die «Basler Nachrichten» errechneten für die Schweiz bei Aufrechterhaltung der Sperre einen Einnahmefall von mehr als 100 Millionen. Der «Vorwärts» dagegen befürchtete einen stärkeren Anstieg der Inlandpreise, wenn Waren zur Ausfuhr frei gegeben würden. Zunächst veranlasste die steigende Not im Sundgau und besonders der für Kinder und Kranke katastrophale Mangel an frischer Milch in Mülhausen Mitte November die Zolldirektion, die Ausfuhr von Zucker, Kaffee, Salz und Käse in kleinen Rationen zu bewilligen, und der ACV organisierte einen Milchtransport von täglich 6000 Litern zu 21 Rappen nach der be-

drängten Nachbarstadt. Als der Bundesrat den Export von Waren, mit denen wir genügend eingedeckt waren, grundsätzlich erlaubte, setzten sich weitsichtige Basler Handelskreise dafür ein, dass auch die Einfuhrzölle auf australischem und argentinischem Gefrierfleisch gesenkt, der für uns in Österreich lagernde Zucker abgeholt und Häute gegen Blech und Blei für die Konservenfabriken eingetauscht würden. Weil die Zufuhr aus den französischen und italienischen Häfen stockte, schwanden namentlich die Vorräte an Kolonialwaren, Baumwolle, Kupfer, Chemikalien und Petrol in bedrückendem Mass. Auch dass nach dem Jahresbericht des «Vereins für Schifffahrt auf dem Oberrhein» für 1914 der Gesamtumsatz von 96653 Tonnen von 1913 auf 90019 gesunken war und bei andauernder Stilllegung die Schifffahrt nichts mehr an unseren Handel beitragen konnte, war ein Warnsignal.

Da die Behörden auch mit dem besten Willen nicht alles zu bewältigen vermochten, musste die private Initiative einspringen, die sich an der soeben geschlossenen Landesausstellung in Bern bewährt hatte (zahlreiche Basler Firmen waren dort ausgezeichnet worden). Obgleich in einer vom Volkswirtschafts-Departement einberufenen Sitzung der Verbände die Anregung, der Bund solle die Lebensmittelankäufe im Ausland übernehmen, am Widerstand der Grossisten und Genossenschaften scheiterte, drängte sich der öffentlichen Meinung auch in Basel immer mehr der Eindruck auf, nur vermehrte Zusammenarbeit des Staates und der Korporationen vermöge das Misstrauen gegen unstatthafte Gewinnsucht einzelner Geschäfte und Branchen zu zerstreuen. Andererseits riefen die Detaillisten als Ergänzung ihrer Selbsthilfemassnahmen nach vermehrten Bankkrediten, um durchhalten zu können.

In Basel hatte sich die Lebensmittelkontrolle mit 223 Verzeigungen zu befassen; davon betrafen 47 zu leichtes Brot und 41 gepantschte Milch; ferner wurden Lieferanten der Verfälschung von Kaffee, Hafermehl, Speiseöl, Teigwaren und Wein überführt. Das Strafgericht musste einen gutbeleumdeten Schweizer, der als Geschäftsführer in Mülhausen tätig war, zu 1 Monat Gefängnis verurteilen, weil er auf einem militärischen Passierschein ein vom Platzkommando bewilligtes Ausfuhrkontingent eigenhändig erhöht hatte.

Kampf gegen die Teuerung

In engem Zusammenhang mit der schwankenden Versorgung standen die bald einsetzenden Preisaufschläge auf vielen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln; bis zum Jahresende wuchsen sie sich zu einer eigentlichen Teuerung aus und lösten die Beruhigung, die auf die anfängliche Panik gefolgt war, durch eine immer stärkere Erregung ab. Es konnte nicht ausblei-

ben, dass vor allem die Fixbesoldeten und erst recht die von Verdienstlosigkeit bedrohten Arbeitnehmer, sowie die Familien, deren Oberhaupt zu den Waffen geeilt war, mit steigender Unruhe den labilen Pegelstand der Preise verfolgten und dass die Presse aller Parteien ihn lebhaft besprach und gehörig kritisierte. Als der Bundesrat am 10. August durch den sogenannten «Wucherartikel» übersetzte Preisforderungen, Zurückhaltung von Waren und Verheimlichung von Vorräten mit Geld- und Gefängnisstrafen bedrohte, machte die Basler Regierung von der Ermächtigung, Waren zu registrieren und einzuziehen und durch marktpolizeiliche Massnahmen den Aufkauf zu verhindern, vorerst keinen Gebrauch; sie beschränkte sich darauf, den Haushaltungen die Beschlagnahmung von Vorräten, die den Bedarf eines Monats überschritten, anzudrohen und das Publikum zur Anzeige von Preiswucher aufzufordern. Am 8. Oktober beschloss der Grosse Rat auf Antrag der Regierung, Übertretungen der Wucherverordnung dem Strafgericht zu überweisen, weil die Höhe der Strafen und Bussen die Kompetenz des Polizeigerichts überschritt.

Die Regierung übertrug die Kontrolle über den Verkauf der Mahlprodukte dem Statistischen Amt und erteilte ihm die Befugnis, Einsicht in die Lieferscheine der Müller zu nehmen und sich zu überzeugen, dass den Vorschriften nachgelebt werde. Die Polizei sollte das Verbot, Getreide und Mehl zu verfüttern, überwachen. So konnte ein Brotpreisaufschlag hinausgezögert werden. Die Kommission des Bäckervereins hatte schon am 4. August beschlossen, sich mit der Sistierung der Rabattmarken, der Einschränkung der Hauslieferungen und der Forderung der Barzahlung durch die Kunden zu begnügen; erst am 22. September erhöhte sie den Preis auf 38 Rappen pro Kilo.

Dagegen verrannte sich die Regierung in eine Sackgasse, als sie in einen Streit auf dem Fleischmarkt eingriff. Da der Verlauf dieses kurzen, aber unrühmlichen «Fleischkriegs» erwies, wie gering noch das Verantwortungsbewusstsein des freien Wettbewerbs für die allgemeine Wohlfahrt entwickelt war, sei seine leidenschaftliche Austragung resümiert. Als die «Basler Nachrichten» verlangten, die Behörden sollten gegen die trotz der starken Viehauffuhr von den Metzgern hochgehaltenen Preise einschreiten, trat die Verwaltungskommission des ACV diesem Begehren entgegen, weil das Fleischgeschäft den 50%igen Rückgang seines Umsatzes auf andern Artikeln ausgleichen müsse. Dieses unerwartete Entstehen der grössten genossenschaftlichen Organisation für ein Gewerbe, das sie sonst als unbequeme Konkurrenz bekämpfte, weckte im Publikum den Verdacht, es bilde sich unter Führung der Bell AG, des ACV und des VSK ein Fleischtrust. Deshalb glaubte die Regierung am 21. Oktober, durch eine Verordnung einschreiten zu müs-

sen, wonach sie die verschiedenen Sortenpreise nach den Qualitäten selbst festsetzen wollte und Übertretungen mit gerichtlicher Verzeigung bedrohte. Da sie das Begehren der Metzgerschaft, den Vollzug der Verfügung bis zur Kalkulation neuer Preise aufzuschieben, ablehnte, teilten die über die beabsichtigte Kontrolle erbosten Geschäfte durch die Presse die Schliessung ihrer Läden mit. Weil dieser einstimmig beschlossene Verkäuferstreik – auch die Grossfirmen machten mit – die Belieferung des Publikums verunmöglichte, suchte die Regierung zu verhandeln; da jedoch die Metzger auf ihrem Standpunkt beharrten, musste sie zur Verhütung eines Fleischnotstandes ihren Ukas widerrufen. Damit war aber der Kriegsschauplatz erst recht in die öffentliche Arena verlegt; denn die Sieger beschuldigten die Behörde offen der Provokation, weil sie den ungesetzlichen Deklarationszwang für die einzelnen Sorten habe erzwingen wollen. So hatte sich das Gewitter noch keineswegs verzogen, als die Regierung in der nächsten Sitzung des Grossen Rates von vier Parteilagern ins Kreuzfeuer genommen wurde. Mochte sie den Vorwurf, übereilt gehandelt, so gut als den gegenteiligen Tadel, zu rasch kapituliert zu haben, abwehren – es stand fest, dass ihr erster Gehversuch auf dem Boden der Preisregulierung kläglich gescheitert war. Die Frage nach dem künftigen Verhalten in solchen Fällen vermochte sie nur mit der bescheidenen Hoffnung zu erwidern, das über den Egoismus der Metzger aufgeklärte Volk sei nun besser gewappnet. Wenn man die Verbitterung der Regierung begreift, die mit ihrem Schlag ins Wasser ihre Autorität gefährdet hatte, so kann man es andererseits auch den Interpellanten nicht verdenken, dass sie sich nur bedingt befriedigt erklärten; denn als Vertreter der Konsumenten hätten sie es lieber gesehen, wenn der von den Metzgern hingeworfene Fehdehandschuh aufgehoben worden wäre. Nach einer sechsstündigen Debatte musste sich die Regierung, um wenigstens den Schein eines moralischen Sieges zu retten, auf den Appell an die Metzger beschränken, eine wahrheitsgemässe Deklaration freiwillig durchzuführen. Im stillen mochte sie auch aus dem in der Diskussion gefallenem Vorwurf die Lehre ziehen, in Zukunft die Tätigkeit der einzelnen Departemente besser zu koordinieren, um einen Zickzackkurs ihrer Politik zu vermeiden.

Die bürgerliche Presse zog aus der Affäre die Bilanz, dass nur der Bund, der die Beschlagnahmung der Fleischvorräte abgelehnt hatte, stark genug wäre, verbindliche Preise vorzuschreiben, und dass dem Privathandel die Vorratshaltung durch die Privilegierung der Genossenschaften verleidet sei. Der ACV, der sich in ein schiefes Licht gesetzt hatte, suchte im Grossen Rat wie in der Presse die Schuld an den hohen Preisen auf den durch seine strenge Fleischschau unbeliebten Schlachthofdirektor zu schieben und den Vorwurf zu entkräften, die genossenschaftliche Pflicht der Rendite und der

populären Rückvergütung geopfert zu haben; zum Beweis seiner regulierenden Tätigkeit wies er auf seine vergleichsweise niedrigen Preise für andere Nahrungsmittel und für die Brennmaterialien hin. Obschon in seiner Leitung prominente Sozialdemokraten dominierten, wurde sie im «Vorwärts» heftig angegriffen und ihr der Widerstand der Arbeiterschaft, die sich kein Fleisch mehr leisten könne und darum an der Solidarität mit den Metzgermeistern kein Interesse habe, angedroht. Nachdem die Kommission betont hatte, im kapitalistischen Staat lasse sich kein Unternehmen ohne genügende Rendite in einen Kollektivbetrieb umwandeln, und die Rückvergütung sei für die Unbemittelten eine Wohltat, da sie sonst keine Wintervorräte einlagern könnten, schloss die Redaktion des «Vorwärts» die aufschlussreiche Polemik mit einer Vertrauenskundgebung an die Genossenschaft.

Doch begrub die Arbeiterschaft in ihrem Kampf für eine ausreichende Lebenshaltung das Kriegsbeil keineswegs. Das Ringen hatte schon am 7. August begonnen, als eine Delegation des Arbeiterbundes, der sozialdemokratischen Partei und ihrer Grossratsfraktion, des ACV und des VSK von der Regierung sofortige Massnahmen (Errichtung einer Volksküche, Gutscheine für unentgeltlichen Lebensmittelbezug, erhöhte Subventionen an die Arbeitslosenkassen) verlangte. Wenn auch der «Vorwärts» vorläufig mässige Preisaufschläge, soweit sie durch höhere Einstandspreise bedingt waren, gelten liess, so forderte er dafür, die Behörden sollten sich bei den Konsumvereinen über den tatsächlichen Stand der Teuerung orientieren, um eine Handhabe gegen wucherische Übertreibungen zu gewinnen. Da aber der Bundesrat den Kompass der Kriegswirtschaftspolitik nach den Bedürfnissen des ganzen Landes einstellte, mussten sich die Werktätigen mit ihren Postulaten nach Bern wenden. Ihre Vertreter unterstützten dort die Eingaben der «Schweizerischen Liga zur Verbilligung der Lebenshaltung» und der «Zentralen Notstandskommission der schweizerischen Arbeiterschaft» an den Bundesrat, die unter anderm Höchstpreise, Anpassung der Löhne an die Teuerung, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, Hilfspflicht des Staates, Verbot der Handelsprofite, Vorbereitung von Notstandsarbeiten und Sperre der Banktresors forderten, ohne weder auf die Tragkraft der öffentlichen Finanzen und der Volkswirtschaft noch auf die Arbeitsteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden die geringste Rücksicht zu nehmen. Ihren uneingeschränkten Beifall fand einzig die faktische Einführung des Getreidemonopols; alles andere wurde als unzulänglich bekrittelt. Mit zunehmender Schärfe wurde dem Bauernsekretariat vorgeworfen, die Festsetzung von Höchstpreisen zu hintertreiben und den Bundesrat unter Druck zu halten. Der Eindruck, die Behörden übten einen zu geringen Widerstand gegen die drohende Massenverelendung, liess auch kein Verständnis für die

zusätzlichen Arbeitsleistungen der Bauern aufkommen. Aus ihrem besonderen Blickwinkel wollte die Sozialdemokratie nur das städtische Proletariat als die wirtschaftlich Schwachen gelten lassen, für deren Unterstützung die Gesellschaft solidarisch haftbar sei. Nur so lässt sich verstehen, dass sie schon nach wenigen Monaten – ähnlich wie aus andern Gründen die Weltschen – sich als benachteiligte Minorität fühlte und sich zu unüberlegten Drohungen hinreissen liess; denn bereits im Oktober war in den Spalten des «Vorwärts» das erste Donnergröllen des 1918 ausbrechenden Gewitters vernehmbar, indem dem Bürgertum eine vom Hunger zu Verzweiflungstaten getriebene Arbeiterschaft als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurde.

Die Krise auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt

Schon 1913 lastete auf der baselstädtischen Wirtschaft eine beträchtliche Arbeitslosigkeit, so dass die Regierung eine Sammlung freiwilliger Gaben für die staatliche Arbeitslosenkasse bewilligt hatte. Da beim Kriegsausbruch viele Firmen ihren Betrieb ganz oder teilweise einstellten, stieg die Zahl der Verdienstlosen rasch an; schon Anfang August meldete das Arbeitsnachweissbüro je 119 Bewerber auf 100 offene Stellen. Die Behörden machten sich mit dem praktisch noch kaum erprobten Gedanken an staatliche Notstandsarbeiten vertraut; die Regierung verlangte vom Grossen Rat einen Kredit von 604000 Franken, um 2000 Arbeitslose während der nächsten Monate beschäftigen zu können. Er wurde nach längerer Debatte, in der die Sozialisten den Betrag als ungenügend bemängelten, bewilligt und dem Referendum entzogen. Vorerst sollten angefangene Strassen und Kanalisationen in Riehen fortgesetzt und die Tramlinie auf das Bruderholz in Angriff genommen werden. (Die Linie bis zur Grenze bei Stetten konnte schon am 1. Dezember eröffnet werden.) Die Presse ventilerte eifrig die Frage der Finanzierung künftiger Notstandsarbeiten; während der «Vorwärts» für die Beschlagnahme der Zinscoupons privater Kapitalien eintrat, regten die «Basler Nachrichten» Anleihen und mässige Steuererhöhungen an und warnten vor Sparsamkeit am falschen Ort, da die steigenden Preise und Löhne zu spät begonnene Projekte verteuern würden; auch müsse der Staat, der die Geschäftswelt auffordere, ihre Betriebe unter Verlusten aufrecht zu erhalten, mit dem guten Beispiel vorangehen. Als der Gewerbeverein auch für das Kleingewerbe Notstandsarbeiten verlangte, schlug die Idee, dass das Gemeinwesen den Opfern der Arbeitskrise beispringen müsse, selbst im konservativen Mittelstand feste Wurzeln. Hier wurde es auch begrüsst, dass die vom Gewerbeverband gegründete «Schweizerische Darlehenskasse» soliden Firmen Bankkredite vermittelte und dass die auf Anregung der «Allgemeinen Treuhand- und Revisionsgesellschaft» gebildete «Schweizerische Hilfs-

und Treuhandkammer» mit Sitz in Basel Gesuche um Erstreckung von Zahlungsfristen und Eingaben an die Betreibungsbehörden unentgeltlich weiterleitete. Daneben ergriff eine Reihe schon bestehender Institutionen die Initiative zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Während der Kaufmännische Verein den Handelsbeflissenen Stellen zu vermitteln trachtete, ersuchte der CVJM um Angabe freier Plätze für Landarbeiter, Handwerker, Angestellte und Ausläufer. Das Gewerbesekretariat forderte die gleichmässige Verteilung der Aufträge an die einzelnen Berufsorganisationen, um speziell die Lebensmittelbranche vor einseitiger Bevorzugung des ACV zu schützen, und appellierte an die Unternehmer, sich über den Schichtenwechsel in ihren Betrieben zu verständigen, sowie an die Kundschaft, keine Bestellungen mehr nach auswärts zu vergeben. Die Frauenvereine setzten sich für vermehrte Verwendung weiblichen Personals ein; die staatliche Arbeitslosenkasse warnte vor der Zurückhaltung von Aufträgen und vor der Entlassung oder schlechteren Entlohnung der Dienstboten. Nach der ersten Beurlaubung des Basler Regiments gelang es vereinten Bemühungen, für viele Wehrmänner Beschäftigung zu finden; dies war besonders für die aus dem Ausland zur Fahne Eingerückten, die vorher bei uns keine Stelle bekleidet hatten, eine grosse Wohltat. Eine schweizerische Bandfabrik verlegte ihren Sitz von St. Ludwig nach Basel, um ihren Export nach England nicht zu verlieren, und verschaffte damit über hundert Personen Arbeit. Die Beteiligung Basels an der Gründung einer Sodafabrik durch die «Schweizerischen Rheinsalinen» versprach ebenfalls eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes.

An der Jahreswende meldete der öffentliche Arbeitsnachweis, dass er von 37002 Gesuchen 12920 habe entsprechen können; damit erschien die Lage im Vergleich zu 1913 nicht merklich verschlechtert. Die staatliche Arbeitslosenkasse umfasste im gleichen Zeitpunkt 2016 Mitglieder (1913: 1418) und hatte bei 18881 Franken an Beiträgen und einem Staatsbeitrag von 82000 Franken an Unterstützungen 98346 Franken ausbezahlt. Bei den Unterstützten hatten die Altersklassen zwischen 20 und 40 Jahren sowie die Ledigen zugenommen. Bei einem täglichen Lohnausfall von 5 Franken ergab sich also für beinahe 50000 arbeitslose Tage der beträchtliche Verlust von fast einer Viertelmillion, der durch die Taggelder nur mit einem Drittel gedeckt war.

Angesichts unserer eigenen Sorgen verschloss sich die Regierung Gesuchen um Unterstützung bedrängter Industrien anderer Kantone. Ein «Comité du Bien public» in Le Locle bat wegen der drohenden Verelendung der Uhrenarbeiter, der staatlichen Hilfskommission den Vertrieb einer «künstlerischen» Plakette zu gestatten; auf Antrag des Departements des Innern wurde dies abgelehnt, weil die Übersättigung des Publikums mit Grenzbesetzungsmedaillen aller Art keinen grossen Erfolg erwarten lasse.

Da die Besitzer vieler Miethäuser durch den Wegzug der Ausländer Einkünfte verloren, zählten sie sich ebenfalls zu den «Arbeitslosen» und heischten Beistand. Manche versuchten in der ersten Aufregung, Mieter, die mit dem Mietzins in Rückstand gerieten, auf die Strasse zu stellen; deshalb ermächtigte der Bundesrat die Kantone, in Notfällen auf Antrag des Mieters und nach Anhörung des Vermieters die Kündigungsfristen angemessen und kostenlos zu verlängern; dagegen lehnte er die sozialdemokratische Forderung ab, das Moratorium auf die Mietzinse auszudehnen. Dies veranlasste den «Vorwärts» zu dem Postulat, der Staat solle bedrängten Hausbesitzern die Hypothekarzinse vorschiesen und dazu Luxussteuern einführen, und die Banken sollten durch Stundungen Exmissionen insolventer Mieter verhüten. Selbst der gut bürgerliche Gewerbeverband sekundierte bis zu einem gewissen Grad diesem Hilferuf, indem er von der Kantonalbank vergeblich erwartete, dass sie die Hypothekarzinsen nicht erhöhe.

Obschon 171 Wohnungen in 99 Liegenschaften wegen sanitärischer Übelstände kassiert wurden, stieg der Bestand an leerstehenden Wohnungen im Lauf des Jahres von etwa 400 auf 650 an.

Regelung der Arbeitszeit und der Löhne

Wenn die Linke vielfach übersetzte Forderungen an Staat und Wirtschaft stellte, so darf den Gewerkschaften, die im Arbeiterbund vereinigt waren, die Anerkennung nicht versagt werden, dass sie kameradschaftlich aus eigener Kraft ihren bedrängten Genossen unter die Arme griffen, indem sie die Mitgliederbeiträge der Beschäftigten zugunsten der Verdienstlosen erhöhten und dafür die Mobilisierten von der Beitragspflicht dispensierten. Durch eine freiwillige Kollekte brachte der Arbeiterbund 2000 Franken zusammen, die jedoch rasch aufgebraucht waren, und sein Personal verzichtete vorerst spontan auf einen Drittel seines Gehalts. Solche Akte der Solidarität stärkten nicht nur den Stolz des klassenkämpferisch eingestellten Proletariats, sondern auch seinen Willen, die Arbeitgeber zu um so grösseren Opfern zu nötigen. Am meisten Erfolg durfte es sich versprechen, wenn es den Hebel bei dem von seiner Gunst abhängigen ACV ansetzte, um damit auch bei den Inhabern der Privatgeschäfte bessere Bedingungen zu erzielen. Wenn der Genossenschaftsrat die unpopulärste Massnahme, die Entlassung festangestellten Personals vermeiden wollte, so kam er infolge des empfindlichen Umsatzrückgangs nicht darum herum, die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden mit entsprechender Lohnkürzung herabzusetzen, die Zuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit aufzuheben und die Ferienansprüche zu streichen. Um die mobilisierten Angestellten und Arbeiter bis Ende August voll auszuzahlen und den bedürftigen Mitgliedern sofort 5% der Rückvergütung

ausrichten zu können, benötigte er einen Kredit von 70000 Franken; noch bevor dieser aufgebraucht war, mussten weitere 22000 Franken zur Fortsetzung dieser Stützungsaktion bewilligt werden.

In einem noch grösseren Dilemma sah sich die Regierung, wenn sie die im Besoldungsgesetz festgelegten Verpflichtungen des Staates gegenüber seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern bei dem voraussichtlichen Rückgang der Einnahmen und den unabsehbar wachsenden Ausgaben erfüllen wollte. Die Sicherung des Arbeitsplatzes für die an die Grenze Einberufenen bot zwar keine besonderen Schwierigkeiten; um die Einstellung von Aushilfen tunlichst zu vermeiden, mussten die Departemente einander Personal «ausleihen». Diese Regelung, wie auch die Reduktion der 3 Arbeitsschichten auf 2 in den Tag und Nacht tätigen industriellen Werken und die Sistierung der Entschädigungen für zusätzliche Arbeit wurde ausdrücklich damit motiviert, dass die vom Militärdienst Befreiten zum Einsatz ihrer ganzen Kraft verpflichtet seien. Immerhin unterbreitete die Regierung diese Verordnung der Genehmigung durch den Grossen Rat und dem Referendum, weil sie vom Besoldungsgesetz abwich. Dagegen stiess sie mit dem Ratschlag, das mobilisierte Personal ab 1. September nach der Zahl der *vor* Kriegsausbruch im laufenden Jahr geleisteten Dienstage und nach dem Familienstand in der Gehaltsansetzung abzustufen, auf fast einmütigen Widerstand. Das Argument, das Gesetz sehe vollen Lohn innerhalb eines Jahres nur für die Dauer einer Rekrutenschule (ca. 10 Wochen) vor, fand nirgends Gnade; die Personalverbände ersuchten den Grossen Rat, die Vorlage zurückzuweisen und vor einem neuen Entwurf angehört zu werden; der rein mechanische Eingriff sei namentlich für die unteren Kategorien finanziell und moralisch untragbar und werde in keinem andern Kanton geplant. In der Sitzung des Grossen Rats vom 8. Oktober, wo zwei von der Grenze herbeigeeilte Mitglieder den schlechten Eindruck des Ratschlags auf ihre Kameraden bezeugten, betonte besonders der spätere Regierungsrat Hauser, der Staat müsse durch vermehrte Besteuerung des vom Krieg verschonten Besitzes die für eine gerechte Entlohnung nötigen Summen aufbringen. Nach langer und bewegter Debatte wurde die Vorlage mit dem Auftrag, umgehend etwas Besseres auszuarbeiten, an die Regierung zurückgewiesen; als Richtlinie wurde vorgeschrieben, dass ein dem Familienstand angemessenes Existenzminimum nicht unterschritten werden dürfe. Dieser entschiedenen Willensäusserung kam der neue Entwurf nach, der die Frist der ungekürzten Auszahlung bis Ende Oktober verlängerte und die nachher eintretenden Reduktionen je nach der individuellen Unterstützungspflicht auf 10–30% begrenzte. Der Grosse Rat nahm das Projekt mit geringen Abänderungen am 22. Oktober einstimmig an; dass das Referendum gegen eine

Lösung, die der Staatskasse eine schwere Last aufbürdete, von keiner Seite ergriffen wurde, bestätigte, dass auch das Volk bereit war, das öffentliche Personal genügend zu entschädigen. Ob dies auch der Fall gewesen wäre, wenn man die lange Dauer des Kriegs und die kommende Aufblähung des Staatsapparates durch immer neue Aufgaben hätte voraussehen können, muss allerdings bezweifelt werden.

Mitte Dezember genehmigte der Rat auch den Ratschlag, die im Ausland dienstleistenden Arbeitskräfte, soweit sie im Kantonsgebiet wohnhaft gewesen waren (es handelte sich um 10 Professoren und 19 Arbeiter), ihren schweizerischen Kollegen gleichzustellen; jedoch sollte bei Andauern des Kriegs am 1. April 1915 die weitere Zahlungspflicht des Staates aufhören. Bei dieser Gelegenheit betonte die Regierung gegenüber der Kritik an der Berufung ausländischer Dozenten, dass Basel solche bei der Besetzung der gesetzlichen Lehrstühle nicht ganz entbehren könne. Der Grosse Rat bewies sein soziales Verständnis auch durch eine Erweiterung des Gesetzes zum Schutz der Arbeiterinnen, durch die der Arbeitgeber zur Barzahlung der Löhne und zur Ausstellung von Dienstzeugnissen verpflichtet wurde.

Erhebliche Mühe verursachten der Regierung wiederholte Anpassungen unseres strengen Ruhetagsgesetzes an die veränderten Verhältnisse; es zeigte sich immer mehr, dass das um seine Existenz kämpfende Gewerbe sich gegen eine zu enge Einschnürung seiner Erwerbsmöglichkeiten wehren musste. Schon am 1. August wurde die Beschäftigung aller privaten Arbeitnehmer, der Güterverkehr mit Lastwagen, das Austragen von Waren und das Offenhalten der Läden an Sonntagen bis auf weiteres gestattet. Nachdem im Spätsommer die meisten dieser Ausnahmen wieder aufgehoben waren, durften an den Weihnachts- und Neujahrsfeiertagen die Ladengeschäfte zu bestimmten Stunden offen halten, wobei aber genaue Vorschriften für die Entschädigung des Personals zu befolgen waren. Bis zum November war ausser für das Bahnhofbuffet und die internen Restaurationsräume der Gasthöfe der Wirtschaftsschluss auf 11 Uhr vorverlegt; dann wurde die Polizeistunde wieder auf Mitternacht festgesetzt, weil die Wirte dringend eine Entschädigung dafür verlangten, dass die Kleinverkaufsstellen vom Handel mit Bier «über die Gasse» profitierten. Ein Urteil des Polizeigerichts behaftete den Wirt, aber nicht die Gäste für die verspätete Schliessung. Endlich ist noch zu erwähnen, dass die Herbstmesse auf den üblichen Warenbudenmarkt auf dem Petersplatz beschränkt wurde.

Obschon unsere grossen Fabriken, im Gegensatz zu der schweren Erschütterung der ostschweizerischen Textilindustrie, den Tiefpunkt ihres Absatzes rasch überwinden konnten, wurden doch Handwerk und Kleingewerbe, die nur über geringe Kapitalreserven verfügten, hart getroffen; viele

solche Betriebe mussten schliessen oder konnten Personal nur noch während einigen Stunden bei reduziertem Lohn beschäftigen. Da ferner die Regierung von der bundesrätlichen Ermächtigung Gebrauch machte, in Abweichung vom eidgenössischen Fabrikgesetz, dem in Basel mehr als 300 Betriebe unterstanden, Überzeitarbeit ohne Entschädigung zu gestatten, verstärkte sich in der Arbeiterschaft das Gefühl, ungleich schwerere Opfer als die andern Volksklassen bringen zu müssen. Auf dem Arbeitersekretariat häuften sich Klagen über sofortige Entlassungen, Lohnabbau und Bevorzugung lediger Arbeitskräfte durch «profitsüchtige» Firmen; der «Vorwärts» ermunterte seine Leser, ihm solche Vorfälle zu melden, und stellte sie dann an den Pranger, allerdings nicht ohne öfters zum Widerruf falscher Anschuldigungen gezwungen zu sein. Die Wehrmänner wurden aufgefordert, sich gegen Entlassung ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfristen zu wehren, und die Annahme von Lohnkürzungen als Bedingung weiterer Beschäftigung wurde als Kapitulation vor einer Erpressung gebrandmarkt. Der bundesgerichtliche Entscheid, dass Betreibungsfristen sogleich bei Beginn eines Urlaubs einsetzten, wurde hart kritisiert, weil die Zahlungsunfähigkeit oft durch den langen Dienst verursacht sei. Die niederen Löhne des weiblichen Personals boten der Gewerkschaft wie der sozialistischen Partei willkommenen Agitationsstoff. In seinem Jahresbericht konnte der Arbeiterbund darauf hinweisen, dass er in 3244 Fällen von Lohnreduktionen und Entlassungen Auskunft erteilt habe.

Wenn es trotz solch starker Erregung noch zu keinen gefährlichen Auseinandersetzungen kam, so war dies besonders der unparteiischen Tätigkeit von zwei bewährten Institutionen zu verdanken: die aus Arbeitgebern und -nehmern paritätisch zusammengesetzten Gewerblichen Schiedsgerichte erklärten Entlassungen ohne vorherige Kündigung als ungültig, und das Kantonale Einigungsamt, dem nach einer Verfügung des Volkswirtschafts-Departements die Schlichtung von Lohnstreitigkeiten oblag, fällte ebenfalls Entscheide, die den Werktätigen weit entgegenkamen. So wurde z.B. durch ein Urteil über eine Klage des Handels- und Transportarbeiterverbandes gegen die Verwaltungskommission des ACV festgestellt, dass der Arbeitgeber bei kurzer Krankheit des Arbeitnehmers den Lohn auszahlen müsse, aber nicht verpflichtet sei, Überstunden durch Ferien zu kompensieren.

Dass auch im Bürgertum die Gefahren sozialer Gärung erkannt wurden, bewiesen die «Basler Nachrichten», als sie einen hiesigen mehrfachen Millionär und Offizier anprangerten, der seinen im Feld stehenden Angestellten den Lohn kürzte und die Publizierung dieser Massregel mit Entlassung bedrohte. Dagegen erschienen ihnen Reduktionen dann berechtigt, wenn dadurch die Schliessung eines Betriebes vermieden werden konnte und wenn

die höheren Gehälter stärker als die niederen beschnitten wurden. Grundsätzlich verwarfen sie aber den Vorschlag, der Bund solle allgemein gültige Lohnvorschriften erlassen.

4. Organisation der Fürsorge

Die wohl schwierigste und verantwortungsvollste Aufgabe, vor die sich unser Gemeinwesen gestellt sah, war, sofort rasch wirksame Massnahmen gegen die durch die plötzliche Erschütterung der Wirtschaft an viele Türen klopfende Not zu treffen. Man kann sich vorstellen, dass die kantonalen und kommunalen Behörden eine grosse Selbstverleugnung aufbringen mussten, wenn ihnen das allmächtige Armeekommando und der durch seine Vollmachten in alle Gebiete der Verwaltung eingreifende Bund just denjenigen Sektor als Tummelplatz fast uneingeschränkter Betätigung zuwies, der, von den Grenzbesetzungskosten abgesehen, am meisten Geld verschlang. Die von Bern immer wieder geforderte Solidarität aller Volksschichten war auf die Dauer da am schwersten aufrechtzuerhalten, wo auch die ausgewogensten Regelungen des Unterstützungswesens nie der unendlichen Differenzierung der einzelnen Fälle gerecht werden konnten, so dass unvermeidliche Härtefälle bei der wachsenden Zermürbung einer langen Kriegszeit Verbitterung auslösen mussten. Um so erfreulicher war es, dass nicht nur die Bevölkerung den Ausbau der staatlichen Fürsorge verstand und begrüsste, sondern auch, dass freiwillige Helfer aus allen Kreisen sich ans Werk machten, um durch alte und neue private Organisationen überall dort einzuspringen, wo der Arm des Staates nicht hinreichte. Das Bewusstsein, nur durch ein gnädiges Schicksal von den Schrecken des Krieges bewahrt zu sein, erzeugte ein Gefühl der Dankbarkeit und Verpflichtung, das bis zuletzt lebendig blieb, wenn auch mit der Zeit der Helferwille da und dort etwas erlahmte.

Es galt zunächst, den Familien, die durch die Dienstpflicht ihres Oberhauptes ganz oder teilweise des Einkommens beraubt waren, sowie denen, die durch die Stilllegung vieler Betriebe ihren Verdienst verloren, zu Hilfe zu kommen. Dies war um so schwieriger, als von den vielen vorsorglichen Institutionen, die später auf Grund der schlimmen Erfahrungen geschaffen wurden, 1914 so gut wie nichts vorhanden war. Die Mittel der beiden Armenpflegen reichten für die ausserordentliche Beanspruchung nicht aus; die staatliche Arbeitslosenkasse und die Subventionierung der privaten Kassen, die jedoch noch über keine grösseren Reserven verfügten, waren erst kürzlich gesetzlich verankert worden; auch das erst im Herbst in Kraft tretende Obligatorium des Beitritts zu einer Krankenkasse für die Minderbemittelten

konnte sich noch nicht auswirken. (Die OeKK nahm bis zum Frühjahr 1915 23 540 Mitglieder auf und schloss Verträge mit 86 Ärzten, 23 Zahnärzten, 35 Hebammen, 12 Spitälern und sämtlichen Polikliniken und Apotheken).

Mit der Mobilmachung eröffnete das Büro für Notunterstützung der Angehörigen schweizerischer Wehrmänner, dessen Auslagen zu 75 % zu Lasten des Bundes fielen, im Stadthaus seine Tätigkeit. Die ausländischen Notleidenden wurden vorerst an ihre Konsulate verwiesen. Die Regierung orientierte das Publikum durch einen Aufruf über die Arbeitsteilung der verschiedenen Stellen und forderte es zu freiwilliger Mitarbeit und zu Geldspenden an die Armenbehörden auf; um die Zersplitterung der Mittel zu verhüten und um alle Bedürftigen möglichst gleichmässig bedenken zu können, riet sie, obwohl vergeblich, von der Schaffung weiterer Institutionen ab. Am 8. August genehmigte sie nach einigem Zögern den Vorschlag der Bell AG, des ACV und des VSK, eine Volksküche einzurichten, die von diesen Verbänden betrieben wurde und deren allfälliger Reinertrag zu anderweitigen Unterstützungen verwendet werden sollte. Am 9. August wurde täglich für 20–30 000 Personen eine Fleischgemüsesuppe von 750 Gramm zubereitet, die für 25 Rappen oder gegen Gutschein der Hilfskommission abgegeben wurde. Da nach anfänglich starker Frequenz die Nachfrage bald zurückging, wurde sie an Sonntagen geschlossen und schliesslich aufgehoben.

Um die Fürsorge besser zu koordinieren, beschloss die Regierung, eine «Staatliche Hilfskommission» zu ernennen; denn manche Bedürftige scheuten das Odium der Armenpflege, während andere die Mildtätigkeit durch gleichzeitige Gesuche an verschiedene Instanzen missbrauchten. Die neue Einrichtung sollte ausschliesslich die durch die Kriegsfolgen Betroffenen betreuen und nahm am 24. August unter der Leitung von Gustav Benz, dem allgemein beliebten Pfarrer an der Arbeitergemeinde St. Matthäus, ihre grosse und segensreiche Arbeit auf. Ihr Appell an die Gebefreudigkeit der Bevölkerung hatte einen verdienten Erfolg. Die Regierung gewährte ihr einen ersten Kredit von 50 000 Franken. Die Kommission stellte wöchentliche Gutscheine aus, die zum Einkauf von Nahrungsmitteln und zur Benützung der Volksküche berechtigten; dagegen war der Bezug von kalten Getränken, Backwerk, Schokolade, Konfitüre und Südfrüchten ausgeschlossen. Der Missbrauch der Bons wurde mit sofortigem Entzug und ihr Verkauf mit gerichtlicher Verzeigung bestraft. Das Publikum wurde ermahnt, Bettler und «Flüchtlinge» nicht zu unterstützen, sondern an die Armenbehörden zu verweisen. Bürger anderer Kantone mussten eine Niederlassung von mindestens 1 Jahr, Ausländer eine solche von 2 Jahren nachweisen; auf den 1. Dezember setzte dann die Regierung diese Karenzfristen auf den 1. Juli 1914, respektive 1913 herunter. Da mit Einbruch des Winters auch Heizungsbei-

träge ausgerichtet wurden, stiegen die Ausgaben beträchtlich; sie zu decken war nur möglich, weil eine öffentliche Sammlung 55 853 Franken ergeben hatte. Um ihre Aufgabe weiterhin erfüllen zu können, rief die Kommission zu neuen Spenden auf und durfte auch wie bisher die Erträgnisse zahlreicher Wohltätigkeitsveranstaltungen, Vergabungen der auf ihre Mähler verzichtenden Zünfte, Kollekten von Berufsverbänden und Anteile am Kirchenopfer verdanken. Auch die Regierung bewilligte weitere Kredite im Betrag von 122 200 Franken. Dies war um so nötiger, als bei der Pikettstellung des Basler Regiments die Zahl der Petenten infolge Wegfalls der Wehrmännerunterstützung zunahm. Für Weihnachtsbescherungen vermittelte die Kommission Adressen bedürftiger Familien. Trotz aller Anerkennung musste sie sich auch gegen allerhand Kritik verteidigen; die Einbeziehung der Ausländer rechtfertigte sie mit der christlichen Bruderliebe; die Verdächtigung, den ACV einseitig zu begünstigen und nicht energisch genug gegen Missbrauch einzuschreiten, ermangelte der Beweise; gelegentliche Anwürfe des «Vorwärts», der die private Wohltätigkeit als unliebsame Konkurrenzierung seines Postulats, die Fürsorge zu verstaatlichen, empfand, bestätigten nur ihre Erfolge.

In ihrem Jahresbericht meldete die Kommission 2501 Unterstützte mit 6714 Angehörigen (56,7% Schweizer, 43,3% Ausländer) und 155 000 Franken ausbezahlte Unterstützungen.

Auch die Allgemeine Armenpflege konnte auf eine grosse Arbeit zurückblicken, die sie nur mit Zuzug freiwilliger Kräfte hatte bewältigen können. Sie hatte in 2063 Unterstützungsfällen 487 778 Franken, dazu an 185 von der staatlichen Altersversorgung Betreute 66 236 Franken ausgerichtet. Die beträchtliche Steigerung der Armengenössigkeit wurde ausser auf die Teuerung auf eine bedenkliche Zunahme der Trunksucht zurückgeführt; die Errichtung einer Trinkerfürsorgestelle durch die Abstinenzvereine entsprach deshalb einem Bedürfnis.

Die Militärnotunterstützung hatte 2090 Gesuchen für insgesamt 6771 Personen mit 409 681 Franken entsprechen können, musste jedoch feststellen, dass die eidgenössischen Unterstützungsansätze nicht mehr genügten.

Die Frequenz des Bürgerspitals sank beim Kriegsausbruch, da viele Leicht Erkrankte heimkehrten. Die Hospitalisierung von 150 Militärpatienten mit etwa 18 000 Pflegetagen erhöhte zwar die Einnahmen um 45 000 Franken, brachte aber dem Personal, das durch die Einberufung von Ärzten und Wärtern reduziert war, eine ausserordentliche Mehrbelastung. Die seit 1891 bestehende Allgemeine Poliklinik wurde auf ein einziges Ambulatorium, das der Ausbildung der Mediziner zu dienen hatte, beschränkt, weil die OeKK die Leistungen der bisherigen 9 Behandlungsstellen übernahm. Ihre Eröff-

nung entlastete die Allgemeine Krankenpflege, deren Mitgliederzahl von 39029 auf 37171 zurückging; trotzdem wies ihre Rechnung ein Defizit von 10333 Franken auf, das zum Teil durch Vergabungen gedeckt werden konnte. Die steigenden Arzt- und Spitalkosten sowie die neu eingeführten Wochenbettvergütungen und Stillprämien liessen ein weiteres Ansteigen der Ausgaben voraussehen.

Der Drang zu helfen manifestierte sich auch bei vielen kirchlichen und andern Organisationen, von denen nur die bedeutenderen angeführt seien. Die Evangelisch-reformierte Kirche bestimmte das Bettagsopfer für das Rote Kreuz mit dem schönen Ertrag von 8672 Franken und die Opfer der Abendgottesdienste für die Hilfskommission. Der Verein der Staatsangestellten und die Schulsynode veranstalteten Kollekten unter ihren Mitgliedern. Die Pestalozzigesellschaft sammelte getragene Kleider. Die grossrätliche Fraktion der Bürgerpartei verzichtete für die Kriegsdauer auf ihr Taggeld. Die Israelitische Gemeinde, der Deutsche Hilfsverein und der Gewerkschaftsbund starteten besondere Aktionen für ihre Kreise. Solche Abgrenzungen der Mildtätigkeit sollten auch dem kopflosen Gebetaumel, den sich unverschämte Bettler zunutze machten und vor dem die Presse eindringlich warnen musste, wirksam steuern.

Bald wurden auch die Opfer des Kriegs im Ausland in die Caritas einbezogen. Das Schweizerische Rote Kreuz und weitere Organisationen, die im ganzen Land Sammlungen veranstalteten, erfreuten sich auch bei uns reichlicher Beiträge. Daneben wurden von Basel aus zwei besondere Aktionen eingeleitet: ein Comité sammelte Kleider und Geld für notleidende Belgier und suchte Unterkunftsplätze für Frauen und Kinder des unglücklichen Volkes (auf Jahresende wurde die Kollekte mit dem Ergebnis von 37500 Franken abgeschlossen); ferner hatte der Appell eines im Elsass wohnhaften Schweizers, den Kriegsgeiseln zu Hilfe zu kommen, den Erfolg, dass ein anderes Comité dieses humanitäre Werk in Angriff nahm und unter dem Patronat des Internationalen Roten Kreuzes durchfocht. Es handelte sich hauptsächlich darum, das Los der von den Franzosen an unbekannte Orte verschleppten elsässischen Beamten zu erleichtern, indem man ihren Aufenthalt ermittelte, ihre briefliche Verbindung mit den in der Heimat verbliebenen Familien herstellte und bei den Lagerbehörden auf anständige Behandlung drang. Nach anfänglichem misstrauischem Widerstreben der französischen Amtsstellen konnte dies erreicht werden. Da auch die Anregung, von den Deutschen zu erwirken, dass welschschweizerische Geistliche die französischen Gefangenen besuchen durften, von Basel ausging, leistete unsere Stadt einen grossen moralischen Beistand, der sich freilich nicht in imponierenden Zahlen ausdrücken liess.

Zu den Fürsorgemassnahmen im weiteren Sinn gehörten auch die sanitäts-polizeilichen Anordnungen, soweit sie nicht von der Armee getroffen wurden. Ein Erlass des Oberfeldarztes verpflichtete alle Ärzte, ihm jeden Infektionsfall telegraphisch zu melden; das Auftreten der Maul- und Klauenseuche beim Vieh musste dem nächsten Kommando angezeigt werden. (Dieser Fall trat im Herbst ein, als durch den Ausbruch der Seuche im Elsass für einige Zeit die Einfuhr lebenden Viehs unterbunden wurde.) Die Empfehlung des Sanitäts-Departements an die Bevölkerung, sich gegen Blattern impfen zu lassen, wurde bis Ende September von etwa 10000 Personen befolgt. Auch die vom Gesundheitsamt unentgeltlich herausgegebenen Merkblätter über gesundes Wohnen und ausreichende Ernährung fanden starken Absatz. Wegen Ausbruchs der Tollwut in Riehen musste der Hundebann über das ganze Kantonsgebiet verhängt werden, dessen rigorose Durchführung aber in der Presse heftig kritisiert wurde.

5. Das geistige Leben

Auch unter dem Zeichen des Mars, wo die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse Initiative und Mittel des Einzelnen wie der Allgemeinheit zu absorbieren drohte, blieb doch die Einsicht wach, dass es Sparsamkeit am falschen Ort wäre, einfach alles abzustellen, was Erholung und Vergnügen schaffen konnte. Deshalb darf es der Chronist nicht versäumen, auch das kulturelle Leben in seinem «Stadtspiegel» aufzufangen; denn die damaligen Basler hatten sich auf diesem Gebiet ihrer Aufgeschlossenheit und Schwungkraft nicht zu schämen. Auch handelte es sich bei der Erhaltung unserer wichtigsten künstlerischen Institutionen, des Stadttheaters und des Orchesters der Allgemeinen Musikgesellschaft, um die Arbeitsbeschaffung für Menschen, die ihren Beruf nicht als Luxus, sondern als ernste Aufgabe ausübten.

Obschon dem Theaterpersonal im August vorsorglich gekündigt wurde, nahm die Leitung die Vorbereitung der neuen Saison in Angriff, allerdings mit der Beschränkung des Spielplans auf das klassische Schauspiel und gute Lustspiele. Als der Theaterverein einen namhaften Beitrag zusicherte, entschloss sich die Generalversammlung der Aktionäre, zunächst während 2 Monaten an 3 Wochentagen und unter Verzicht auf Abonnemente spielen zu lassen. Die Eröffnung mit Lessings «Minna von Barnhelm» und die weitere Stückauswahl rechtfertigten das Wagnis; das Publikum, das noch nicht durch die «Augenweide» des späteren Farbfilms abgestumpft war, brachte noch den Willen und die Fähigkeit auf, eine menschlich schöne Handlung allein durch das gesprochene Wort auf sich einwirken zu lassen und innerlich mitzugehen.

Trotzdem die Allgemeine Musikgesellschaft die letzte Vorkriegssaison mit einem Defizit von über 6500 Franken abgeschlossen hatte und wegen des Wegfalls der Oper ihre Reserven anbrechen musste, schloss sie mit den Musikern neue Verträge, um ihnen und ihren Familien eine bescheidene Existenz zu sichern und das Orchester, dessen deutsche Mitglieder einberufen waren, vor der völligen Auflösung zu retten. So konnten 6 Sinfonie- und ebensoviele Kammermusikkonzerte geplant und dank der Treue der Besucher durchgeführt werden. Auch die vom Münsterorganisten gebotenen Orgelkonzerte und die Aufführungen des Gesangsvereins entsprachen der gesammelten Stimmung einer dankbaren Zuhörerschaft. Im Dezember veranstaltete die Liedertafel ein besonderes Konzert für die anwesenden Truppen, das ebenfalls grossen Beifall fand. Am Ende der Saison durfte die Musikstadt Basel mit Genugtuung feststellen, dass sie auch in einem bescheidenerem Rahmen ihr hohes Niveau gewahrt hatte.

Das Museum an der Augustinergasse machte Ende September wenigstens seine naturhistorische und ethnographische Sammlung nach vorübergehender Schliessung wieder zugänglich. Der Kunstverein arrangierte eine ausserordentliche Ausstellung als Hilfe an notleidende Maler. Verschiedene Gesellschaften nahmen ihre traditionellen Vorträge, Kurse und literarischen Abende wieder auf.

Da der Kirchenrat öffentlich gegen die Reklame der Kinematographentheater protestierte, weil deren Frequenz die Mildtätigkeit beeinträchtige, erkundigte sich die Regierung beim Bundesrat, ob sie zur Schliessung der Lichtspiele befugt sei. Die Antwort lautete verneinend, da dies gegen die Gewerbefreiheit verstosse; doch seien die Kantone ermächtigt, gegen Auswüchse polizeilich einzuschreiten. Stimmen aus dem Publikum forderten das Verbot sensationeller Kriegsfilme und die Vorzensur der Kinoplakate. Der «Vorwärts», der den «Kintopp» als das Vergnügen des kleinen Mannes in Schutz nahm, wandte sich gegen jede staatliche und kirchliche Bevormundung des Filmliebhabers. Die gesetzlichen Grundlagen für eine Ordnung des noch jungen Lichtspielwesens, für die auch die Inhaber der Betriebe in ihrem und ihres Personals Interesse eintraten, mussten erst geschaffen werden.

IV. Die öffentliche Meinung und der Krieg

1. *Die Einstellung zu den beiden Kriegslagern*

Die schlagartig einsetzenden Ereignisse an der Westfront und die scheinbar unaufhaltsame deutsche Sturmflut gegen Paris liessen bei den einen ein

rasches Ende des blutigen Ringens erhoffen und weckten bei den andern je nach ihrer Sympathie für eine Mächtigkeitsgruppe Befriedigung oder Empörung. Viele Basler teilten die in der deutschen Schweiz weitgehend herrschende Stimmung, ein Sieg Deutschlands sei als Ergebnis seiner militärischen Organisation vorauszusehen. Diese Einstellung wurde in Basel noch durch die Anwesenheit vieler schon jahrelang ansässiger deutscher Angestellter und Arbeiter und deren Familien (manche hatten Schweizerinnen geheiratet) verstärkt. Da ferner die aus Deutschland heimkehrenden schweizerischen Wehrpflichtigen des Lobes voll über die ausgezeichnete Behandlung während ihres Transportes waren und umgekehrt manche aus Frankreich kommende Kameraden sich beklagten, sie seien der Spionage verdächtigt und tagelang von einer Bahnlinie zur andern herumgeschoben worden, schufen solche Berichte in der Presse erst recht gegensätzliche, aber schiefe Eindrücke von Ordnung auf der einen und von Desorganisation auf der andern Seite. Die übrigen Mächte wurden noch lange nur oberflächlich beurteilt: Österreich und England galten als militärische Anhängsel Deutschlands und Frankreichs; Russland lag vollends abseits und errang höchstens durch sein mutiges Alkoholverbot eine gewisse Achtung, und das kleine Serbien hatte trotz seinem Heroismus unter dem Verdacht zu leiden, den Kriegeausbruch verschuldet zu haben.

Wenn es also zunächst schien, die öffentliche Meinung in unserer Grenzstadt unterliege fast widerstandslos der Suggestion, Frankreich werde binnen wenigen Wochen von den deutschen Heeresmassen niedergewalzt sein, so war dies jedoch vor allem der Propaganda zuzuschreiben, welche unter anderem durch erfundene Nachrichten über französische Luftangriffe auf unbefestigte Städte in Süddeutschland von Anfang an den Gegner als Verbrecher am Völkerrecht anzuschwärzen suchte. Doch diese gefühlsmässige Verurteilung des französischen «Angreifers» wandelte sich schlagartig, als am 4. August der deutsche Einmarsch in Belgien bekannt wurde. Wenn laut dem Rechtfertigungsversuch des Reichskanzlers die staatsrechtlich verbürgte Neutralität eines Kleinstaats nicht mehr als ein Fetzen Papier wert war, so musste die Schweiz jederzeit darauf gefasst sein, dasselbe Schicksal zu erleiden. Namentlich die leidenschaftliche Empörung des Welschlands über den Triumph der nackten Gewalt, aber auch die Einsicht in die tödliche Gefahr, welche der romanischen Kultur durch einen Sieg des Pangermanismus drohte, weckten auch in deutschfreundlichen Kreisen das Bewusstsein der Verantwortung für unsere geistige Unabhängigkeit von wesensfremder Mentalität. Bei dieser «Kopfklärung» leistete besonders die kurz vor dem Krieg gegründete Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) wertvolle Pionierarbeit.

Diese Ernüchterung verfeinerte das Urteil über die Kriegsparteien, und die Zeitungsspalten jener spannungsgeladenen Monate zeigen interessante Nuancen, die für die Stimmung unserer Bevölkerung bezeichnend sind.

Besonders unermüdlich bemühten sich die beiden bürgerlichen Organe, sich apodiktischer Äusserungen zu enthalten und ihre Leser zur Selbstbeherrschung in Wort und Tat zu ermahnen. «Das brandende Meer des internationalen Hasses reizt uns nicht», schrieben die «Basler Nachrichten» schon am 1. August. Bald darauf warnte auch die «National-Zeitung» vor der Trübung unserer Unbefangenheit durch fremde Sprach- und Rassetheorien. Der Hagel von Anschuldigungen wegen angeblicher Voreingenommenheit, dem sich die Redaktionen aussetzten, veranlasste die «Basler Nachrichten», unter dem Titel «Hüst und Hott», eine Blütenlese anonymer Zuschriften abzu-
drucken, die ihr gehässige Parteinahme für die eine oder andere Seite vorwarfen, und damit nachzuweisen, dass sie die richtige Mitte zwischen den fanatischen Extremen eingehalten habe. Immer wieder wurde betont, dass keine fremde Macht trotz ihrem Liebeswerben um unsere Sympathie sich je für unsere Interessen schlagen würde. So sehr mancher gute Eidgenosse unter dem Gefühl ohnmächtigen Zuschauens litt, mussten vereinzelte Aufforderungen zu einer «aktiven» Neutralität (z. B. der Vorschlag, die Neutralen sollten die Kriegsführenden für Ausschreitungen militärischer Instanzen haftbar erklären) als unerfüllbar abgelehnt werden. Als Deutschland Dokumente aus den Brüsseler Archiven veröffentlichte, um die Fragwürdigkeit der belgischen Neutralität vor dem Krieg darzulegen und damit die Invasion zu rechtfertigen, konnten solche plumpen Versuche nicht mehr verfangen. Spittellers Zürcher Vortrag «Unser Schweizer Standpunkt» wirkte bei uns wie all-
orts in seiner bescheidenen Einsichtigkeit als befreiende Tat.

Wenngleich der «Vorwärts» sich ebenso energisch für die Unabhängigkeit der öffentlichen Meinung wehrte, so begründete er dies in erster Linie mit der Theorie des Marxismus, wonach allein Kapitalismus und Militarismus den nationalen Chauvinismus geschürt und dadurch den Krieg verschuldet hätten; die schweizerische Arbeiterschaft müsse sich hüten, dem wehrlos zur Schlachtbank geführten Proletariat der kriegführenden Staaten durch Rausch und Hass in den Rücken zu fallen und die Einheit der Klasse aufs Spiel zu setzen. «Nur wer international zu bleiben vermag, ist imstande, neutral zu sein», war seine Devise. Den Rückgang seiner Abonnentenzahl führte die Redaktion ausser auf die Teuerung auch darauf zurück, dass sie aus ihrem Misstrauen gegen Deutschlands Machtstreben nie ein Hehl gemacht und statt den Heeresberichten lieber den Nachrichten über den Stand der sozialistischen Bewegung im Ausland breiten Raum gewährt habe; mit verächtlichem Seitenblick auf die «National-Zeitung», die zur Füllung ihrer Spalten

auch Schwindelmeldungen nicht verschmähe, verkündigte der «Vorwärts» stolz, er wolle eher untergehen als um Freundschaft betteln.

Doch richtete das Organ der Basler Arbeiterschaft schon bald seinen Kampf für die «Freiheit der Presse» auch gegen die Zensurvorschriften; der «Vorwärts» brandmarkte das Verbot obskurer welscher Hetzblättlein als «eidgenössischen Pressknebel» und rief den deutschfeindlichen «Démocrate» als Kronzeugen für die Unrechtmässigkeit der Massregelungen auf. Die Animosität gegen Deutschland zeigte sich auch in der Kritik am Bundesrat, weil er seinen Protest gegen die unabsichtliche Überfliegung der Rheingrenze durch englische Flugzeuge (anlässlich ihres Angriffs auf die Zeppelinwerft in Friedrichshafen) unnötig scharf abgefasst habe, statt gegen die Erschwerung unserer Versorgung durch die Kriegführenden energischer aufzutreten. Obschon der «Vorwärts» gegen die «masslose Empfindlichkeit heroischer Schreibtischstrategen» zu Felde zog, die keine Ansicht als die ihre gelten liessen, muss festgestellt werden, dass er durch die vollinhaltliche Wiedergabe der Spitteler-Rede deren enorme Bedeutung für unsere geistige Unabhängigkeit sofort erkannt und gewündigt hat.

Zu einer scheinbar nur nebensächlichen Erscheinung nahmen die «Basler Nachrichten» entschlossen Stellung: es betraf die illustrierten Sonntagsbeilagen vieler deutschschweizerischer Tageszeitungen, die trotz abgeänderter Titel und Köpfe deutsches Fabrikat waren. Da diese Elaborate weder einen verantwortlichen Redaktor noch den Verlags- und Druckort angaben, wurde vorgeschlagen, dies als Verstoss wider das Pressegesetz zu untersuchen. Später gelang es den Bemühungen der Neuen Helvetischen Gesellschaft, solchem Eindringen einer wesensfremden Mentalität in das Schweizerhaus durch die Herausgabe eigener Beilagen zu wehren.

Die ungeheuren Blutopfer auf allen Kriegsschauplätzen und die Vernichtung zahlloser Werte zu Land und zur See, ohne dass sich mit Bestimmtheit erkennen liess, welcher Seite sich der Endsieg zuneigen würde, hielten die Hoffnung wach, die Mächte würden bald die Sinnlosigkeit ihrer Politik einsehen und die Hand zum Frieden bieten. So glaubten die «Basler Nachrichten» in ihrer Weihnachtsbetrachtung feststellen zu dürfen, dass die Diplomaten mit den Unschuldsbeteuerungen ihrer Farbbücher selber eingestanden hätten, der Krieg sei ein furchtbares Unrecht an der ganzen Menschheit und an ihrer Friedenssehnsucht. Wenn sie aber konstatieren zu können glaubten, der europäische Krieg reiche trotz all seiner Schrecken nicht an die Bestialität früherer Zeiten heran, so zeigt dies, dass auch ein intelligenter Beobachter 1914 die Totalität des modernen Kriegs noch nicht ahnte. Die «National-Zeitung» blickte am Jahreswechsel noch optimistischer in die Zukunft, wenn sie zuversichtlich eine lange und glückliche Friedenszeit pro-

phezeite, da die Staatsmänner durch die Feuersbrunst gewitzigt seien, und stellte auch der Schweiz durch eine Teilnahme am Wiederaufbau eine günstige Prognose. Haben wir Zeugen von zwei Weltkriegen und von früher nie erlebten Wirtschaftskrisen und sozialen Umwälzungen das Recht, über die Generation von 1914 zu lächeln, weil sie noch in den Vorstellungen des 19. Jahrhunderts befangen war?

2. *Der «Graben» zwischen Deutsch und Welsch*

Obgleich die Kluft zwischen den beiden Landesteilen erst in der Folgezeit zur nationalpolitischen Krise auszuarten drohte, zeigten sich die ersten Risse schon knapp nach Kriegsausbruch. Als welsche Zeitungen die deutschschweizerische Reserve in der belgischen Frage als Verrat an unseren gemeinsamen Idealen brandmarkten, fühlten sich die «Basler Nachrichten» zu einem in der Form ruhigen, aber unmissverständlichen Stellungsbezug bewogen. Ohne deutschfreundliche Torheiten einzelner Presseergüsse abzustreiten, gab sie die Erklärung ab, wir fühlten uns durch die gemeinsame demokratische Idee und Geschichte, mehr noch durch die Vertrautheit mit der französischen Kultur unverbrüchlich mit den welschen Brüdern verbunden und seien gerade durch diesen Kontakt imstande, unsere Eigenart und geistige Elastizität zu bewahren. Die «Gazette de Lausanne» verdankte ausdrücklich diesen «Aufruf an unsere welschen Freunde»; die «Basler Nachrichten» quittierten das Kompliment mit dem Abdruck eines Appells de Reynolds an seine engeren Landsleute, in welchem er die alemannische Schweiz als besten Schutz vor der Provinzialisierung der romanischen durch die französische Kultur pries. Die «National-Zeitung» entrüstete sich heftiger über die Deutschfeindlichkeit der welschen Presse und verlangte vom Bundesrat ein festeres Zugreifen durch Verwarnungen und Verbote, um dem Ausland keine Vorwände für ungehörige Zumutungen zu liefern. Da sich der Eindruck aufdrängte, die welschen Behörden distanzieren sich nicht deutlich genug von der Agitation der Presse und der Strasse, drohte die «National-Zeitung» mit Enthüllungen über die Hintergründe der in Basel aufgedeckten Spionage. Auch die Basler Gruppe der NHG verurteilte gemeinsam mit den Sektionen in Lausanne und Bern in einer Kundgebung die Aufhetzung des Volkes gegen die Tätigkeit unserer Polizei. Doch wurde es auch der «National-Zeitung» bewusst, dass eine gewisse geistige Abhängigkeit der deutschen Schweiz von ihrem nördlichen Nachbarn ihr Empfinden für Freiheit und Demokratie eingeschläfert habe und wir dem welschen Weckruf dankbar sein müssten. Der «Vorwärts» äusserte sich nur selten zu diesen Fragen;

er setzte sich vor allen Dingen für bessere Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes ein.

3. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu Krieg und Landesverteidigung

Internationalismus und Friedensfrage

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die am 1. Juni 33 236 Mitglieder in 609 Organisationen zählte, nahm die baselstädtische Sektion mit nur 2265 Mann in 11 Verbänden zwar keine überragende Stellung ein, doch wusste sie sich durch das Sprachrohr des «Vorwärts» weit über unseren Kanton hinaus Beachtung zu verschaffen. Er rapportierte nicht bloss ausführlich über die Tätigkeit der hiesigen Gewerkschaften, Quartiervereine und Jugendorganisationen, sondern öffnete seine Spalten auch prominenten Führern der ausländischen Bewegung, um deren Haltung im Krieg seinen Lesern verständlich zu machen. Als Glied der auf das marxistische Glaubensbekenntnis eingeschworenen II. Internationale stand auch die schweizerische Partei in grundsätzlicher Opposition zum bürgerlich-kapitalistischen Staat und verfocht die übernationale Solidarität des Proletariats. Der dagegen auf nationalem Boden stehende Grütliverein mit 11 631 Mitgliedern in 296 Sektionen, dessen Schwergewicht in den noch halb ländlichen Industrieorten lag, wurde bei der Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze in den Städten von seinem stärkeren Bruder immer mehr in die Defensive gedrängt und verlor allmählich seine Anziehungskraft auf die Werktätigen.

Die Parteileitung suchte zunächst ihre Stellung zu dem plötzlich ausgebrochenen Völkerringen zu fixieren. Obschon der unerwartete «Umfall» der deutschen und französischen Genossen auf die Seite der «Patrioten» unsere Arbeiterschaft konsternierte und vom Bürgertum als Bankrott der kosmopolitischen Ideale der Internationale proklamiert wurde, hielten die Sozialisten am Glauben an den schliesslichen Triumph des Proletariats durch die Überwindung der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung fest. In seinem Bettagsartikel stellte der «Vorwärts» den eisernen Waffen des nationalen «Chauvinismus» den geistigen Kampf gegenüber; die Gnade der Versöhnung vor der Kriegsgeißel auferlege uns die Pflicht, auf die Schlagworte der Kriegführenden zu verzichten und die verhetzten Völker zur gegenseitigen Achtung zurückzuführen. Mit der Weigerung, zu den Fahnen zu eilen, hätte das Proletariat Selbstmord begangen, da es beschuldigt worden wäre, es wolle das Vaterland auch gegen den «innern Feind» wehrlos machen. Bald

darauf zog der Zürcher Arbeiterführer Grimm in einer in der Burgvogtei gehaltenen Rede die erste Bilanz der Lage: nach dem unleugbaren Versagen der Internationale müsse man auf die schliessliche Erschöpfung der Kriegführenden hoffen, da ein Sieg-Friede neuen Rüstungen rufen und den Hass verewigen würde; nur ein künftiger Kongress der Proletarier aller Länder, also auch aus der Schweiz, könne wirksame Garantien gegen die Wiederholung des Völkermordens schaffen: die schweizerischen Arbeiter, deren Kampfgeist durch die gewerkschaftlichen Erfolge eingeschläfert sei, müssten sich auf ihre revolutionäre Kraft besinnen. Der stark besuchte Parteitag beauftragte die Geschäftsleitung, mit den Sozialisten der andern Länder Fühlung zu halten, um der Ausweitung des Krieges vorzubeugen (bereits hatte eine Konferenz schweizerischer und italienischer Genossen in Lugano diese Frage besprochen). Damit hatte es vorläufig sein Bewenden; denn die Führer sahen sich genötigt, theoretische Reflexionen über die künftige Gestaltung Europas vor den weit dringlicheren Anforderungen der Gefolgschaft, die wirtschaftliche Not zu bekämpfen, in den Hintergrund treten zu lassen, wenn sie nicht eine Spaltung der Partei heraufbeschwören wollten. Da auch die Landesverteidigung immer mehr bezweifelt wurde, mussten sich in den kommenden Auseinandersetzungen ideologische und opportunistische Argumente verschlingen und eine geradlinige Politik erschweren.

Landesverteidigung und Grenzwehr

Nachdem die Sozialdemokraten in der historischen Sitzung der Bundesversammlung am 3. August die Mobilmachung der Armee gutgeheissen und der Wahl Willes zum General zugestimmt hatten, machten sich in ihrer Presse bald verklausulierte Abweichungen von diesem Entscheid vernehmbar. Zwar hatte der «Vorwärts» noch in den letzten Friedenstagen zugegeben, im Fall eines deutsch-französischen Krieges sei eine totale oder partielle Grenzwehr «unter Umständen» das geringere Übel als eine Invasion, und eine Woche später drückte auch er seine Zufriedenheit mit der reibungslosen Mobilmachung aus. Noch am Parteitag bekämpfte Redaktor Frei mit Erfolg den Antrag der Genossen Graber und Naine auf Ablehnung des Militärbudgets, weil eine Schwächung der Verteidigung in Basel als Gefahr empfunden würde, und nannte den Antimilitarismus der Welschen ein «Strohfeuer». Andererseits gewährte er Grimm im «Vorwärts» das Wort, der dem Kredit nur zustimmen wollte, wenn der Bundesrat die Verwendung der Armee bloss gegen einen äusseren Feind garantiere. Das Organ der Basler Arbeiterschaft sprach es offen aus, dass die lautesten Schreier gegen das Militär nicht immer die konsequentesten Sozialisten seien und dass für prinzipielle Entscheide stets der geeignete Zeitpunkt abgewartet werden müsse. Diese Äusserung

konnte dem hellhörigen Leser verraten, dass sich die Führerschaft der Partei das Abschwenken in das antimilitaristische Fahrwasser vorbehielt. Bei längerer Dauer des Krieges musste dieser Moment früher oder später eintreten.

V. Basel und die Politik der Eidgenossenschaft

1. Abstimmungen und Wahlen

Im Spätherbst wurde eine von allen Parteien empfohlene Teilrevision der Bundesverfassung (Einführung des eidgenössischen Verwaltungs- und Disziplinargerichts) auch in Basel-Stadt angenommen.

Auch die schon erwähnten Wahlen in die Bundesversammlung warfen keine hohen Wellen. Immerhin fühlte sich der «Vorwärts» bewogen, den Verzicht auf einen von einem Teil seiner Anhänger erwarteten Wahlkampf durch den Hinweis mundgerecht zu machen, dass die an der Grenze stehenden Genossen nur geringes Interesse an einer grundsätzlichen Auseinandersetzung hätten; doch bedeute dies keineswegs die Ignorierung des unter dem trügerischen Firnis der nationalen Einigkeit mottenden Klassenkampfes, der wegen der unbarmherzigen Teuerung und der Ohnmacht des kapitalistischen Staats im gegebenen Moment ausgetragen werden müsse. Die bürgerlichen Organe begnügten sich mit der Feststellung, dass die äussere Gefahr und die gemeinsame Anstrengung zur Bewältigung der vielen inneren Probleme das Stillhalteabkommen zwischen den Parteien rechtfertigten.

2. Die eidgenössischen Finanzen

Da die Bundesfinanzen durch die Kosten der Grenzbesetzung auf eine bisher nie erreichte Belastungsprobe gestellt wurden, rückte diese Frage in den Behörden und in der öffentlichen Meinung sogleich in den vordersten Rang. Der Rückgang der Zollerträge infolge der Drosselung der Zufuhren und der Einnahmen der Transportmittel wegen der Stockung des Personen- und Güterverkehrs nötigten den Bundesrat, einschneidende Sparmassnahmen ins Auge zu fassen. Da dies von verschiedenen Kreisen Opfer heischte, konnte es nicht ausbleiben, dass die Betroffenen sich beflissen, an den Vorschlägen nur die Nachteile herauszustreichen, um womöglich darum herumzukommen. So erzeugte neben der Erhöhung der Taxen der Retourbillette und der Einschränkung der Freikarten vor allem die vom Bundesrat verfügte Sistierung der Gehaltsprogression für das Bundespersonal bei der Arbeiterschaft

und beim Mittelstand starkes Unbehagen, weil es als Ungerechtigkeit gegenüber den jüngeren Jahrgängen, die noch weit vom Lohnmaximum entfernt waren, empfunden wurde. Dies galt besonders für die Arbeiter der SBB, da sie sich durch ihre Unterstellung unter das Militärstrafgesetz in ihrer gewerkschaftlichen Freiheit beschnitten fühlten. Zur Erschliessung der meisten neuen Einnahmequellen war jedoch die Zustimmung der Volksvertretung nötig; doch liess die Vorbereitung der Vorlagen und ihre Durchberatung in den Kommissionen und im Plenum der Presse genügend Zeit, das Für und Wider zu diskutieren und je nach der Einstellung zu fiskalischen Fragen zu befürworten oder zu bekämpfen. Eine erste im September aufgelegte Inlandanleihe von 30 Millionen – es sollten ihr bis 1918 noch 8 weitere im Gesamtbetrag von 800 Millionen zu $4\frac{1}{2}$ –5 % und 3 Anleihen in USA von 384 Millionen folgen – wurde rasch gezeichnet, weil die Wirtschaft am intakten Staatskredit interessiert war. Aber es stellte sich auch schon die prinzipielle Frage, ob man mit der langfristigen Verzinsung und Tilgung einen grossen Teil der Kriegslasten der künftigen Generation aufbürden dürfe. In Basel begrüsst besonders die «National-Zeitung» diese Anleihe, da sie der Wirtschaft eine Frist zur Wiederherstellung des Gleichgewichts gewähre; der «Vorwärts» bemängelte sie nur insofern, als man vom Kapital nicht eine noch grössere Summe verlangt habe. Die Vorschläge zu andern Einnahmen gingen zunächst quer durch die Parteien hindurch. Vorstösse der «Basler Nachrichten» für eine Bier- und Branntweinsteuer verhallten ungehört; der Plan der Heranziehung des Tabakverbrauchs blieb durch die lange Unentschiedenheit, ob Monopol oder Steuer, und durch den sozialdemokratischen Vorbehalt, sie für die Altersversicherung zu reservieren, blockiert; die Verdoppelung des Militärpflichtersatzes wurde nicht von allen «Staatskrüppeln» als patriotische Notwendigkeit anerkannt; Zollerhöhungen wurden von Handel und Industrie aus Furcht vor Retorsionen des Auslands gegen unseren Export und von der Arbeiterschaft wegen der Verteuerung der Lebenshaltung abgelehnt. Einzig dem Aufschlag der Telefon- und Telegraphentaxen wurde von keiner Seite ernsthaft der Krieg erklärt. Eine Motion von Nationalrat Rothenberger auf völlige Aufhebung der Portofreiheit fand überall ein günstiges Echo. Dagegen war der «Vorwärts» einstweilen noch ein Rufer in der Wüste, wenn er die Konfiskation der Dividenden verlangte; erst die Zukunft sollte eine Variation dieses Postulats in Form der später von niemand angefochtenen Kriegsgewinnsteuer verwirklichen.

Der Bundesrat gedachte jedoch angesichts der völligen Unberechenbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, die Finanzen durch eine alle Volksteile erfassende einmalige direkte Kriegssteuer zu untermauern, und berief zum Studium der Materie eine Kommission, deren Leitung er Nationalrat Speiser

als der anerkanntesten Autorität in fiskalischen Fragen anvertraute. (Ausserdem ernannte der Bundesrat den hervorragenden Basler Magistraten in den Verwaltungsrat der SBB). Damit war die Diskussion eröffnet, ob der Bund befugt sei, in das kantonale Reservat der direkten Steuern einzubrechen – ein Problem, das ja bis heute bei jeder «Finanzreform» erneut akut wird. Dass sich die Basler Presse sogleich intensiv damit befasste, war in einem Gemeinwesen selbstverständlich, das auf ein vorbildliches Steuersystem – weitgehende Entlastung nach unten, gewissenhafte Kontrolle der Einnahme- und Vermögensdeklarationen, strenge Bestrafung der Defraudation – mit Recht stolz sein durfte und das grosse soziale Lasten für eine dichtgedrängte Bevölkerung zu tragen hatte. Der «Vorwärts» trat vorbehaltlos für den Plan ein, weil er direkte Steuern unbedingt der verhassten Erhöhung der Zölle und der indirekten Abgaben vorzog. Auch die «National-Zeitung» als Sprachrohr des zentralistisch eingestellten Freisinns wusste kein anderes wirksames Mittel, die Anleihen rasch zu amortisieren und den wachsenden Aufgaben des Staates nachzukommen. Die «Basler Nachrichten» verfügten in ihrem Bundesstadtkorrespondenten Professor Steiger über eine gewichtige Stimme in allen ökonomischen Fragen. Nachdem er zuerst die in der Bundesverfassung vorgesehenen Geldkontingente der Kantone ventiliert hatte, erklärte er sich mit einer direkten Bundessteuer, trotz grosser Bedenken wegen der in manchen Kantonen laxen Einschätzung, einverstanden, sofern ihre Erhebung bis zum Kriegsende aufgeschoben und die Kantone am Ertrag beteiligt würden. Als die Kommission steuerfreie Minima vorschlug, trat Steiger für freiwillige Beiträge der Befreiten ein, warnte aber davor, den Besitz und die Exportindustrie durch zu scharfe Progression herauszufordern. So war am Jahresende der Boden für diese neue Form der Solidarität des ganzen Schweizervolkes so weit aufgelockert, dass der definitive Beschluss im Frühjahr gefasst werden konnte. Nur der angesehene Basler Wirtschaftshistoriker Traugott Geering verfocht in einem Vortrag die Ansicht, der intakte Landeskredit genüge zur Deckung des Kriegsbedarfs, während krampfhaft Einnahmesteigerungen die Wirtschaft schliesslich völlig erschöpfen müssten.

1915

I. Basel im Kontakt mit dem Ausland

1. *Die Lage an der Grenze*

Im neuen Jahr behinderten die deutschen militärischen Instanzen unseren Verkehr mit Elsass und Baden in verschärftem Grad; aber auch unsere eigenen Interessen bedingten vermehrte Restriktionen. War Deutschland vor allem auf die Unterdrückung der Spionage bedacht, so galt es für uns, die Einlass Begehrenden genau zu prüfen, um die Schweiz vor einer Überflutung durch Deserteure und zweifelhafte Flüchtlinge zu bewahren.

Im Januar steckte das deutsche Etappenkommando eine schmale neutrale Zone zwischen der Grenze und dem Aufmarschgebiet ab, um dieses vom Kontakt mit uns abzuriegeln. Das gesperrte Territorium umfasste die Nachbardörfer Hüningen, St. Ludwig, Burgfelden, Hegenheim und Häisingen und verlief weiter nach Westen bis Winkel. Auf Ersuchen des Basler Platzkommandos wurden dann auch Michelfelden und Neudorf einbezogen, um den dortigen, in Basel arbeitenden Bewohnern das Passieren der Grenze zu ermöglichen. Da infolge des Abbruchs der Schiffbrücke der Personenverkehr auf die Bahnbrücke umgeleitet war, wurde auf dem rechten Ufer auch Friedlingen an die Zone angeschlossen; die Einwohner mussten, wenn sie nach Weil oder Haltingen wollten, den Umweg über das schweizerische Kleinhüningen einschlagen. Während das ganze Sperrgebiet mit Passierscheinen von und nach der Schweiz zugänglich war, wurde es nach Norden und Westen durch einen scharf bewachten Drahtzaun abgesperrt; nur in Notfällen durften Geistliche, Ärzte, Hebammen und Landarbeiter die wenigen Durchlässe benützen. Es war verboten, sich der Zone auf Rufweite zu nähern; die Wachen durften nur kleine Warenmengen, jedoch keine schriftlichen Mitteilungen hin und her vermitteln.

Der Personentransport von Basel nach dem Elsass wurde über Leopoldshöhe umgeleitet, da inzwischen wieder Züge von Blotzheim aus Mülhausen

erreichen konnten. Da die Linie nach Säckingen eingestellt blieb, mussten auch die rheinaufwärts Reisenden sich zum Umweg über Schopfheim und das Wehratal bequemen. Dagegen erfuhr der Fahrplan nach Freiburg einige Verbesserungen, indem von 7 täglichen Schnellzügen je einer bis Berlin und bis Hamburg-Altona geführt wurde.

Weil auch die schärfsten Kontrollen nicht verhindern konnten, dass militärische Nachrichten über die Schweiz nach der andern Seite der Front durchsickerten, befahl das Kommando in Freiburg allen Ausländern im Oberelsass auszuwandern und schrieb ihnen einen Aufenthalt rechts des Rheines vor, bevor sie das Reich verlassen durften. Da etwa 5000 Schweizer von dieser Ausweisung betroffen worden wären, die zunächst unsere Stadt hätte aufnehmen müssen, ersuchte die Regierung den Bundesrat telegraphisch, gestützt auf den Niederlassungsvertrag Einspruch zu erheben. Obschon dem Politischen Departement von der Deutschen Gesandtschaft zugesichert wurde, die im Elsass ansässigen Schweizer Geschäftsleute sollten von der Verfügung ausgenommen werden, ernannte der Bundesrat auf Wunsch der Regierung Oberst Von der Mühl zum Kommissar, der die Aufnahme der Übertretenden zu organisieren hatte. Doch wurde allen, die von Geburt an das Schweizer Bürgerrecht besaßen, die Rückkehr nach dem Elsass bald wieder erlaubt, so dass sich die schlimmsten Befürchtungen als gegenstandslos erwiesen.

Eine neue Ortskommandantur in St. Ludwig, der auch Hünningen, Neudorf und Burgfelden unterstanden, ordnete für die Grenzgänger Leibesvisitationen an, um unerlaubte Nachrichtenvermittlung zu unterbinden, und liess die Sperrzone durch Kavalleriepatrouillen überwachen; auch wurden die Zäune durch Stacheldrahtverhaue ersetzt und die Zollkontrolle vom Militär übernommen. Im Elsass übernachtende Ausländer hatten sich täglich bei der Polizei zu melden. Am Übergang nach St. Ludwig wurde eine Postfiliale eingerichtet, wo legitimierte Boten der Basler Geschäfte Briefe und Telegramme abholen und aufgeben konnten. Jenseits der Grenze war das Steigenlassen von Drachen und Ballonen untersagt, und das Geläute der Kirchenglocken musste gleichfalls unterbleiben. Wegen der französischen Fliegerraiden wurde die nächtliche Strassenbeleuchtung eingeschränkt. Die bisherigen Dauerausweise zum Besuch des Sundgaus wurden annulliert; die Ausreise war nur nach einem 7-tägigen Aufenthalt an einem vorgeschriebenen rückwärtigen Ort gestattet, damit militärische Beobachtungen nicht vorzeitig nach dem Ausland gelangen konnten. Die Wiederaufnahme des Tramverkehrs über die Grenze, den die Gemeinderäte von St. Ludwig und Hünningen dringend wünschten, verzögerte sich bis gegen das Jahresende; zunächst verhielt sich die Verwaltung der Strassenbahn ablehnend, weil sie

an der Rendite zweifelte und weil sich das Fahrpersonal nicht der Gefährdung durch Fliegerangriffe aussetzen wollte. Obschon die beiden Gemeinden bereit waren, die Haftpflichtversicherung auf sich zu nehmen und den Stacheldraht über die Strasse durch eine abnehmbare eiserne Kette ersetzten, gab das deutsche Kommando seine Zustimmung nur unter der Bedingung, dass die Fahrgäste zur Kontrolle ihrer Ausweise ausstiegen und bei Fliegeralarm die Wagen sofort verliessen.

Auf dem Rhein durften Schiffe wieder auf dem linken Ufer anlegen; doch waren die Kapitäne auch für ihre Besatzung haftbar, dass die Umladung der Waren nicht zur Weiterleitung schriftlicher Mitteilungen missbraucht wurde.

Den schweizerischen Besitzern und Pächtern von Grundstücken jenseits der Grenze gewährten die deutschen Behörden die Bestellung der Felder und das Einbringen der Ernte. Auch erlaubte die badische Zollverwaltung die Ausfuhr von Kartoffeln, Gemüse, Eiern, Butter, Obst und Beeren nach Basel; schweizerische Jäger und Fischer durften sogar ihre Beute in kleinen Mengen heimnehmen, bis dann die Jagdbewilligung allen Ausländern entzogen wurde. Die Schweiz revanchierte sich durch die Freigabe der Brotausfuhr nach Lörrach, wo infolge der Überfüllung mit Urlaubern und Rekonvaleszenten zeitweise Mangel herrschte und Brot- und Mehlkarten eingeführt wurden.

Da nicht alle nach der Schweiz beurlaubten deutschen Wehrmänner zur Fahne zurückeilten, sondern als Deserteure bei uns blieben, durften sich Soldaten nur noch zwischen den Grenzschraken am Otterbach mit ihren Angehörigen treffen und sich mit ihnen unter militärischer Aufsicht unterhalten.

Weil Basel im Armeeraum lag, konnten unsere Behörden die Verantwortung für die gesamte Schriftenkontrolle an der Grenze der Heerespolizei überlassen; allerdings mussten sie dafür Zuwanderern, die eingelassen wurden, den Aufenthalt bei uns gewähren, da der Bund die Abschiebung von einem Kanton nach dem andern untersagte. Die der Grenze entlang führende Kohlenstrasse wurde ausser für die Anwänder für den Zivilverkehr gesperrt. Das Platzkommando verständigte sich mit den deutschen Instanzen über die Ersetzung der vielfach missbrauchten Passierscheine durch Arbeiterkarten mit Photo und Signalement, für deren Richtigkeit der Prinzipal verantwortlich war. Ferner machte es die Bevölkerung auf die strengen Strafen aufmerksam, welche die deutschen Behörden besonders bei Einschmuggelung von Briefen und Zeitungen verhängten. Dass man nicht vorsichtig genug sein konnte, erfuhr zu seinem Schaden ein hiesiger Kaufmann. Er besorgte freiwillig auf Ersuchen der Verwaltungen von Mülhausen und Strassburg die Lebensmitteltransporte nach diesen Städten und zahlte auch den Fami-

lien von Schweizer Wehrmännern im Elsass die Militärnotunterstützung aus. Wegen seines guten Leumunds hatte ihm die Deutsche Gesandtschaft einen Geleitbrief ausgestellt. Da er ein solches Dokument für den Fall einer neuen französischen Invasion sich auch von der Gegenseite beschaffen wollte, begab er sich nach Belfort, liess sich aber dort zur Übermittlung eines Privatbriefes nach Mülhausen überreden. Deswegen wurde er von den Deutschen verhaftet und in Lörrach eingesperrt. Erst nach 2 Wochen gelang es den vereinten Bemühungen des Politischen Departements und unserer Regierung, ihn frei zu bekommen.

Im September überflog eine deutsche Maschine Riehen, was unsere Presse veranlasste, energische diplomatische Schritte zu verlangen, weil die bisherigen irrtümlichen Bombardierungen von La Chaux-de-Fonds und Pruntrut auch unser Gebiet an die ständige Gefahr mahnten. Im übrigen hielten sich beide Parteien korrekt an die Respektierung unserer Grenzen.

Im August reisten 68 deutsche Zivilinternierte aus Frankreich durch, die von Genf kamen und nach Mülhausen und Strassburg weiterfuhren.

Als im Mai Italien in den Krieg auf Seite der Entente eintrat, wurden nicht mehr diensttaugliche Italiener, die aus Deutschland ausgewiesen waren, nach kurzen Grenzformalitäten am Otterbach und bei Stetten im Tram nach dem Bundesbahnhof befördert und auf die Gotthardzüge verladen. Viele von ihnen äusserten ihr Bedauern, ihre guten Arbeitsstellen verloren zu haben; sie hatten sich vergeblich um ihre Einbürgerung in Deutschland beworben. Von den bei uns residierenden Italienern folgten etwa 600 dem Ruf zu den Waffen; zur Vermeidung von Demonstrationen wurde beim Abtransport der Zugang zum Bahnhof gesperrt. Von den bei Landarbeiten im Schwarzwald beschäftigten russischen Gefangenen gelang es einzelnen, den Rhein zu durchschwimmen; mehrere liessen sich schon in der Hard aufgreifen und wurden im Landesinnern interniert.

Die andauernden heftigen Kämpfe um den Hartmannsweilerkopf – das Verdun der Vogesenfront – und der Donner der schwersten Geschütze, der die Fensterscheiben erzittern liess, hielten ständig das Bewusstsein der Gefahr wach. Natürlich erging man sich in Mutmassungen über die strategischen Absichten der Kriegführenden. Manches deutete darauf hin, dass die Franzosen versuchen könnten, durch einen Durchbruch zum Rhein die ganze Westfront aufzurollen. Ihre verstärkte Fliegertätigkeit, die zwar mehr der Aufklärung als der Zerstörung diene – nur ein einziger Bombenabwurf über Lörrach forderte ein Opfer und richtete Schaden an – veranlasste die Deutschen, eine Alarmsirene zu installieren. Dass sie sich auf einen feindlichen Vorstoss gefasst machten, verrieten gewaltige Sprengungen am Rhein

und neue Feldbefestigungen im Sundgau, wo auch die Bauern bombensichere Unterstände auf den Feldern anlegten. Da man auch wirtschaftliche Krisensymptome erfuhr – in der Zone stockte der Geschäftsgang infolge der Sperre und wegen der Abwanderung der Bandfabriken nach Basel, in Lörrach musste die Textilindustrie viele Arbeitskräfte entlassen –, hielt man es nicht für ausgeschlossen, dass die Widerstandskraft unserer Nachbarn erschöpft sei. Doch warnten unsere Zeitungen, die durch Berichterstatter auf den Hauptfronten über die Gesamtlage orientiert waren, vor der Vorstellung, das Elsass sei mehr als nur ein Nebenschauplatz; auch solle man sich durch den Nervenkrieg der beidseitigen Schreckmeldungen nicht unnötige Angst einjagen lassen, so wenig anderseits ein zu starker Abbau unserer Grenzwehr ratsam scheine.

Dass es aber trotzdem immer noch Gespensterseher gab, erwies ein harmloser Vorfall. Da meldete die «National-Zeitung», kurz vor dem Erscheinen französischer Flugzeuge am Stadtrand habe ein Mann auf einem Fabriksschornstein im St. Johannquartier eine Trikolore geschwenkt, um ihnen Zeichen zu geben. Schon tags darauf schrumpfte die Sensation zu der Berichtigung zusammen, zwei hiesige Schweizer Jünglinge hätten zu Ehren des gerade anwesenden Generals eine Schweizer und eine Zürcher Fahne auf dem Kamin gehisst und den Fliegerraid von ihrem Hochsitz aus photographiert. Schliesslich erklärte der Besitzer der Liegenschaft, die beiden «Fähnchen» seien schon vorher von Lehrbuben an der Blitzableiterstange befestigt worden und hätten also mit dem französischen Unternehmen gar nichts zu tun. Der Urheber der Aufregung, ein Universitätsprofessor, hatte aus den Farben der Fahnen die Trikolore zusammenphantasiert und musste nun eine ernste Warnung des Polizei-Inspektors einstecken, sich nicht durch Verbreitung beunruhigender Gerüchte strafbar zu machen. Die Zeitungsente war nämlich von der deutschen Presse begierig aufgegriffen worden und hätte ohne die sofortige Richtigstellung eine unliebsame diplomatische Reklamation heraufbeschwören können.

Der Verkehr unserer Behörden mit den hiesigen Konsulaten der kriegführenden Mächte wickelte sich reibungslos ab. Als das Politische Departement einen Bericht über Zahl und Art ihrer Gesuche um Auskünfte verlangte, meldete das Justiz-Departement, Frankreich und Italien hätten sich über unsere Massnahmen gegen Pressvergehen und über unsere Bestimmungen beim Verlust des Bürgerrechts erkundigt; ferner wurde das Polizei-Departement in 83 Fällen (davon in 36 von Deutschland) wegen Fahndungen, Leumundsauskünften und Heimschaffungen angefragt; einige dieser Auskünfte wurden jedoch aus politischen oder militärischen Gründen nicht erteilt.

2. Ablösungsdienste und Diskussion um das Ausmass der Wehrkraft

1915 hatte unser Infanterieregiment zweimal andere Einheiten abzulösen. Im März erreichte es, nachdem dem neuen Bataillon 99 auf dem Marktplatz seine Fahne übergeben worden war, im Fussmarsch seine Standorte im Delsberger Becken und längs der Grenze zwischen Kleinlützel und Pruntrut und wurde Ende Juni nach einer Inspektion und einem Defilee auf der äusseren Schützenmatte vor General Wille entlassen. Im Oktober hatte es abermals im Jura Posto zu fassen, zur grossen Enttäuschung vieler Wehrmänner, die gern einmal auch die Südgrenze des Vaterlandes bewacht hätten. Vor der Beurlaubung im Vorfrühling 1916 wurde es in die feldgraue Uniform eingekleidet; seit Monaten waren Röcke und Hosen in einer in der Turnhalle der Töcherschule installierten Militärschneiderei, die später in die Burgvogtei verlegt wurde, von arbeitslosen Näherinnen angefertigt worden; teilweise wurden sie auch von Heimarbeiterinnen hergestellt.

Sowohl der Eintritt Italiens in den Krieg als auch die Niederwerfung Montenegros und Serbiens mahnten jeden einsichtigen Bürger, sich nicht auf die Erstarrung des Stellungskampfes an der Westfront zu verlassen, sondern nach wie vor die Sorge der Armeeleitung für eine genügende Wehrebereitschaft anzuerkennen. Nichts schien das Vertrauen in die ungewisse Zukunft so sehr zu stärken als das Gefühl, dass die durch die langen Dienste erhöhte Schlagfertigkeit und die Pflichttreue der Vorgesetzten und Soldaten das Schweizervolk gegen die Gefahr regionaler und sozialer Spaltungen gefeit hätten. Deshalb wurde es bedauert, dass die Anregung der Regierung, Basel als Waffenplatz für Infanterie und Kavallerie zu verwenden, in Bern kein Gehör fand, obschon unsere Stadt wegen der grossen Zahl ausländischer Einwohner auf vermehrten militärischen Schutz Anspruch machen konnte und das umliegende Terrain sich als Übungsgelände bewährt hatte. Dagegen hatten die Vorschläge der bürgerlichen Presse, das Heer durch die Verlängerung der Wehrpflicht bis zu 50 Jahren, durch die Nachmusterung der Untauglichen und durch die Einteilung aller waffenfähigen Schweizer in den Etappendienst zu verstärken, einen gewissen Erfolg; denn als im Herbst alle Schiessfertigen zur Anmeldung aufgefordert wurden, bedauerte mancher Ausgemusterte, dass er nicht mehr im Besitz seiner Waffe war. Die «National-Zeitung» trat ausserdem, obschon vergeblich, für das Obligatorium des Vorunterrichts und für dessen Verwendung im Wachtdienst an Gebäuden, Strassen und Brücken ein und empfahl, dass ihm das Kadettenkorps seine Geschütze überlasse. Die Wehrfreudigkeit der jungen Generation erwies sich immerhin in der grossen Teilnehmerzahl am bewaffneten und am turnerischen Vorunterricht mit 561, respektive 426 Jünglingen.

Doch können ob all dieser gutgemeinten Vorschläge die bald leiseren, bald lauterer Stimmen der Kritik am Grenzdienst nicht überhört werden. Zunächst war die überraschend grosse Zahl der unter allen möglichen Begründungen eingereichten Dispensationsgesuche ein Symptom wachsender Verdrossenheit. Da jedoch der Generaladjutant die Beurteilung der auf den Dienstweg verwiesenen Gesuche geregelt hatte und gewisse Berufskategorien (Landarbeiter, Elektro-Installateure, Studierende vor den Prüfungen usw.) für längere Zeit beurlaubt wurden, musste sich die «National-Zeitung» darauf beschränken, das Recht des um seinen Arbeitsplatz bangenden Soldaten auf die möglichste Berücksichtigung seines Falles zu betonen. Die Handelskammer und die Sektionen des Grossisten- und des Gewerbeverbandes ernannten eine Kommission, die auf Grund von Fragebogen ausgefüllte Dispensationsgesuche im Einverständnis mit der Militärbehörde unverbindlich begutachtete.

Längs der Grenze, wo die Kompanien auf weit auseinandergezogene Unteroffiziersposten verzettelt waren, bot der Wacht- und Patrouillendienst noch am ehesten den Eindruck kriegsähnlichen Geschehens und hielt dadurch das Interesse wach; ausserdem fühlte sich der Soldat nicht auf Schritt und Tritt durch ständig anwesende Offiziere kontrolliert und kritisiert. Doch in den hinteren Linien waren die Verbände eng beieinander und hatten wochenlang immer dieselben Drillbewegungen und taktischen Gefechtsübungen auszuführen. Der undifferenzierte Dienst mit den traditionellen Waffen (Gewehr und Bajonett) und gelegentliche Schanzarbeiten als fast einziges Tagewerk mussten auf die Dauer den Soldaten und selbst das Kader langweilen und Überdross erzeugen. Auch der wenig abwechslungsreiche Speisezettel der Feldküchen, dürftig eingerichtete Kantonnements und eine schematisch vereinfachte Gesundheitspflege – primitive sanitärische Massnahmen, höchst selten ein Bad, summarische Behandlung und Ausheilung leichterer Krankheitsfälle – waren ebenfalls nicht dazu angetan, die Dienstfreudigkeit zu heben. Kamen dann noch wirkliche oder vermeintliche Fehler von Vorgesetzten hinzu, so konnte der Missmut leicht in eine Stimmung umschlagen, in der der Wehrmann, besonders wenn ihn erst noch Sorgen um seine und seiner Familie wirtschaftliche Existenz plagten, in Versuchung geriet, das Ausmass des Truppenaufgebots für übersetzt zu halten und sich sogar in eine grundsätzliche Militärfeindlichkeit hineinsteigern zu lassen. Wenn sich die schlimmen Folgen einer solchen gefährlichen Mentalität erst später und durchaus nicht nur bei den Basler Milizen geltend machten – sie waren zwar wie alle rein städtischen Einheiten gegen antimilitaristische Einflüsse weniger immun als die mit ihrem Boden verwachsenen Wehrmänner der Landkantone –, so war der Keim dazu schon im ersten Kriegswinter gelegt.

Dass einsichtige Kreise des für eine vollwertige Landesverteidigung einstehenden Bürgertums diesen Keim erkannten, bewiesen mehrere Stimmen in den «Basler Nachrichten». Es wurde angeregt, dass nach einem bestimmten Plan Wehrmänner aller Grade der Truppe Vorträge über Geschichte, Wirtschaft und Verfassung der Schweiz innerhalb des Tagespensums halten sollten, um den einseitig mechanischen Betrieb aufzulockern. Eine Artikelfolge schrieb die Schuld an der Abnahme des notwendigen Respekts vor der Autorität des Vorgesetzten teilweise dem charakterlichen Ungenügen mancher Subalternoffiziere und Hauptleute zu; da diese Beobachtungen von der Gattin eines Offiziers verfasst waren, verstärkten sie den Eindruck einer warmherzigen Unbefangenheit und dürften günstig gewirkt haben. Um so berechtigter konnte sich die bürgerliche Presse fühlen, energisch der in der Arbeiterschaft und auch im untern Mittelstand zunehmenden Militärfeindlichkeit entgegenzutreten.

Zunächst richtete sich diese Abwehr gegen die gewissenlose Untergrabung von Disziplin und Subordination, die in welschen Zeitungen aufkam; denn die Legende von der preussischen Durchseuchung der Armee spekulierte mit der Aufbauschung der harmlosesten Lappalie auf die schlechte Laune und die Leichtgläubigkeit des Publikums. Erst allmählich wurde die Virulenz des antimilitaristischen Bazillus innerhalb der Arbeiterschaft offenbar. Da Basel nächst Zürich das stärkste Industrieproletariat aufwies, das zudem politisch und gewerkschaftlich weitgehend organisiert war, musste die Enttäuschung über die zeitliche und räumliche Ausdehnung des Kriegs mit seinen auch uns immer empfindlicher belastenden Entbehrungen die unteren Schichten eines grossen Gemeinwesens besonders intensiv treffen. Indem sich ferner in Basel die militärischen Anordnungen unter den Augen des Volkes abspielten, wo auch der einfache Mann die Vorgänge wie durch eine Lupe verdeutlicht zu sehen wähnte, konnten immer schwerer wiegende Aussetzungen an der Armeeführung und ihrer Hierarchie leichtes Gehör finden.

An Haltung und Sprache des «Vorwärts» liess sich die bedrohliche Zuspitzung der Kritik in allen ihren Phasen verfolgen. Nachdem die sozialdemokratische Presse schon vor dem Krieg Klagen über «Soldatenschinderien» ihre Spalten geöffnet hatte, forderte jetzt die Redaktion wiederholt zur Meldung einwandfreier Tatsachen auf und beschwerte sich über Strafuntersuchungen wegen der Publikation kritischer Soldatenbriefe als über einen Machtmissbrauch der Armee. Doch vermochten die Beschwerden zuerst nur an Bagatellen einzuhaken: «unnütze Gewaltmärsche», «Oberflächlichkeit» der sanitärischen Musterungen, «Zwang» zur Teilnahme an den Feldgottesdiensten, verlängerter Abendausgang der Offiziere, Übertragung

der Uniformfabrikation an Firmen ohne Vorschrift von Lohn- und Arbeitsbedingungen, Bemängelung des obligatorischen Grüssens der Fahne durch die Zivilisten und anderes mehr. Im Chor mit den andern sozialistischen Zeitungen wurden die Empfänge angeprangert, welche die kantonalen Behörden dem General bereiteten, weil die «Festhüttenstimmung» mit ihrem «Hurrapatriotismus» den monarchischen Personenkultus nachäffe; als die Regierung bei der zweiten Entlassung des Regiments zur Beflaggung aufrief und die Schuljugend zum Spalier aufbot, tat der «Vorwärts» dies als «Brimborium» ab. Stichhaltiger waren die Angriffe auf die Militärversicherung, welche Entschädigungsansprüche von Patienten oft mit der Begründung abwies, der Keim der Krankheit sei in den Dienst mitgebracht worden. Vollends geriet der «Vorwärts» durch den Armeebefehl in Harnisch, laut welchem alle Presseanschuldigungen zu untersuchen und dadurch Überführte der Militärjustiz zu überweisen waren, weil er sich nun nicht mehr allzu unvorsichtig als Schutzengel des Soldaten gebärden konnte. Gestützt auf den Beschluss des Parteitags in Aarau, der im November stattfand, eine Initiative zur «Demokratisierung» der Armee (gleiche Besoldung und Verpflegung der Offiziere und der Mannschaft) zu ergreifen, wahrte sich der «Vorwärts» das Recht, militärische Übergriffe öffentlich zu missbilligen, und beschuldigte die bürgerliche Presse, die zunehmende Misstimmung über die Widersprüche von Theorie und Praxis der Milizarmee zu verwedeln. Jedenfalls wollte er aus Soldatengesprächen eine Unsumme von Hass herausgehört haben, der sich vielleicht noch vor Kriegsende gewaltsam entladen könne. Mit dieser versteckten Drohung suchte er wohl auch sein allmähliches Abrücken vom Bekenntnis zur Wehrhaftigkeit zu vernebeln und seine Leser auf den prinzipiellen Antimilitarismus vorzubereiten, wenngleich er vorerst offen nur die Zahl der unter den Waffen stehenden Truppen beanstandete.

Die militärfeindliche Kampagne konzentrierte sich immer deutlicher gegen die Tätigkeit der Divisions- und Territorialgerichte. Da diese alle ihnen überwiesenen Fälle nach dem veralteten Militärstrafgesetz von 1851 mit seinen drakonischen Strafen behandeln mussten, erschienen die strengen Urteile für leichte Vergehen begreiflicherweise als ungerecht. Als zudem Offiziere nur disziplinarisch gemassregelt wurden, weil ihnen das Gericht den guten Glauben zubilligte, während Soldaten meist nur nach dem objektiven Tatbestand ohne Berücksichtigung mildernder Umstände verurteilt wurden, weckte dies den Eindruck, es werde für Vorgesetzte und Gemeine mit verschiedener Elle gemessen. Statt nun aber den Hebel an dem erwähnten Gesetz, dessen Revisionsbedürftigkeit auch vom Bürgertum nicht bestritten wurde, anzusetzen, wollte der Parteitag das Kind mit dem Bad ausschütten, indem er eine Initiative zur Abschaffung der verhassten Militärjustiz be-

schloss. Diese Übermarchung diskreditierte die Bereitschaft nationaler Kreise zu angemessenen Reformen und bewirkte, dass eine im Nationalrat von konservativer Seite gestellte Motion, den bedingten Straferlass einzuführen und den Kassationshof zur Appellationsinstanz zu erweitern, solange der Ernstfall nicht eintrete, als Gefährdung der Disziplin abgelehnt wurde, und dass sich der Bundesrat mit der Milderung einiger Härten des Gesetzes kraft seiner Vollmachten begnügte. Der «Vorwärts» brandmarkte vor allem die Untersuchungsmethoden, die gegen sozialistische Organe angewandt wurden, um die Verfasser eingeklagter Artikel zu eruieren, und verwahrte sich gegen den Versuch, Gesinnungsdelikte zu konstruieren. Wenn er auch noch immer beteuerte, die Armee nicht grundsätzlich negieren zu wollen, so drohte er immer unverblümt mit einer Explosion, falls die Ventile der Kritik verschlossen würden.

Es war ein Verhängnis, dass die bürgerliche Presse aus solcher Agitation von links nur eine gewissenlose Hetze herauslesen wollte, deren eigentlicher Zweck sei, der Sozialdemokratischen Partei neue Gefolgschaft zuzuführen und ihren Druck auf die Bundesbehörden zu verstärken. Mochte diese Verdächtigung auch mehr als bloss einen Kern von Wahrheit enthalten, so musste sie, bei der zunehmenden Verschärfung der Gegensätze in allen vaterländischen Fragen, dem extremistischen Flügel in der Arbeiterpartei auf Kosten ihrer aufbauwilligen Kräfte einen willkommenen Auftrieb geben. Mehr und mehr glitten im Bürgertum wie im Proletariat die Wortführer vom festen Boden der sachlichen Diskussion auf das schlüpfrige Terrain des parteipolitisch abgestempelten Misstrauens und der persönlichen Verunglimpfung hinüber und erschwerten durch Voreingenommenheit die Lösung der dringlichsten Probleme.

3. Kampf gegen das Spitzeltum

Zunehmende Umtriebe von Spionen und Spitzeln in unseren Mauern stellten die Wachsamkeit und die Geschicklichkeit der Polizeiorgane auf eine harte Probe; ausserdem mussten sie und die Regierung immer wieder ihre Rechte und Verantwortung gegenüber Zumutungen der Bundesbehörden betonen. Wenn der Polizei-Inspektor in Ausübung seiner gesetzlichen Pflicht triftig scheinende Anzeigen durch Verhöre und Haussuchungen nachprüfen liess, die aber manchmal ergebnislos verliefen, so wies er die Anschuldigung, parteiisch gehandelt zu haben, kaltblütig zurück; mit Recht weigerte er sich auch, für irrtümliche Verhaftungen öffentlich Satisfaktion zu geben, und beharrte selbst dem Eidgenössischen Justiz-Departement gegenüber mutig auf

seinem Standpunkt. Wie hinfällig die Verdächtigung seiner streng neutralen Amtsführung war, beweist ein Tagesbefehl, in welchem er die Verhaftung der fremden Agenten anordnete, die im Einverständnis mit der badischen Grenzpolizei in der Stadt herumschnüffelten, um unvorsichtige Äusserungen von Grenzgängern aufzuschnappen und sie dafür zu denunzieren. Da sich herausstellte, dass in Lörrach auch Schweizer zur Spionagetätigkeit in Frankreich und Italien angeworben und ihnen Passierscheine ausgestellt wurden, die den Vereinbarungen mit dem Platzkommando widersprachen, machte Regierungsrat Miescher das Politische Departement auf diesen Eingriff in unsere Hoheitsrechte aufmerksam und forderte diplomatischen Einspruch. Weil ferner der Polizei-Inspektor von St. Ludwig, ein unseren Behörden für seine unbedenkliche Gerissenheit sattem bekannter Beamter, auffallend oft zu allen Tageszeiten in Basler Wirtschaften gesehen wurde, regte Miescher in demselben Schreiben an, die unkontrollierte Grenzpassage von Polizeifunktionären aufzuheben und den unvermeidlichen Kontakt auf den amtlichen Verkehr zu beschränken. Der Bundesrat, der offenbar eine «Affäre Wohlgemuth», die zu Bismarcks Zeiten das Verhältnis zu Deutschland getrübt hatte, unbedingt zu verhüten suchte, wünschte, unsere Polizei möge sich mit einer diskreten Überwachung des fraglichen Beamten begnügen, ihm dies aber taktvoll mitteilen, was Miescher loyal ausführte. In bezug auf die widerrechtlich ausgestellten Passierscheine billigte der Bundesrat zwar die Verhaftung der Inhaber, wollte jedoch von diplomatischen Schritten nichts wissen. Dafür möge die Regierung die Bevölkerung durch die Presse eindringlich vor der Anwerbung zur Spionage warnen. Da sich hinter dem Angebot ausländischer Arbeitsstellen häufig Werbeagenturen versteckten und das Kontrollbüro die auffällige Zunahme der Passbegehren junger Leute nach England meldete, lud Miescher die Zeitungen ein, das Publikum zur Vorsicht zu ermahnen, aber die Quelle dieser Information zu verschweigen. Auch der Verein der Freundinnen junger Mädchen warnte seine Schützlinge, sich im Ausland nicht zu indiskreten Mitteilungen über andere Länder verleiten zu lassen.

Wie wenig sich der Polizei-Inspektor auch durch schweres diplomatisches Geschütz beirren liess, zeigte seine Erledigung eines Auftrags des Armee-stabs. Dieser hatte ihn angewiesen, eine Beschwerde des deutschen Militär-Attachés zu überprüfen, wonach Beamte des französischen Konsulats im Bundesbahnhof Passagiere der Schnellzüge heimlich photographiert hätten. Müller konnte in seiner Erwiderung mit der Feststellung den Stiel umkehren, dass sich im Gegenteil deutsche Agenten im Bahnhof herumtrieben und sich durch falsche Nachrichten bei ihren Auftraggebern unentbehrlich zu machen suchten.

Die Regierung aber bemühte sich redlich, die von Bern gewünschte Vorsicht zu üben, obgleich sie damit im Volk den Eindruck der Leisetreterei erweckte. Sie lehnte deshalb den Antrag des Polizei-Inspektors ab, vom Bund eine genaue Ausscheidung der Kompetenzen zu verlangen, obschon der Chef der neuenburgischen Sicherheitspolizei mit zwei Detektiven auf unserem Boden eine Untersuchung durchgeführt hatte, ohne seinen Basler Kameraden über den Tatbestand zu unterrichten.

Die Buchführung des Polizei-Departements ergab, dass bis zum 11. April 1916, im Gegensatz zu 1914, mehr Leute wegen Spionage zugunsten Deutschlands als zugunsten Frankreichs oder Englands verhaftet werden mussten (43 gegenüber 7); ausgewiesen oder den Militärgerichten übergeben wurden ebenfalls mehr Parteigänger Deutschlands als Frankreichs (32 gegenüber 4). Bei solchen Ergebnissen hätte die welsche Presse ihre Mär von der «germanisierten» Basler Polizei getrost widerrufen dürfen.

4. Das Problem der Militärflüchtlinge

Die Behandlung der fremden Militärflüchtlinge wurde erst im Sommer einheitlich geordnet. Ausreisser und nicht mehr zu ihrem Truppenteil zurückkehrende Urlauber wurden als Deserteure definiert, während alle sonstigen Dienstverweigerer, gleichviel ob sie ihre Militärpflicht vor dem Krieg geleistet hatten oder nicht, sowie die inzwischen in das dienstpflichtige Alter Heranwachsenden, als Refraktäre galten. Während bisher alle im Armee-raum aufgegriffenen Deserteure samt ihren Militäreffekten nach Bern eingeliefert wurden, autorisierte jetzt das Militär-Departement den Territorialdienst, ihnen auch innerhalb der Zone ein Domizil anzuweisen, das sie ohne Bewilligung nicht wechseln durften und wo sie eine Kautionsleistung leisten sollten. Da die Regierung schon vorher sich gegen die ungesetzliche Zumutung des Kommandanten des II. Armeekorps verwahrt hatte, deutsche Refraktäre zu überwachen, was Sache des Platzkommandos war, gebot ihr das Interesse unserer Stadt eine grundsätzliche Abklärung der ganzen Frage; denn die Zahl der Refraktäre samt ihren Angehörigen näherte sich dem ersten Tausend. (Mehrere deutsche Landstürmer teilten der Regierung, angeblich im Namen von 600 Kameraden, schriftlich mit, sie würden dem Aufgebot ihres Landes solange keine Folge leisten, als die Schweiz nicht die Dienstverweigerer *aller* Nationen rücksichtslos ausweise.) Da die Heimatpapiere der Refraktäre ungültig wurden und daher die Niederlassungen nicht verlängert werden konnten, musste Basel gewärtigen, immer mehr Verarmende und Schmarotzer durchfüttern zu müssen, deren Duldung erst noch unsere eige-

nen Wehrmänner demoralisieren musste. Nur eine Auslese von Leuten mit einwandfreiem Leumund, für welche die Rückkehr in die Heimat lebensgefährlich war (besonders Elsässer), sollte bei uns bleiben dürfen und baldmöglichst eingebürgert werden. Nach Bundesrecht durften die Kantone den Refraktären, die im Gegensatz zu den *politischen* Flüchtlingen das Asylrecht nicht anrufen konnten, die Niederlassung nach Belieben bewilligen oder verweigern. Da dies jedoch durch die Einmischung der Armee illusorisch wurde, ersuchte die Regierung den Bundesrat, die Militärflüchtlinge zu übernehmen und zu internieren. Die Antwort lautete, der Bund habe nur für die Kosten der den Kantonen aufgezwungenen Deserteure aufzukommen, wünsche aber, dass Basel seine ansässigen Refraktäre bis zum Kriegsende dulde. Die Regierung fügte sich dieser Entscheid, verwahrte sich aber dagegen, die teilweise schwer assimilierbaren Zwangsaufenthalter (es fanden sich immer mehr osteuropäische Juden ein) später als Heimatlose unentgeltlich einbürgern zu müssen. In einem vertraulichen Kreisschreiben an alle Kantone bequeme sich nun der Bundesrat zu der Versicherung, er werde sie bei allfälliger Zwangseinbürgerung der schon vor Kriegsbeginn ansässigen Refraktäre nicht für Umgehung des Heimatlosengesetzes, das den Aufenthalt Schriftenloser verbot, belangen. Ein Briefwechsel zwischen den Regierungsräten Im Hof und Miescher offenbart ihre Verärgerung über die Selbstherrlichkeit des Bundesrates, der sich der Schwierigkeiten einer Grenzstadt offenbar nicht genügend bewusst sei; es bleibe nichts anderes übrig, als den Bund für die aus der Einbürgerung erwachsenden Armenlasten zu behaften.

Diese Frage, ob und innerhalb welcher Abgrenzungen das Basler Bürgerrecht den Refraktären zu gewähren sei, war für den Bürgerrat eine harte Knacknuss; denn es fiel ihm schwer, finanzielle, politische und menschliche Rücksichten auf einen Nenner zu bringen. Die wahllose Aufnahme von Petenten, die sich nur darum bewarben, um nicht staatenlos zu werden, hätte die Unterstützungspflicht der bürgerlichen Anstalten überfordert; auch sprach dagegen, dass erfahrungsgemäss meist nur bei uns geborene und aufgewachsene Ausländer gute Schweizer wurden, und schliesslich sollte die Einbürgerung von Refraktären nicht einer Belohnung ihrer Fahnenflucht gleichkommen. Da das Politische Departement auf Anfrage die Verantwortung den Kantonen und Gemeinden überliess, wünschte die Regierung, dass lang ansässige Refraktäre aufgenommen würden. Der Engere Bürgerrat jedoch beharrte auf seinem Prinzip, Leute im dienstpflichtigen Alter abzuweisen, und drang trotz der Opposition der Sozialdemokraten im Weiteren Bürgerrat damit durch; denn da Deutschland auch die älteren Jahrgänge einberief, gerieten immer mehr Menschen in einen Gewissenskonflikt, wenn ihnen die Flucht in das Schweizer Bürgerrecht zu leicht gemacht wurde.

Vielleicht betrachteten aber unsere Behörden die Einbürgerungsfrage zu sehr aus dem engen Blickwinkel rein lokaler Interessen und zogen den weit wichtigeren Umstand zu wenig in Betracht, dass die starke Überfremdung der Schweiz, vorab der grossen Städte, sich durch den Krieg zu einem eminent nationalpolitischen Problem auswuchs. Als die deutsche Propaganda uns einreden wollte, wir gehörten kraft unserer Muttersprache zum Kulturkreis des nördlichen Nachbars, wurde es immer mehr als schwerer Fehler empfunden, dass durch die engherzige Einbürgerungspolitik der Vorkriegszeit die bei uns geborenen und aufgewachsenen Ausländer nicht rechtzeitig assimiliert worden waren. Wenn insbesondere der «Vorwärts» eine grosszügige Aufnahme der Ausländer propagierte, weil sie das politische Mitspracherecht als Gegenleistung für ihren Steuerbeitrag beanspruchen dürften, so entsprang dies freilich parteipolitischen Erwägungen, da sich die Sozialdemokraten von der Vermehrung der Neubürger auch eine Verstärkung ihrer Stimmkraft versprochen.

II. Neue Umstellungen

1. Staatshaushalt, Gesetzgebung und Verwaltung

Das von der Regierung sehr vorsichtig ausgearbeitete Budget für 1915 sah bei fast 21 Millionen Ausgaben (davon rund 10 Millionen für Löhne und 4 Millionen für den Schuldendienst) und etwas mehr als 18 Millionen Einnahmen (der Minderertrag der Steuern war auf 750000 Franken geschätzt) ein Defizit von annähernd 3 Millionen vor. Deshalb schlug sie Steuerzuschläge von 20% vor, und zwar vorsorglich auch schon für 1916, um auf weitere Sicht disponieren zu können; immerhin sollten sie wegfallen, wenn der kantonale Anteil an der projektierten eidgenössischen Kriegssteuer erheblich ausfiel. Ausser der Sanität, die durch das neue Krankenkassengesetz stark belastet war, und dem Innern, welches für die Kriegsunterstützungen aufzukommen hatte, wiesen alle Verwaltungszweige so grosse Einsparungen auf, dass die Rechnungskommission nicht mehr weitergehen konnte. Wegen der wachsenden Teuerung wurde immer noch kein Lohnabbau vorgesehen. Während aus demselben Grund die Regierung eine leichte Degression der Steuerzuschläge für die niederen Einkommen und Vermögen beantragte, hielt der Grosse Rat, der im März das Budget annahm, an der linearen Richtschnur von 20% fest. In der Frage der Schaffung neuer Einnahmen klappten in den Behörden wie im Volk die Ansichten auseinander; während die einen das fehlende Geld durch langfristige Anleihen aufbringen

wollten, traten andere für die baldige Erhöhung der Steuern ein, weil die Rückkehr zur Friedenswirtschaft immer ungewisser wurde. Beträchtliche Nachtragskredite (erhöhte Beiträge an die Kliniken und das Bürgerspital, an das Quartieramt und an die Lebensmittelfürsorge, sowie die Beteiligung an der neuen Sodafabrik in Zurzach) konnten dank befriedigenden Einnahmen verantwortet werden, und die Staatsrechnung für 1915 wies nur ein Defizit von 2 Millionen auf. Da jedoch der Passivsaldo des Vermögens auf gegen 30 Millionen und das Total der Anleihen auf über 100 Millionen anstiegen, mahnte die Budgetbotschaft für 1916 den Grossen Rat zum Aufsehen; die Regierung erklärte, an der gesetzlichen Entlohnung des Personals und der Mobilisierten nur dann festhalten zu können, wenn die Steuerzuschläge trotz der Kriegsteuer erhoben und die Bauvorhaben weiter beschnitten würden, und warnte vor der Zerrüttung des Staatshaushalts, falls die chronischen Fehlbeträge (für 1916 rechnete das Budget mit dem Rekorddefizit von 4 Millionen) nicht vermieden würden. Es war nur ein geringer Trost, wenn der «Vorwärts», um Einsparungen an den sozialen Institutionen vorzubeugen, die Rendite der Kantonalbank und der öffentlichen Betriebe als genügende Deckung der Schulden darstellte. Unser Stadtstaat trat tatsächlich mit erheblich geschwächten Finanzen in das dritte Kriegsjahr hinüber.

Während der Kriegausbruch die legislative Tätigkeit fast ganz unterbunden hatte (1914 war nur noch das Gesetz über den Arbeiterinnenschutz sowie das Polizeistrafgesetz durch die Androhung von Bussen für den Verkauf von Waffen, Munition und Pulver an Schulpflichtige ergänzt worden), wandte sich der Grosse Rat 1915 wieder seiner eigentlichen Aufgabe zu. Im Januar genehmigte er das Gesetz über die Organisation der Militärdirektion, wodurch nach den bei der Mobilmachung gemachten Erfahrungen die Befugnisse des Kreiskommandanten, des Zeughausverwalters und des Quartieramtes neu abgesteckt wurden. Im Sommer hob er nach langen Auseinandersetzungen die öffentlichen Ehrenfolgen für Konkursiten und Ausgepfändete auf, obschon die Geschäftswelt bei der unsicheren Wirtschaftslage grosse Bedenken zu überwinden hatte. Dagegen wurden mehrere andere Vorlagen noch nicht spruchreif: ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb, das die Kontrolle der Ausverkäufe verschärfen sollte, das Kinematographengesetz, welches sowohl den Schutz der Jugendlichen als auch genügende feuerpolizeiliche Sicherungen bezweckte, und die Revision des Strafgesetzes – der letzte Entwurf des verstorbenen Regierungsrats Burckhardt-Schazmann –, in das verminderte Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten als mildernder Umstand eingeführt wurde. Da gegen keinen Beschluss des Grossen Rates das Referendum ergriffen wurde, beschränkten sich die Urnengänge des Bürgers

auf die Bürgerratswahlen, auf das Plebiszit über die eidgenössische Kriegsteuer und über eine Initiative der Bürgerpartei für die Reduktion des Grossen Rates auf 100 Mitglieder.

In unserem kleinen Stadtstaat oblagen die meisten öffentlichen Befugnisse den kantonalen Behörden, so dass der Bürgergemeinde nur relativ bescheidene Reservate der Administration verblieben. Der vom Weiteren gewählte Engere Bürgerrat amtierte als eine Art Verwaltungsausschuss, und zwar nach Ansicht mancher Neubürger in etwas zu altväterischer Weise. Deshalb sollte ein neues Gemeindegesetz eine breitere Grundlage schaffen. Der Grosse Rat stimmte der Vorlage zu, soweit sie dem Weiteren Bürgerrat eine bessere Vertretung in den Kommissionen des Bürgerspitals, des Waisenhauses und des Armenamts gewährte und das Referendum für die Beschlüsse einführte; dagegen lehnte er die Volkswahl des Engeren Bürgerrats ab, weil er die Verpolitisierung dieser Instanz zu verhüten suchte; auch wollte man die wohlhabenden Kreise, die, wenigstens früher, die bürgerlichen Institutionen mit Vergabungen bedachten, nicht unnötig vor den Kopf stossen. So bestimmte das in erster Lesung im März 1916 genehmigte Gesetz, dass die Verwaltung der 3 Anstalten unter der Oberaufsicht des Engeren Bürgerrats den Kommissionen vorbehalten blieb. Damit war dem doktrinären Bestreben vieler Radikaler und der Sozialdemokraten, die bürgerliche Autonomie der Verstaatlichung zu opfern, die Spitze abgebrochen.

Die gespannte finanzielle Lage des Bürgerspitals, das faktisch allen Einwohnern, also nicht nur den Bürgern, offenstand und ausserdem der Universität als Ausbildungsstätte zu dienen hatte, nötigte den Staat, seine Beiträge an die Kliniken auf 100000 Franken zu erhöhen. Ausserdem ratifizierte der Grosse Rat den Ankauf des Areals der äusseren Schützenmatte für 2,3 Millionen, um diese ihrer bisherigen Bestimmung als «Festwiese» zu erhalten. (Dieser Plan wurde später allerdings nicht eingehalten, sondern der vordere Teil zwischen der Neubad- und der Militärstrasse wurde in Sportplätze aufgeteilt, und der hintere zwischen dem Berner Ring und der Neuweilerstrasse wurde überbaut.) Durch diese Massnahmen sollte das Bürgerspital in die Lage versetzt werden, auf die Zuschüsse der Christoph Merian-Stiftung verzichten zu können; anderseits musste die Einwohnergemeinde die Defizite des Waisenhauses und des Armenamts nicht mehr decken, so dass sie ihren 40%igen Anteil an den Erträgen der Stiftung für die Tilgung der Bauschuld der Mittleren Rheinbrücke und für die Allgemeine Armenpflege reservieren konnte.

Bei der Abstimmung über die eidgenössische Kriegsteuer hatte sich der Souverän auch über eine einzige kantonale Vorlage auszusprechen, nämlich über die Initiative der Bürgerpartei, die Mitgliederzahl des Grossen Rats

auf 100 zu reduzieren. Obschon dies mit schwachem Mehr gutgeheissen wurde und ein weiterer Urnengang dem Grossen Rat die Aufgabe zuwies, die dafür nötige Verfassungsrevision zu entwerfen, fand diese ein Jahr später keine Gnade, so dass es bei der bisherigen Zahl von 130 Grossräten blieb.

Glück hatte die Regierung mit ihrem generellen Projekt zum Ausbau des Strassenbahnnetzes, womit sie auch die Abwanderung vermöglicher Einwohner nach den Vororten verhüten wollte. Auf ihren Antrag genehmigte der Grosse Rat sowohl die Transversalverbindung des St. Johann- mit dem Schützenmattquartier als auch die Doppelspur der Linie Hardstrasse-Sankt Jakob. Die auf den 1. Juli eröffnete Linie Jakobsberg-Bruderholz, an deren Finanzierung sich die Anstösser beteiligt hatten, erschloss eine neue gesunde Wohngegend; auch hoffte man, der Staat und die Bürgergemeinde würden durch die Erweiterung ihres dortigen Landbesitzes die Steigerung der Bodenpreise in vernünftigen Schranken halten.

Die Regierung wollte den sozialistischen Anzug für den staatlichen Wohnungsbau abschreiben, weil sie letzteren für unrentabel hielt. Dennoch beharrte die Mehrheit des Grossen Rats auf dem Auftrag, da sie mit einer baldigen Knappheit an billigen Wohnungen rechnete. An grösseren Bauten wuchsen allmählich die neue Frauenarbeitsschule an der Kohlenberggasse und das Singerhaus am Marktplatz aus dem Boden. Der Grosse Rat beschloss den Bau einer Turnhalle für das Rosentalschulhaus und die Umwandlung des früheren Theodorsgottesackers in eine öffentliche Anlage; ferner kaufte der Staat eine Liegenschaft an der Binnerstrasse für das Gas- und Wasserwerk.

2. Ausbau der Kriegswirtschaft

Die Probleme der Versorgung, der Teuerung und der Entlohnung stellten an Behörden und Volk um so höhere Anforderungen, als das Ende des Kriegs in immer weitere Ferne rückte. Einzig die Arbeitslosigkeit nahm nicht einen so grossen Umfang an, als man befürchtet hatte. Infolge der anhaltenden Abwanderung von Arbeitskräften fand etwa die Hälfte der männlichen Bewerber eine passende Stelle; von den weiblichen konnten sogar 90% plaziert werden. Doch bald sank das Arbeitsangebot für Frauen, da viele Familien auf Dienstmägde verzichteten. Trotz stabilem Mitgliederbestand musste die staatliche Arbeitslosenkasse (etwa 100 Soldaten des Regiments waren ihr beigetreten) nur noch ca. 67000 Franken an Unterstützung ausrichten. Der Grosse Rat erhöhte im März den Staatsbeitrag an die privaten Kassen von 10000 auf 30000 Franken und bewilligte im Dezember, vorgängig dem Budget 1916, einen Kredit von 437120 Franken für Not-

standsarbeiten. Der CVJM vermittelte wiederum gegen 500 Stellen, der KV erliess unbemittelten Lehrlingen das Kursgeld für seine Handelsschule. Um die Schulentlassenen vor Untätigkeit zu bewahren, eröffnete die Gewerbeschule einen theoretisch-praktischen Versuchskurs (die spätere Vorlehre). Nur die Anheuerung für Landarbeit ausserhalb des Kantons stiess auch jetzt noch auf Gleichgültigkeit; offenbar waren selbst die Söhne von Zugewanderten schon so verstädtert, dass sie sich dem langen Arbeitstag auf dem Feld des Bauern bei geringer Entlohnung nicht fügen mochten; auch fürchtete mancher, durch Abwesenheit seine Chancen bei der Stellensuche in der Stadt aufs Spiel zu setzen.

Dagegen fand die «Pflanzlandbewegung» ein starkes Echo; denn beim Anbau von Gemüse, Kartoffeln und Beeren konnte sich auch der kleine Mann als sein eigener Herr und Meister fühlen und bei ausdauerndem Fleiss einen erklecklichen Ausgabenposten für die Nahrung einsparen. Nach der Berechnung eines Einsenders der «Basler Nachrichten» sollte die rationelle Verwertung des brachliegenden Kulturbodens der Schweiz einen jährlichen Gewinn von 1–2 Millionen abwerfen und 50000 Menschen nützliche Freizeitbeschäftigung vermitteln. Wenn sich am Jahresende der Ertrag in Basel bloss auf 30000 Franken bezifferte, so schrieb man die Schuld der zögernden Haltung der Regierung zu. Zwar hatte sie schon im Frühjahr eine vom Stadtgärtner geleitete Kommission ernannt, die etwa 10 Jucharten pachtete und sie in Parzellen von je 2 Aren zu einem Jahreszins von 3 Franken unter die vom Staat Unterstützten und bedürftige kinderreiche Familien aufteilte. Da dieser Boden sofort vergeben war, wurde vorgeschlagen, Kanton und Bürgergemeinde sollten ihre Pachthöfe für längere Frist als Gartenland zur Verfügung stellen; doch wollte die Regierung die Verträge mit ihren Pächtern nicht kündigen, weil sie fürchtete, nach dem Krieg würden die Pflanzlandmieter wieder verschwinden und die Pächter inzwischen abwandern. Erst im September wurde das Finanz-Departement zu weiteren Verpachtungen ermächtigt. Obschon ein unentgeltlicher Kurs für Gemüsebau gut besucht war, erwies sich bald, dass die Begeisterung mangelnde Kenntnisse nicht ersetzen konnte und dass mancher Bewerber die Auslagen für Sämereien, Setzlinge, Dünger und Werkzeuge unterschätzt hatte. Die Berufsgärtner hatten nur so lange gegen die neue Konkurrenz nichts einzuwenden, als sie dem Eigenbedarf des Pflanzers diene, und erklärten, ein optimaler Ertrag sei ohne fachmännische Anleitung nie zu erreichen.

Es würde zu weit führen, den interessanten Gedankenaustausch in unseren Zeitungen über die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Umstellung der schweizerischen Graswirtschaft auf den Getreidebau zu

verfolgen. Auch die grössten Optimisten mussten zugeben, dass eine solche Umwälzung der agrarischen Struktur dem Konsumenten grosse Opfer in Form von aus den Steuern aufzubringenden Prämien, Subventionen und Darlehen auferlegen müsste und dass die Verminderung des Viehbestandes die Milch- und Fleischproduktion gefährden würde. Zur Sicherung der Brotversorgung schien es wichtiger, grössere Kornmagazine zu schaffen, um das Einfuhrmonopol, das die Handelswelt nur als Notbehelf in Kauf nahm, nach dem Krieg aufheben zu können.

Da der Bund nur schrittweise in die Privatwirtschaft eingriff – im Mai organisierte er die Schlachtviehimporte, im Oktober verfügte er das Monopol für die Reiseinfuhr, im November setzte er für Käse und Zucker Höchstpreise fest und kaufte Saatkartoffeln für die Genossenschaften –, sah sich unsere Regierung veranlasst, die Versorgung Basels mit allem Lebensnotwendigen zu sichern und vor allem die Verteilung des Vorhandenen möglichst gerecht in die Wege zu leiten. Zu diesem Zweck bestimmte sie im Juli eine Kommission unter dem Präsidium von Regierungsrat Aemmer, der die Aufsicht über den gesamten Warenmarkt überbunden wurde; sie hatte die Regierung monatlich zu orientieren und ihr gutscheinende Preisvorschriften und Beschlagnahmen vorzuschlagen. Für ihre Verwaltungsspesen bewilligte der Grosse Rat einen Notstandskredit von 108000 Franken. Die Kommission begann ihre Tätigkeit mit Bestandesaufnahmen in den Läden (Reis, Fleisch, Konserven, Petrol). Durch die Presse beriet sie fortlaufend das Publikum, durch Abwechslung in der Auswahl der Lebensmittel die Preise selbst zu regulieren und die jeweils verderblichen Artikel rasch zu geniessen oder zu konservieren. Sie kaufte Importe von Reis, Zucker, Bohnen, Weizenmehl und Griess und bot sie den Geschäften an, die sie zu vorgeschriebenem Preis an die Kundschaft abzugeben hatten. Im Herbst vermittelte sie Hauslieferungen von Lagerobst und Kartoffeln zum Selbstkostenpreis und dehnte ihre Anschaffungen auf Vollmehl und Teigwaren aus. Ein zweiter wöchentlicher Fischmarkt sollte die Fleischnot ausgleichen. Im Viehhof wurde eine Mästerei für 300 Schweine eingerichtet, wohin die Hausfrauen Abfälle liefern sollten. Soweit die Metzger das Fleisch nicht zu einem bestimmten Preis verkaufen wollten, sollten die Tiere in Regie geschlachtet werden. Im Lauf des ersten Halbjahres hatte die Kommission Waren im Wert von 432500 Franken an die Bevölkerung vermittelt. Anhand der im Kantonsblatt publizierten wöchentlichen Preisstatistik konnte man sich überzeugen, dass die Regierung die Entwicklung der Lebenshaltung nicht aus den Augen liess.

Dagegen suchte sich auf dem Gemüse- und Obstmarkt die Gewinnsucht des Zwischenhandels auszutoben. Die Händler kauften nämlich die Riehener

Kirschenernte am frühen Morgen auf, um sie auf dem Güterbahnhof nach dem Inland aufzugeben oder im Strassenverkauf loszuschlagen, sodass die Hausfrauen auf dem Barfüsserplatz nur noch leere Stände oder teure Reste fanden. Deshalb verordnete die Regierung, dass vor 8 Uhr nicht gehandelt werden durfte; auch sollten die Preise angeschrieben werden und der Verkaufszwang gelten. Zuwiderhandelnde wurden mit Wegweisung bedroht. Nur von Höchstpreisen sah die Verfügung ab, weil man den Boykott des Marktes durch die Lieferanten befürchtete. Die Handelsgärtner, die ohnehin Verluste erlitten, weil sie die Kurorte nicht mehr mit Sommergemüse beliefern konnten, beschwerten sich vergeblich über die Einschränkung ihres Absatzes. Als die Binninger Gemüsegärtner kurzerhand ihre Ware von 5 Uhr morgens an jenseits des Dorenbachs feil hielten und sich eines grossen Zulaufs aus der Stadt erfreuten, wurde ihnen dies nach wenigen Tagen von Liestal aus verwehrt. Somit war es unserer Regierung gelungen, die Interessen der Hausfrauen zu wahren.

In der Gestaltung seiner Preispolitik musste der ACV zwischen den vom VSK erlassenen Direktiven, welche die Verständigung mit dem Bund und der Landwirtschaft erstrebten, und der nur auf Abwehr der Teuerung eingestellten Konsumentenschaft hindurch steuern. Der von Nationalrat Jäggi, einem überlegenen und weitsichtigen Genossenschaftspolitiker, geleitete Dachverband verzichtete auf die prinzipielle Bekämpfung der Lebensmittelzölle, um die finanziellen Schwierigkeiten der Eidgenossenschaft nicht zu vermehren, und schloss sich der Käseunion an, um die planlose Verschleuderung der Vorräte im Ausland zu verhindern; den durch verbilligten Absatz verderblicher Waren bedingten Einnahmenverlust musste er durch höhere Preise auf anderen Artikeln und durch Verzicht auf einen Abschlag des Brotpreises ausgleichen. Die Verwaltungskommission des ACV hatte sich deswegen mehrerer Angriffe von bürgerlicher wie von sozialistischer Seite zu erwehren. Im November verteidigte der Zentralverwalter Angst an einer vom Arbeiterbund einberufenen öffentlichen Versammlung den angefochtenen Aufschlag der Milch auf 27 Rappen, weil die Stockung der Frischmilchauffuhr zur Versorgung der städtischen und auch der 3000 jenseits der Grenze wohnenden Mitglieder mit teurer Käsereimilch gezwungen habe, und hielt damit mühsam den Frieden in der Genossenschaft aufrecht.

Die für das wirtschaftliche Durchhalten des ganzen Schweizervolks unabdingbare Solidarität war auf zwei Fronten bedroht: der Zank zwischen Stadt und Land schuf auf beiden Seiten gefährliche Verbitterung, und die in manchen Kantonen laxe Durchführung der bei uns streng gehandhabten eidgenössischen Vorschriften (namentlich über das Vollmehl) nährte in Basel

das Gefühl, anderswo würden diese Vorräte leichtfertig vergeudet. Zudem beschuldigte der «Vorwärts» die Bauern, der Kraftfuttermangel sei nur eine Ausrede für die Milchknappheit; deren wahrer Grund sei die für den profitablen Export übersetzte Käseproduktion. Da sich die Regierung diesem Argument nicht ganz verschloss, beantragte sie auf Wunsch des ACV dem Bundesrat, die Lebensmittelausfuhr energisch zu drosseln. Obschon die Zufuhr wichtiger Rohstoffe dadurch gefährdet werden konnte, entschloss sich die Landesbehörde im Spätherbst, die Herstellung und Ausfuhr von Kondensmilch einzuschränken, wovon aber die Versorgung des notleidenden Mülhausen mit einem gewissen Quantum von Frischmilch durch Basel nicht berührt wurde.

Nicht bloss den grundsätzlichen Alkoholgegnern erschien die Verwendung von Reis, Malz und Gerste für die Bierproduktion nicht mehr zu verantworten. Die Brauereien erklärten sich zwar bereit, ihre im Ausland angekauften Rohstoffe im äussersten Notfall für die Landesernährung zur Verfügung zu stellen; sie wiesen aber darauf hin, dass eine vorzeitige Beschlagnahme Tausende von Arbeitskräften brotlos machen und auch das Gastgewerbe schwer schädigen würde. Die für den Bund vorgeschlagene Biersteuer, welche die Nachfrage stark reduziert hätte, wurde sowohl von der Handelskammer, die für die von den Banken in den Brauereien investierten Kapitalien fürchtete, als auch vom «Vorwärts» abgelehnt, der nur zu genau wusste, wieviele Arbeiter eine Verteuerung des Gerstensaftes mindestens so übel wie die der Nahrungsmittel aufgenommen hätten.

Da die Petrolzufuhr fast gänzlich stockte, ermächtigte die Regierung das Elektrizitätswerk, in Etagenwohnungen bis zu 5 Zimmern und 8 Brennstellen die Beleuchtung auf Abzahlung zu installieren, obgleich ihr bewusst war, dass bei einer Verminderung der Gasproduktion der für die Industrie unentbehrliche Koks teuer im Ausland erworben werden musste. Zahlreiche Hausbesitzer machten von der Vergünstigung Gebrauch, so dass nach wenigen Jahren sowohl die Petrolampel wie der Gasstrumpf der Vergangenheit angehörten.

Als Deutschland 42 schweizerische Firmen wegen Belieferung der Entente mit dem Kohlenboykott bedrohte, war bei uns die Anilin herstellende chemische Industrie betroffen. Die Schappefabrikation litt darunter, dass Frankreich die in seinen Häfen lagernden Textilrohstoffe zurückhielt. Die elektrische Industrie musste ihre Tätigkeit infolge des Schwindens der Kupfervorräte einschränken. Als im Sommer die Treuhandstelle in Zürich und im Herbst die «Société Suisse de Surveillance» gegründet wurden, um die Verwertung der von den Kriegführenden gelieferten Materialien zu kontrollieren und die Ausfuhr der hergestellten Produkte zum Feind zu ver-

hindern, nahm auch die Basler Industrie trotz der damit verbundenen Zeitverluste und Spesen dies willig hin, um wenigstens die drohende Schliessung der Betriebe vermeiden zu können. Einen positiven Weg in die Zukunft wies der Öffentlichkeit erstmals eine unter der Leitung von Regierungsrat Mangold in Bern zusammengetretene Versammlung zur Wahrung der schweizerischen Handels- und Industrieinteressen: sie bildete zwei Kommissionen zum Studium einer nationalen Messe und von Ursprungszeugnissen.

Durch Inserate und Agenten der ausländischen Metallindustrie angelockt, wanderten zahlreiche Arbeiter nach Deutschland und England aus, so dass sich ein Mangel an qualifizierten Drehern und Schlossern bemerkbar machte. Viele kehrten aber zurück, da ihr Mehrverdienst durch teure Lebenshaltung absorbiert wurde, und suchten wieder bei den früheren Arbeitgebern unterzukommen. Das Schweizerische Auswanderungsamt mahnte die Bewerber um Auslandsstellen, ihre Kontrakte vor der Abreise durch das zuständige Konsulat bestätigen zu lassen, um sich gegen unliebsame Überraschungen zu schützen.

Dass die unaufhaltsam ansteigende Teuerung – im Lauf des Jahres überschritt sie 20% gegenüber den Vorkriegspreisen – die Bevölkerung immer stärker beunruhigte, war nicht erstaunlich. Auch wenn es sich jeweils nur um wenige Rappen auf diesem oder jenem Artikel handelte (meist betraf es zuerst die billigen Sorten), so gewann bis tief in den Mittelstand hinein das Gefühl der Unsicherheit die Oberhand, zumal die Bemühungen der bürgerlichen Presse, unsere wirtschaftliche Verflechtung begreiflich zu machen, scheitern mussten, weil der Mann aus dem Volk die Zusammenhänge nicht erkennen konnte. Für die nächste Zukunft war die Versteifung der öffentlichen Meinung, die ihren Groll an einem Sündenbock – den Bauern, den Händlern, der einen oder andern Kriegspartei – auslassen wollte, verhängnisvoller als die Teuerung selbst. Dies zeigte sich deutlich an der Ende Mai auf dem Marktplatz abgehaltenen sozialistischen Demonstrationsversammlung, wo die Referenten Frei und Grimm die Preispolitik des «ungekrönten Schweizerkönigs» Laur als Anschlag auf die Volksgesundheit brandmarkten, der notfalls von den Darbenden nach der Devise «Not kennt kein Gebot» mit Gewalt abgewehrt werden dürfe; deshalb forderte die Resolution von den Behörden Höchstpreise und Einfuhrmonopole auf alle Lebensmittel und drakonische Bestrafung des Wuchers. Die Drohung der landwirtschaftlichen Verbände, die von ihnen verlangten Preise durch einen Lieferstreik zu erzwingen, musste auch bei ruhigen Bürgern Öl ins Feuer giessen. Selbst die Handelskammer wandte sich dagegen, dass der Import von Gefrierfleisch durch Sonderinteressen gehemmt werde.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen erhöhte sich bis zum Jahresende auf 1245 (= 3,5% aller Mietobjekte). Die Bedrängnis vieler Hausbesitzer und Mieter bewog den Grossen Rat, sich am 4. März durch ausgleichende Massnahmen beider Teile anzunehmen. Da die Vertreter der Hausbesitzer rügten, sie müssten den von der Hilfskommission unterstützten Mietern ein Drittel der Zinse erlassen, wurde dieser Betrag auf ein Viertel reduziert; dagegen musste das Postulat, die Hypothekarzinsse gesetzlich zu limitieren, als undurchführbar abgelehnt werden. Als der Hausbesitzerverein eine mässige Erhöhung der Mietzinse ausser für die durch den Krieg in Not geratenen Mieter beschloss, trat der Mieterverein, der sich vergeblich für Zinsstundungen eingesetzt hatte, dem schweizerischen Zentralverband bei, weil er sich davon einen wirksameren Druck auf die Behörden versprach. Dass aber nur 500 von 4000 Mietern in Basel Mitglieder waren, zeigt die Schwäche der «gewerkschaftlichen» Idee im Mittelstand, obschon der Verein die Vorauszahlung der Mieten, die Forderung von Instandstellungskosten und die Führung «schwarzer Listen» von angeblich schlechten Mietern bekämpfte und eine Beratungsstelle schuf.

Das unter der Absatzkrise immer schwerer leidende Gewerbe beklagte sich über Schmutzkonkurrenz von Aussenseitern, aber auch über Preisdrückerei des Staates bei der Vergebung von Bestellungen. Deshalb wünschte der Gewerbeverband ein Gesetz über das Submissionswesen, das die Ausschreibung, die Zuteilung und die Arbeitsbedingungen auch im Interesse der Werk tätigen regeln sollte, und verwahrte sich energisch gegen die von den Konsumvereinen ausgesprochene Verdächtigung, seine Mitglieder liessen sich von «Profitsucht» leiten; die Allgemeinheit müsse ihr Interesse an soliden und preiswerten Leistungen erkennen und auf den Bezug von Massenware verzichten. Besonders das Bau- und das Malergewerbe ermangelten genügender Aufträge, so dass die Vollbeschäftigung der Arbeiter und die Erhaltung der Löhne immer fraglicher würden. Ferner stellte die Handelskammer einen bedrohlichen Preissturz der Rohseide und der Seidenbänder fest, da sowohl die Zufuhr wie der Absatz stockten. Der Wirteverein verlangte dringend die Revision des Wirtschaftsgesetzes, von der er die Reduktion der Patenttaxen erhoffte. Eine gewisse Verbesserung versprach man sich von einer im September eröffneten Handels- und Industriebörse zur Vermittlung von Bestellungen. Das Gewerbemuseum bereitete für 1916 eine Schau vor, die durch eine Reihe von Ausstellungen (Graphik, Möbel, Metalle, Textilien) die Leistungsfähigkeit der ansässigen Firmen demonstrieren sollte.

Auch die herrschenden Zustände im gewerblichen Lehrlingswesen wurden allgemein als unbefriedigend empfunden. Zwar wurden die im Vorjahr

eingearichteten Vorkurse so gut besucht, dass sie in drei Abteilungen (Bauzeichner-Geometer, Maschinenzeichner-Elektriker-Mechaniker, Maler-Graphiker-Buchbinder) gegliedert werden konnten. Doch da viele Schulentlassene Ausläuferstellen annahmen, weil sie von ihren Eltern zum sofortigen Mitverdienen angehalten wurden, begann in manchen Handwerken (Bäcker, Metzger, Coiffeure, Gärtner, Messerschmiede) der Nachwuchs zu fehlen. Ferner liessen es viele durch ihre Geschäftssorgen bedrängte Lehrherren an einer gründlichen Ausbildung ihrer Schutzbefohlenen fehlen; die starken Kürzungen der Arbeitszeit förderten bei der Jugend die Ablenkung durch Sport und Vereinsbetrieb und schwächten ihr Pflichtbewusstsein. Das Gewerbesekretariat hoffte, durch ein revidiertes Lehrlingsgesetz Abhilfe schaffen zu können, und war bereit, einen Fähigkeitsausweis für die Meister einzuführen, wenn dafür die Lehrverträge kündbar erklärt würden. Die Druckereibesitzer kamen als erste dem Wunsch der Gewerbeschule nach, ihren Lehrlingen den Besuch von Tageskursen zu gestatten. Die staatliche Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung bemühte sich, den Jünglingen die richtige Wahl ihrer Betätigung nach ihrer Eignung zu erleichtern und namentlich vor dem Zudrang zu einer kaufmännischen Lehre zu warnen. Der Grosse Rat beschloss die Einrichtung einer obligatorischen Lehrwerkstätte an der Gewerbeschule für die angehenden Schlosser, weil im Hinblick auf die spätere Tätigkeit als Lokomotivführer, Chauffeure, Monteure und Werkmeister viele diesen Beruf wählten und nicht alle Schlossermeister eine genügende Ausbildung zu gewähren schienen. Gegen diese Neuerung wehrte sich das Gewerbe, weil das handwerkliche Können im Umsetzen eines geistigen Erfassens in eine zweckdienliche Leistung bestehe und die charakterliche Ertüchtigung nur in einem einheitlichen praktischen Lehrgang erreichbar sei; auch fürchteten einzelne Branchen, es würden ihnen staatliche Aufträge entzogen, um der Lehrwerkstätte Arbeit zu verschaffen. Die Lehrstellenvermittlung schlug vor, dass die Kleinmeister aus öffentlichen Mitteln subventioniert werden sollten, damit sie sich ganz der Lehrlingsausbildung widmen könnten. Doch erwies dann die zunehmende Spezialisierung und Mechanisierung der Handarbeit, dass das Ideal des zünftigen Meisters und seiner Gesellen der Vergangenheit angehörte.

Behörden wie Geschäftswelt mussten sich allmählich mit einer Anpassung der Löhne an die Teuerung befassen. Die gespannte Finanzlage verbot zwar noch die Ausrichtung von Zulagen; doch wurden fast überall die bisherigen Kürzungen aufgehoben und die Wehrmannsfamilien noch kräftiger unterstützt. Die Sozialdemokraten traten schon jetzt mit der Forderung nach höheren Besoldungen hervor. Die im Vorjahr für das Aktivdienst leistende Staatspersonal getroffene Regelung wurde auf Antrag der Regierung vom

Grossen Rat am 14. Oktober insofern verbessert, als auch die Ledigen 50% ihres Gehalts erhielten und die zum Instruktionsdienst Aufgebotenen in die Lohnordnung einbezogen wurden. Doch wurde ein Anzug, die Abzüge als unwürdigen Beutezug auf das durch die Teuerung verknappte Einkommen überhaupt abzuschaffen, am 11. November bei namentlicher Abstimmung und nur durch den Stichentscheid des Präsidenten verworfen; die Gegner betonten, es sei unklug, das von einer eigentlichen Notlage verschonte Staatspersonal vor den privaten Arbeitnehmern zu privilegieren.

Der ACV, dessen Jahresumsatz trotz einem kleinen Mitgliederzuwachs zurückging, baute alle Löhne um 2% ab, um die beliebte Rückvergütung von 8% auszahlen zu können; doch verlängerte er die Unterstützung seiner Wehrmannsfamilien durch weitere Kredite von insgesamt 40000 Franken. Die «National-Zeitung» verwandte sich für die kaufmännischen Angestellten, weil manche Firmen trotz wieder normalem Geschäftsgang die Arbeitszeitverlängerungen noch beibehielten; ausserdem ermahnte sie die Prinzipale, sich an die gesetzliche Vorschrift der monatlichen Gehaltsauszahlungen zu halten. Doch als ein Einsender drohte, ausbeuterische Firmen öffentlich anzuprangern, wurde ihm erwidert, dies könnte die betreffenden Geschäfte zu Massenkündigungen und zur Einstellung von weiblichem Personal provozieren; besser sei es, individuell vorstellig zu werden.

Die Gewerkschaften setzten den Hebel bei einzelnen Branchen an. In den chemischen Fabriken erreichten sie monatliche Zulagen und wöchentliche Kinderzuschüsse. Jedoch lehnten die Färbereigrossbetriebe generelle Verbesserungen ab und stellten Zulagen erst für den Winter in Aussicht. In zwei Warenhäusern gelang es, dem Personal einen Tarifvertrag mit erhöhtem Lohn, reduzierter Arbeitszeit, bezahlten Ferien und Lohnauszahlung bei kürzerer Krankheit zu erkämpfen.

Da mehrere Meisterverbände (Zimmerleute, Buchbinder, Küfer, Schreiner, Elektriker) infolge des schlechten Geschäftsganges die Tarifverträge kündigten, riefen die Gewerkschaften das Einigungsamt an. Obschon dieses im Interesse des Arbeitsfriedens die Verlängerung bestehender und den Abschluss neuer Kontrakte befürwortete, gelang die Schlichtung nur in wenigen Fällen; denn der Widerstand der Prinzipale rieb sich oft auch am Staat, dessen Arbeitsnachweisbüro ihnen die freie Auswahl unter den Stellensuchenden schmälerte. Auf der andern Seite setzten die Werk tätigen, die ihre Mittel nicht in unbesonnenen Streiken verzetteln durften, ihr Vertrauen in die Zukunft, indem sich schwächere Verbände zu grösseren Organisationen zusammenschlossen: so vereinigten sich im Sommer die Bau- und Holzarbeiter mit den Malern und Gipsern, und im Herbst trat das Personal des ACV, des VSK, der Bell AG und der Warenhäuser dem Verein der Büro- und Handels-

angestellten bei. Als Symptom der verschärften Spannung konnte es auch gelten, dass die Gewerblichen Schiedsgerichte sich immer häufiger mit Klagen über zurückgehaltene Löhne, entzogene Freizeit und Ferien, kündigungslose Entlassungen, Überstunden und Bruch von Lehrverträgen zu befassen hatten.

Der «Vorwärts» ermahnte die Gewerkschaften, ihren Prinzipien treu zu bleiben; mehrheitlich gefasste Beschlüsse sollten für alle Mitglieder verbindlich sein, und der Austritt überstimmter Minoritäten müsse als Desertion verurteilt werden. Bei der Werbung um neue Mitglieder möge vor allem an das Solidaritätsgefühl und an den Kampfwillen gegen die kompakte Macht des Unternehmertums appelliert werden; dagegen sei dem Egoismus und dem Neid, durch die manche Werktätige sich verleiten liessen, die Vorteile der Organisation für sich selbst auszunützen und sogar Genossen bei den Arbeitgebern zu denunzieren, scharf entgegenzutreten. Nur schlagkräftige Gewerkschaften seien imstande, auch nach dem Krieg der gesammelten Kraft des Kapitalismus die Stirn zu bieten.

Mochten auch die Dachorganisationen von Arbeitgebern und -nehmern aus Einsicht in die Notwendigkeit der Verständigung gemeinsam an den Bundesrat gelangen, um dessen Schutz gegen Preis- und Lohndrückerei und den Beistand zur Schaffung von Arbeit zu erreichen, so war doch die Zeit des Burgfriedens im Zeichen des Schulterschlusses aller Klassen für die Führer der Sozialdemokratie nur noch eine ferne Erinnerung. «Profitsucht und Spekulationswut der Patrioten» dienten ihnen als Rechtfertigung, ebenso rücksichtslos nur noch die Interessen der «Unterdrückten» zu verfechten und alle «gelben» Organisationen als Verräter zu verketzern. Wenngleich die Partei am 1. Juni einen Rückgang der Mitgliederzahl von 2265 auf 2138, der prozentual demjenigen in der ganzen Schweiz entsprach, sowie das Eingehen eines Quartiervereins melden musste, so verkündete der Arbeiterbund am Jahresende mit Stolz, dass 5000 Werktätige in 26 Gewerkschaften vereinigt seien und dass der Abgang im Baugewerbe durch Zuwachs in der Lebensmittel- und in der Handels- und Transportbranche ausgeglichen wurde, und der «Vorwärts» verzeichnete es mit Genugtuung, dass die Pressunion (Aufsichtskommission) seine Tätigkeit ausdrücklich gebilligt habe, ohne welche bei den Behörden für die Darbenden nichts erreicht worden wäre.

Einen grossen Teil der Erfolge schrieb der «Vorwärts» auch der verstärkten Agitation in den Volks- und Demonstrationsversammlungen zu. Namentlich die Maifeier, an der der spätere Redaktor und Regierungsrat Schneider als Redner erstmals vor eine grössere Öffentlichkeit trat, fand ein stärkeres Echo als im Vorjahr. Aber auch die sozialistischen Jugendorganisa-

tionen, die sich als Vortrupp einer künftigen Offensive gegen den Kapitalismus betrachteten, dehnten mit deutlicher Spitze gegen Vorunterricht und Pfadfinder ihr Einzugsgebiet aus; in ihren Kreisen sog die junge Generation die marxistischen Dogmen gleichsam mit der Muttermilch ein und bezweifelte die Pflichten gegen das Vaterland. Wie folgenswer dieser Gärungsprozess war, sollten die kommenden Jahre offenbaren.

3. Ausdehnung der Fürsorge und der Wohltätigkeit

Wie im Vorjahr stand auch jetzt die Tätigkeit der staatlichen Hilfskommission im Mittelpunkt der öffentlichen Fürsorge. Sie hatte seit Kriegsausbruch bis Ende 1915 an 4393 Petenten mit 5365 erwachsenen und 7498 jugendlichen Angehörigen (total 12,7% der Einwohnerschaft) an Unterstützungen 605 245 Franken ausbezahlt und nur 664 Gesuchsteller abgewiesen. Ferner hatte sie 151 Parzellen Pflanzland zu 2 Aren beschafft und weitere 82 Parzellen von der Regierung zur Verfügung erhalten. Solche gewaltigen Leistungen waren nur möglich, weil die freiwilligen Vergabungen und Spenden die stattliche Höhe von 333 966 Franken erreicht hatten, so dass der Kredit des Staates (der Grosse Rat bewilligte im Oktober nochmals 165 000 Franken) nicht vollständig beansprucht werden musste. Einen eigentlichen Notstand verzeichnete die Kommission nur noch bei Zimmervermietern, Dienstmädchen, Wäscherinnen und Putzerinnen; im gesamten waren jedoch infolge der anhaltenden Abwanderung der Ausländer mehr Arbeitsplätze frei geworden. Durch eine Erhöhung der Mietzinsbeiträge musste eine Katastrophe bei den Vermietern wie bei den Mietern verhütet werden. Die Hausbesitzer, denen 75% des Zinsmankos vergütet wurde, zeigten freilich nicht durchwegs genügendes Verständnis für bedrängte Mieter und mussten, wenn sie allzu-rasch gerichtlich vorgingen, von der Kommission gewarnt werden. Nach wie vor wurde die Hilfe auf Bedürftige, die schon vor dem Krieg unter uns gewelt hatten, beschränkt; jedoch wurden diese ohne Rücksicht auf ihre Staatszugehörigkeit als unsere Nächsten betrachtet. Als die von allen Seiten in Anspruch genommene Opferfreudigkeit der Spender etwas nachliess, erneuerte die Kommission ihre Aufrufe immer wieder mit Erfolg.

Obschon der Beschäftigungsgrad der Industrie befriedigend war, musste die Allgemeine Armenpflege 2038 Bedrängten mit 545 443 Franken beistehen. Der Bericht sah die Ursache des hohen Betrages allein in der unaufhaltsamen Teuerung. Da die Mehrzahl der Unterstützten aus Bürgern anderer Kantone und aus Ausländern bestand (nur 6 waren Basler), und der weitere Zuzug

Auswärtiger unerwünscht war, lehnte die Verwaltungskommission den Wunsch der Konkordatskantone ab, durch Entgegenkommen in der Anrechnung der Niederlassungsdauer weitere Zuwanderung zu begünstigen.

Der Kantonalverband der baselstädtischen Krankenkassen buchte infolge der Abwanderung einen Verlust von 1729 Mitgliedern und eine Abnahme der Unterstützungsfälle um fast 600, weil die Pflege der im Dienst erkrankten Wehrmänner Sache der Militärversicherung war. Die Einnahmen und Ausgaben im Betrag von annähernd je 200 000 Franken hielten sich im Gleichgewicht. Im Juni wurde die zahnärztliche Poliklinik eröffnet, in welcher Krankenkassenmitglieder zum Selbstkostenpreis behandelt wurden.

Der Beitrag des Bundes an Basel auf Grund des Konkordats für wohnörtliche Notunterstützung belief sich auf 18 436 Franken.

Von unentwegter Opferwilligkeit zeugte auch jetzt der Erfolg der vielen Sammlungen. Die Schulsynode brachte 35 000 Franken, das Personal des Kantons und der Bürgergemeinde 10 000 Franken zusammen. Eine Kollekte für notleidende Wehrmänner der Basler Einheiten ergab 15 829 Franken, die an 285 Mann ausgerichtet wurden. Bei der Entlassung des Auszugsregiments im Juni bemühte sich ein Ausschuss von Offizieren unter Leitung des Militärdirektors um die Plazierung besonders der arbeitslosen Kaufleute und Techniker; für etwa 80 konnte Arbeit vermittelt werden, während 60 andere sich zu freiwilligem Dienst entschlossen. Die Vereinigung «Zwischen Licht» veranstaltete eine Osterbescherung an 7000 Soldaten und wiederholte im Herbst ihre vorjährige Obstspende. Dass zur Weihnachtszeit die im Weichbild der Stadt liegenden Truppen, aber auch unsere in den Etappenspitälern und Heilstätten der Genesung harrenden Soldaten mit Gaben bedacht wurden, galt der Regierung wie der Bevölkerung als Selbstverständlichkeit.

Das willige Gehör, das die vielen Appelle der privaten Organisationen stets wieder fanden, bestätigte den alten Ruf unserer Stadt. Auch erschöpfte sich die Solidarität mit den Bedrängten nicht in materiellen Spenden, sondern dehnte sich auf die Fürsorge für das moralische Wohl aus; vor allem verdienen die Frauenvereine und die Kommission zur Versorgung verwahrloster Kinder Erwähnung.

Leider blieb in einem Fall die Wohltätigkeit von hässlichen politischen Nebengeräuschen nicht verschont. Die Nationale Frauenspende, die als freiwillige Kriegssteuer einen Beitrag an die Mobilisationsschuld leisten sollte, wurde vom «Vorwärts» boykottiert, weil sie den Militarismus stärke und nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeute; keine Arbeiterbatzen dürften die Steuerpflicht der Besitzenden entlasten, die so unverfroren seien, auch an die Türen der Armen zu klopfen. Trotzdem konnten die Basler

Frauen fast 45 000 Franken nach Bern abliefern, wo insgesamt 1,1 Millionen aus der ganzen Schweiz zusammenströmten.

Auch die Liebestätigkeit für die Kriegsoffer im Ausland erweiterte sich beständig. Für die evakuierten Elsässer, die Polen, die Armenier und für die Bosnier in Montenegro wurden Geld, Kleider, Wäsche, Seife und anderes gesammelt. Die hiesigen Kolonien der Österreicher und Italiener konstituierten eigene Hilfsvereine; der schon bestehende deutsche organisierte eine Bilderverlosung zugunsten der Familien seiner Landsturmeute. Für die zivilen Kriegsgefangenen wurden «Patinnen» gesucht. Ein Basler Comité, das für Spenden an die zwischen Deutschland und Frankreich ausgetauschten kampfunfähigen Internierten sammelte, konnte nach der Beendigung der Aktion überzählige Beiträge den Gebern zurückerstatten und die noch vorhandenen Kleider andern Organisationen schenken.

Des grössten materiellen Erfolgs erfreute sich mit 681 000 Franken eine schweizerische Kollekte für notleidende Landsleute im Ausland; der namhafte Anteil Basels (82 000 Franken) war wohl dem Umstand zu verdanken, dass die Anregung von hier ausgegangen war. Auch das Comité für Geiselhilfe setzte seine Arbeit unverdrossen fort; doch erreichte es in zähen Verhandlungen mit Frankreich nur, dass deutsche Kinder, die vom Krieg in Ferienorten überrascht worden waren, über Basel heimkehren durften; leider gelangten Frauen und Kranke nicht in den Genuss dieser Wohltat; denn die Franzosen erklärten sie als Pfänder für die vom Feind besetzten Gebiete, obgleich das Völkerrecht eine solche Massnahme nicht kannte. Ein Aufruf an die Basler Kinder, Spielzeuge als Weihnachtsgabe für ihre Kameraden im Ausland zu schicken, hatte dagegen einen schönen Erfolg.

4. Die Sorge um Basels wirtschaftliche Zukunft

Es war das Bestreben einiger weniger weitsichtiger Männer, über die Tagessorgen hinaus das Gedeihen unserer Stadt ins Auge zu fassen und sich weder durch die Behinderung des Aussenhandels noch durch die Aussicht auf eine noch lange Kriegsdauer in der Vorbereitung konstruktiver Pläne beirren zu lassen; denn nur neue wirtschaftliche Institutionen konnten den schon seit Jahren stationären Geschäftsgang beleben und die Risikoscheu durch frische Impulse überwinden. In der vordersten Reihe dieser Pioniere stand der Ingenieur Rudolf Gelpke, der unermüdlich für den rechtzeitigen Ausbau der Hafenanlagen eintrat, um Basel den Anschluss an die Schifffahrt auf dem Oberrhein zu sichern. Der bescheidene Hafen auf dem linken Ufer sollte durch Lagerhäuser und Industriegeleise verbessert werden; vor allem

aber sollte ein Hafenbecken bei Kleinhüningen die Kapazität unseres Schiffsverkehrs vergrössern. In Vorträgen und Zeitungsartikeln wies Gelpke immer wieder darauf hin, dass unser Lebensnerv durch eine dauernde Abschnürung durchschnitten würde und wir dies mit Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Verlust an Steuerkapital bitter büssen müssten. Der bisherige Umsatz von noch nicht 1000 Tonnen, der der schweizerischen Volkswirtschaft knapp 300000 Franken eintrage, könne und müsse gesteigert werden. Der Grosse Rat tat mit der Bewilligung eines Kredits von 15 000 Franken für Planstudien zum Kleinhüninger Hafen einen mutigen Schritt in eine verheissungsvolle Zukunft.

Eine damit eng verknüpfte Vorlage der Regierung erregte eine sich bis über den Jahreswechsel hinausziehende leidenschaftliche Diskussion in der Öffentlichkeit. Es sollte nämlich auf dem Klybeckareal, das der Staat 1913 für 1,5 Millionen erworben hatte, ein 200 Meter langer Uferstreifen im Umfang von über 2 Hektaren einer deutschen Firma, der «Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb» in Oberhausen am Niederrhein, die nach Friedensschluss einen Kohlenlagerplatz mit Verladeanlage und eine Brikettfabrik zu installieren gedachte, samt dem Vorkaufsrecht für weitere 150 Meter Uferfront verkauft werden. Mit dem niederen Preis von 16 Franken pro Quadratmeter hoffte die Regierung ähnliche Unternehmungen anzulocken, um den Hafenbau beschleunigen und der Stadt neue Verdienstquellen öffnen zu können; auch Bund und SBB begrüsst das Projekt im Interesse der Kohleversorgung. Doch alsbald meldeten sich in der Presse vielerlei Opponenten zum Wort: zunächst nahmen patriotische Kreise Anstoss an der Veräusserung unseres Bodens an Angehörige einer benachbarten Grossmacht, die nach dem Sieg über ihre Feinde auch uns einer wirtschaftlichen Suprematie unterwerfen könnte; ferner wurde vor den finanziellen Konsequenzen gewarnt, da der Vertragsentwurf die Kosten für die Ausbaggerung des Ufers und die Geleiseanschlüsse der Stadt auferlegte und die Realisierung eines Gewinns in weiter Ferne lag. Selbst Vertreter der führenden Handels- und Industriefirmen äusserten sich pessimistisch, weil sie befürchteten, die Zulassung eines ausländischen Trusts (die Gesellschaft war Mitglied des deutschen Kohlesyndikats) werde uns mit fremden Arbeitskräften überschwemmen, die schweizerische Schwerindustrie erdrosseln und die Gestaltung des künftigen Hafens präjudizieren. Die Anwohner des Areals protestierten gegen die voraussichtliche Verpestung der Luft durch die Brikettfabrik. Diesen Widerständen setzte Gelpke seine ganze Kraft entgegen, um das Vorhaben vor der Verwerfung zu retten. Er betonte, Basels ausgezeichnete geographische Lage bleibe so lange wertlos, als sie nicht erwerbspolitisch ausgenützt werde; dies sei aber nur zu erreichen, wenn der

Ausbau der Schifffahrt mit der Gründung neuer industrieller Unternehmungen Hand in Hand gehe; die Pflicht der Schweiz, die gefährdete mitteleuropäische Solidarität vor dem Untergang zu retten, dürfe nicht aus kleinlicher Angst vor Überfremdung vernachlässigt werden; die rein negative Kritik am Projekt verkenne, dass schöpferische Arbeit nie ein Verlustgeschäft sei und dass ein Verzicht eine einmalige Gelegenheit verscherzen würde.

Als im Dezember der Grosse Rat in zwei langen Sitzungen Stellung bezog, prallten die Gegensätze in voller Schärfe aufeinander; da jedoch die Meinungsverschiedenheiten quer durch alle Parteien gingen, hielt sich die Debatte auf einem sachlichen Niveau. In der Erkenntnis der starken Opposition erklärte sich die Regierung zum vornherein bereit, die Vorlage durch eine Kommission des Rates sieben zu lassen; selbst eine Volksabstimmung wollte sie im Vertrauen auf die Aufklärung nicht scheuen. So gerieten die Befürworter einer sofortigen Annahme von Anfang an ins Hintertreffen; aber auch die prinzipiellen Gegner sahen sich bald in die Defensive gedrängt. Die Mehrheit gab zwar zu, der Bannfluch gegen ausländische Firmen in einer auf den internationalen Verkehr angewiesenen Stadt sei hinterwäldlerisch; sie wünschte jedoch, dass einzelne Bestimmungen des Entwurfs, besonders die Rückkaufoptionsklausel, die Steuerpflicht und die Rauch- und Lärmbekämpfung, abgeklärt würden. In namentlicher Abstimmung lehnte der Rat mit 59 zu 54 Stimmen eine Kommissionsberatung zwar ab, beschloss aber, materiell erst auf die Sache einzugehen, wenn der Vertrag im Wortlaut gedruckt vorliege. Die Presse begrüßte dies, da sowohl Annahme wie Verwerfung eine unerquickliche Referendumskampagne mit chauvinistischen und internationalistischen Schlagworten heraufbeschworen hätte. Die «Basler Nachrichten» erklärten, dass bei uns nach alter Erfahrung nichts einer guten Sache so sehr schade wie der Eindruck einer überstürzten Zwängerei.

Als Anfang 1916 der Vertrag publiziert war, versteifte sich der Widerstand mit teilweise neuen Argumenten; besonders die Abgabenfreiheit der Gesellschaft bis 1949 verstärkte den Eindruck, das Geschäft sei wenig vorteilhaft. Noch schwerer fiel gegen die Ratifikation ins Gewicht, dass ein siegreiches Deutschland durch Erwerb der Aktien den Rückkauf des Areals verunmöglichen könnte; es schien deshalb besser, den Frieden und die mit ihm eintretende Steigerung des Bodenwerts abzuwarten. So war denn das Schicksal der Vorlage, für die im Grossen Rat nur noch einige Liberale und Sozialdemokraten eintraten, besiegelt; selbst die Regierung, die sich den Vorwurf gefallen lassen musste, ohne Einholung eines fachmännischen Gutachtens auf die Sache eingegangen zu sein, war nun mit der Verwerfung, die mit 61 gegen bloss 14 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen wurde,

einverstanden, weil sie damit die Basis für neue Verhandlungen zu gewinnen hoffte. Während die Gegner die Rheinschiffahrt vor den Servituten einzelner Erwerbsgesellschaften bewahren wollten, erklärten die sozialistischen Befürworter umsonst, der Verzicht widerspreche dem bürgerlichen Gejammer über die wirtschaftliche Stagnation. Der Verlauf des Krieges und die Niederlage Deutschlands vereitelten jedoch neue Anläufe.

Dieser Zank um ein einzelnes Projekt war jedoch auch ein Symptom des tiefen Unbehagens über die wirtschaftliche Stagnation in Verkehr und Industrie, an der Basel seit der Jahrhundertwende krankte. Ein Artikel in der «National-Zeitung» wies darauf hin, dass wir uns mit dem unabänderlichen Fehlen eines weiten Hinterlands nicht einfach resigniert abfinden dürften, sondern dass mindestens ebenso sehr unsere schwerblütige Tiftelei und Nörgelsucht daran schuld seien, wenn uns Zürich mit seiner kühnen Verkehrspolitik immer mehr überflüge; denn die unselige Zersplitterung der Parteien mit ihrem Kuhhandel und der Proporz schreckten junge Kräfte von der Teilnahme am öffentlichen Leben ab; solange jede noch so bescheidene spontane Geste mit hämischen Glossen quittiert werde, sei speditive Arbeit lahmgelegt; auch die Regierung weiche grosszügigen Plänen aus, um ja nirgends anzustossen, und laviere ängstlich zwischen den verschiedenen Strömungen hin und her. So befreiend eine solche offene Sprache wirken musste, so wenig vermochte sie das Volk von seinen Alltagssorgen abzulenken; einzig die Idee der Mustermesse schlug schon vor Ende des Kriegs dauerhafte Wurzeln im öffentlichen Bewusstsein, wenn auch der erste Versuch noch zwei Jahre auf sich warten liess.

5. Politik und Kultur

Da die Truppenbelegungen und die Abwesenheit vieler Lehrer im Grenzdienst den Schulbetrieb stark beeinträchtigten, beschloss der Erziehungsrat, auf die Abhaltung der öffentlichen Schlussexamen zu verzichten und dafür Schulbesuchstage einzuführen, wo die Eltern dem Ablauf eines normalen Pensums beiwohnen konnten. Diese Notmassnahme wurde dann zur ständigen Einrichtung, da sie sich als pädagogischer Fortschritt bewährte. Obwohl die finanzielle Anspannung des Staates den Ausbau der Ausbildung verbot, wurde doch die Verwirklichung eines Postulates ins Auge gefasst, das einem starken Bedürfnis entsprach: die staatsbürgerliche Erziehung in irgend einer Form erschien in der geistigen Verwirrung der Zeit als eine unbedingte Notwendigkeit. In den «Basler Nachrichten» schlug Professor Bächtold vor, auf ein neues Schulfach zu verzichten, dafür aber den Ge-

schichtsunterricht unbedingt bis auf die Gegenwart weiterzuführen und die Lehrkräfte durch Vorlesungen und Ferienkurse darauf vorzubereiten. Eine andere Äusserung in der «National-Zeitung» befürwortete obligatorische Kurse für alle Schweizerbürger zwischen 17 und 27 Jahren; die jungen Soldaten sollten sie im Rahmen der Rekrutenschule, die Dienstuntauglichen in Abendstunden absolvieren; dieser Unterricht solle durch dienstfreie und landsturmpflichtige Lehrer erteilt werden.

Von Anfang an hatten die christlichen Kirchen ihre Mitverantwortung an der Erhaltung der moralischen Gesundheit des Volkes anerkannt und betont. So hielten alle Bekenntnisse im Februar einen «Betttag für den Frieden» ab, an dem, wie auch am Eidgenössischen Buss- und Betttag im September, der göttlichen Vorsehung für die Verschonung vom Krieg gedankt wurde. Die reformierte Kirche als die grösste Glaubensgemeinschaft stellte den Ertrag der Sonntagsopfer zahlreichen charitativen Werken zur Verfügung. Von materiellen Sorgen blieb auch sie nicht verschont; obschon das Pfarrkapitel schon seit dem 1. Oktober 1914 freiwillig auf 10% der Besoldungen verzichtete und dank einem hohen Steuerertrag die Rechnung mit einem Vorschlag von über 20000 Franken abschloss, ging sie nun einer Defizitperiode entgegen; denn 1916 hörten die aus der Zeit vor der Trennung vom Staat stammenden Beiträge des Kantons auf, und die Erwerbung von Bauplätzen für neue kirchliche Gebäude liess schon einen ersten Fehlbetrag von fast 100000 Franken errechnen.

Dass eine gewisse seelische Entspannung eingetreten war, zeigte die Wiederabhaltung der traditionellen patriotischen Feste. An der mit lebhaftem Flaggenschmuck abgehaltenen Bundesfeier konzertierte eine Regimentsmusik auf dem Marktplatz, und an verschiedenen andern Orten wickelten die grösseren Vereine ihre Festprogramme ab; die Kader der in der Stadt liegenden Truppen folgten einer Einladung in das Sommerkasino. Einen überraschend grossen Erfolg hatte das St. Jakobsfest, da der schöne Festzug zum Schlachtfeld und das fröhliche Treiben der Menge durch eitel Sonnenschein begünstigt war. Pfarrer Benz als Festredner sprach mit seiner Mahnung zur Gerechtigkeit gegen alle Kriegsopfer allen ernst Gesinnten aus dem Herzen.

Dass die Regierung jegliches Fasnachtstreiben verbot, wurde allgemein verstanden. Nicht so leicht fügten sich jedoch die Freunde unserer volkstümlichsten Lustbarkeit in den Verzicht auf das Trommeln. Deshalb bewilligte die Obrigkeit nach einigem Zögern ein Monstrekonzert in geschlossenem Raum, dessen Ertrag den notleidenden Schweizerfamilien im Ausland zugutkommen sollte. Dagegen wies sie eine Eingabe von 52 Cliques und Vereinen als unzeitgemäss ab, die ausserdem einen Marsch durch die Inner-

stadt und einen mit einer öffentlichen Kollekte verbundenen abendlichen Zapfenstreich in historischen Kostümen und ohne Masken veranstalten wollten. Das Konzert im Küchlintheater hatte dann freilich einen grossen Erfolg und ergab einen Reinertrag von über 2000 Franken. Weniger rigoros zeigte sich die Regierung gegenüber der Messe, indem sie wieder die Zulassung von Schaubuden gestattete.

Da die Schauspiele im Stadttheater Anklang gefunden hatten, genehmigte der Grosse Rat einen Staatsbeitrag von 50000 Franken für den Winter 1915/16 und die Stundung der Verzinsung und Tilgung der geschuldeten Darlehen. Es wurde eine Bereicherung des Spielplans durch Spieloper und Operette vorgesehen; deshalb wurden die Preise leicht erhöht. Die gleichzeitige Verbesserung der mageren Gagen liess aber ein Defizit von über 43 000 Franken voraussehen, so dass der Theaterverein um einen hohen Beitrag angegangen werden musste. Die AMG hatte ihre Saison 1914/15 wieder mit einem Fehlbetrag abschliessen müssen, den sie aus dem Reservefonds deckte; sie erhielt einen Staatszuschuss von monatlich 1000–2000 Franken, damit sie ihren Musikern wieder die Vorkriegslöhne zahlen konnte.

Die Regierung richtete an Carl Spitteler, den sie als Baselbieter als einen halben Landsmann ansprechen durfte, einen herzlichen Glückwunsch zu seinem 70. Geburtstag. Der Gefeierte verdankte dies mit einer feinen Huldigung an den humanistischen Geist unserer Vaterstadt. Das Quodlibet ehrte ihn mit einem Gedenkabend, an dem Robert Faesi den Dichter und Patrioten den Zuhörern nahebrachte. Die Freunde Johann Peter Hebels hatten die Genugtuung, das übliche Mähli im badischen Hausen in bescheidenem Rahmen begehen zu dürfen.

In der Presse wurden bei verschiedenen Gelegenheiten erregte Diskussionen ausgetragen, die zeigten, dass Krieg und Teuerung das rege Interesse weiter Kreise an künstlerischen Fragen nicht zu ersticken vermochten; handelte es sich doch um die Streitfrage, ob und in welchem Ausmass sich die Öffentlichkeit mit den modernen Strömungen in der Malerei auseinanderzusetzen habe. Der Kunstverein und der Heimatschutz empfahlen die Ausführung der von Pellegrini entworfenen Fresken an der Kirche von St. Jakob, während die Gemeinde dies als Profanierung ihrer Gefühle und als Bevormundung empfand. An einer Ausstellung junger welscher Maler, denen die Kunsthalle ihre Pforten öffnete, nahmen manche Mitglieder des Kunstvereins schweren Anstoss, weil einzelne Bilder ihrem Geschmack und Schicklichkeitsgefühl widersprachen. Solch heftiger Zusammenprall gegensätzlicher Anschauungen signalisierte wohl weit mehr als bloss ästhetische Divergenzen; wenn auch noch unklar, fühlten die Anhänger der Moderne, dass der Krieg auch der Vater gewaltiger geistiger Umwälzungen sei, die noch im

Schoss der Zukunft ruhten, und dass selbst eine so traditionsgebundene Stadt wie Basel sich auf die Dauer nicht gegen die Regsamkeit der neuen Kunst hinter lieb gewordenen Vorstellungen verschanzen dürfe. Die erläuternden Führungen durch die Ausstellungen, die der aufgeschlossene Konservator Wilhelm Barth veranstaltete, um problematische Werke dem Verständnis näherzubringen, waren erste Spatenstiche auf einem noch lange steinigen Acker.

III. Eidgenössische Aufgaben

1. *Eine Auseinandersetzung mit dem Bundesrat*

Die früher erwähnte, in militärischem Auftrag erfolgte Tätigkeit der Basler Polizei in der Ajoie erzeugte eine ernste Verstimmung zwischen unserer Regierung und dem Vorsteher des Politischen Departements. Die Akten gewähren einen tiefen Einblick in die divergierenden staatsrechtlichen und politischen Auffassungen sowie in Charakter und Temperament zweier geistig und moralisch hochstehender Persönlichkeiten; sie offenbaren aber auch eine gewisse unlösbare tragische Situation der Behörden bei der Erfüllung ihrer Neutralitätspflichten, zu der sich wohl in keinem andern Kanton eine Analogie finden liesse. Man kann namentlich die vertraulichen Schreiben von Bundesrat Hoffmann, deren wie gestochene Schriftzüge die peinliche Gewissenhaftigkeit dieses Magistraten widerspiegeln, nur mit tiefer Bewegung lesen; aber auch die Briefe und Konzepte von Regierungsrat Miescher, seines Partners in dieser aufschlussreichen Korrespondenz, enthüllen das Bild eines aufrechten Patrioten, der mannhaft und mit gutem Gewissen für die angegriffene Ehre seiner Vaterstadt eintrat.

Der Stein geriet ins Rollen durch ein am 3. Januar im «Petit Parisien» erschienenenes Interview Hoffmanns. Nach dem Wortlaut sollte er zwar die Legende von der Teilnahme der deutschen Polizei an der Fremdenüberwachung in Basel energisch bestritten, jedoch als Ergebnis einer unparteiischen Untersuchung zugegeben haben, es habe unserer Polizei anfänglich vielleicht etwas an Takt und Fingerspitzengefühl beim Vorgehen gegen vermeintliche Spione gefehlt; doch würden sich solche aus Übereifer begangene Ungeschicklichkeiten künftig nicht mehr wiederholen. Als die «Basler Nachrichten» diese Vernehmlassung in deutscher Übersetzung publizierten, erkundigte sich Miescher telegraphisch bei Hoffmann über die Authentizität des Textes. Die Antwort lautete, er habe bewusst vereinzelte Missgriffe erwähnt, weil der Ausfrager genau über eine ungenügend motivierte Verhaftung eines vom Französischen Botschafter empfohlenen Pariser Journalisten informiert gewesen

sei; der Ausdruck «excès de zèle» habe die Basler Polizei nicht anschuldigen, sondern im Gegenteil decken sollen; alles andere sei hingegen «auf Rechnung der üblichen Interview-Stilistik» zu setzen. Nun teilte Miescher dem Aussenminister in einem Eilbrief mit, die Regierung werde in irgendeiner Form, durch einen Schritt beim Gesamtbundesrat, durch die Veranlassung einer Interpellation im Grossen Rat oder durch eine Kundgebung in der Presse, Genugtuung dafür heischen, dass die ungerechtfertigte welsche Zeitungshetze durch die Auskunft an ein ausländisches Blatt verstärkt worden sei. Zur Vermeidung des öffentlichen Aufsehens schlug Miescher vor, Hoffmann möge den schiefen Eindruck des Interviews durch eine Anerkennung der wertvollen Dienste der Basler Polizei korrigieren; denn man habe das Gefühl, der Bund habe unsere Behörden bis zu einem gewissen Grad desavouiert. Da die umgehend gewünschte Antwort Hoffmanns nicht mehr vor der Sitzung des Regierungsrates am 9. Januar eintraf, hielt sich dieser für berechtigt, sich ohne weiteren Aufschub direkt an den Gesamtbundesrat zu wenden. In seinem Schreiben verwahrte er sich sowohl gegen die angebliche Untersuchung der Basler Polizeipraxis, wovon der Regierung ebenso wenig wie von einer Verfügung zur Vermeidung künftiger Missgriffe etwas bekannt sei, als auch gegen die Bemängelung der Taktik der Polizeiorgane, die durch den militärischen Auftrag bedingt gewesen sei. Da Basels Ansehen im In- und im Ausland durch die Reportage schwer geschädigt werde, müsse die Regierung zur Beruhigung der Bevölkerung auf eine unverzügliche öffentliche Rehabilitierung dringen und um die namentliche Bezeichnung aller nach Ansicht des Bundesrates anstössigen Fälle ersuchen.

Es scheint fraglich, ob die erst nachträglich eintreffende Antwort Hoffmanns an Miescher diesen Beschluss verhindert hätte; denn das streng vertrauliche Schreiben enthielt die Zusicherung der Bereitschaft, die Unterschiebungen des Interviews zu dementieren und die Verdienste der Basler Fremdenpolizei anzuerkennen, bloss zu Handen der Regierung; der damit verbundene Verzicht auf öffentliche Wiederherstellung ihres Kredits hätte sie wohl schwerlich befriedigt. Vollends hätte sie es höchlichst befremden müssen, wenn sie erfahren hätte, was Hoffmann dem Adressaten über die Unmöglichkeit anvertraute, die Handhabung der Neutralität mit den unausweichlichen Notwendigkeiten der politischen Opportunität zu vereinbaren: es gebe Situationen, wo es geradezu erwünscht sei, dass die Polizei ihre Pflicht *nicht* erfülle. «Ich kann nur andeuten, dass unsere politischen Landesinteressen uns so gebieterisch geboten, die Friktionen mit Frankreich möglichst zu vermeiden, dass demgegenüber das Interesse, den oder jenen Spion zu erwischen, gar nicht in Betracht kommen konnte». Hoffmann suchte diese grundsatzwidrige Stellungnahme, die er sich sicherlich nur in grösster Ge-

wissensnot hatte abringen können, damit zu rechtfertigen, dass seine mündlichen Mahnungen an Regierungsrat Blocher (den stellvertretenden Vorsteher des Polizei-Departements), gegen französische und elsässische Staatsangehörige nur mit äusserster Vorsicht polizeilich vorzugehen, nicht ge-fruchtet hätten, und dass die Regierung einer zweimaligen vertraulichen War-nung Minister Bourcards an Burckhardt-Schazmann offenbar nicht die nötige Beachtung geschenkt habe. Ferner verhehlte Hoffmann seine fast einer An-klage gleichkommende Auffassung über die Aktion der Basler Polizei in der Ajoie nicht mehr: trotz dem militärischen Auftrag hätte es der Takt verlangt, die bernischen Behörden vorgängig zu unterrichten, und die Verhaftung des Kommissars von Delle sei «politisch ein Fehlgriff erster Güte» gewesen; am schlimmsten aber sei die Drohung mit öffentlichen Enthüllungen, welche die Landessicherheit gefährden müssten, und die in einem geradezu lächerlichen Missverhältnis zur geringen Bedeutung der Spionagesache stünden.

Mochte auch unsere Regierung das Dilemma des Leiters der eidgenössi-schen Aussenpolitik zwischen patriotischen und diplomatischen Forderun-gen menschlich würdigen, so konnte es ihr nicht gleichgültig sein, wenn die Makellosigkeit ihrer Absichten und die Korrektheit ihres Vorgehens öffent-lich im Zwielficht blieben. Und doch musste sie nach aussen schweigen; denn es war kaum auszudenken, wie das unbedingte Vertrauen des Volkes in die Integrität just desjenigen Mitgliedes der obersten Landesbehörde, das durch seine Aufrufe zur Einhaltung der Neutralität als der Bannerträger der natio-nalen Idee galt, durch den Verdacht erschüttert würde, dass durch ihn selbst diese Maxime auch nur geritzt werde. Hätte der einfache Bürger im Wehr-kleid, der im harten Grenzdienst stand, diese «doppelte Moral» begreifen und hinnehmen können, ohne dass alles in ihm zusammengebrochen wäre? Für das Andenken Bundesrat Hoffmanns darf es wohl ein Glück genannt werden, dass er durch seinen dramatischen Abgang von der politischen Bühne im Jahr 1917, wo ihm sein glühender Wille, zu einem raschen Friedens-schluss beizutragen, zum Fallstrick wurde, alles gesühnt hat, was sein Bild hätte trüben können. Für die Schweiz aber war es schon 1915 ein noch höher anzuschlagender Segen, dass die Diskretion Regierungsrat Mieschers keinen Schatten der Zweideutigkeit auf den Ehrenschild seines Gegenspielers fallen liess, über dessen reine Absichten er nicht im Zweifel sein durfte, so wenig er sachlich und taktisch mit ihm einig gehen konnte.

Dies bezeugen undatierte Notizen aus Mieschers Hand, die den Sachver-halt möglichst nüchtern rekonstruierten, wahrscheinlich um im Fall einer Wiederaufnahme der Diskussion als Arsenal stichhaltiger Argumente zu dienen. In einem ersten Teil wird die rechtliche Lage resümiert: unsere Polizei-behörden waren zu selbständigem Vorgehen im Rahmen der Heeres-

polizei gesetzlich befugt, trotzdem dies durch die engen kantonalen Grenzen erschwert war. Dann wird die Praxis der Basler Polizei seit Kriegsausbruch dargestellt: die prompte Erledigung aller Denunziationen widerlegt den Vorwurf der Ungeschicklichkeit; wenn von den stichhaltigen Fällen die meisten das französische Konto belasten, so ist dies nicht in Parteilichkeit, sondern in der geographischen Lage Basels als Vorposten an der deutschen Grenze beidseits des Rheins begründet; die Behauptung der Voreingenommenheit gegen Frankreich kann höchstens für einen Teil der Bevölkerung gelten. Die welsche Presse hat die nachgesuchte Aufnahme von Berichtigungen ihrer Anschuldigung der Polizei verweigert; die Legende von deutscher Einmischung scheint gerade durch die gewissenlose Zeitungshetze erzeugt worden zu sein, gegen die der Bund, ungeachtet seiner Zensurvollmachten, nicht den kleinsten Schritt unternommen hat. Die Motivierung der Vorwürfe mit diplomatischen Erwägungen muss solange zurückgewiesen werden, als das Politische Departement nicht die Armee rechtzeitig über seine Intentionen informiert; sonst darf es die ausführenden Organe nicht tadeln, wenn der Pelz, der gewaschen werden soll, auch nass wird. Am meisten aber ist die Regierung entrüstet, dass die Kritik ihrer angeblichen Fehler statt in direkter Aussprache durch den Kanal einer ausländischen Zeitung laut geworden ist. Wenn sie sich dennoch der Ansicht des Bundes fügen will, so darf sie dessen Schutz vor böswilligen Anfeindungen verlangen, zumal auch die andern Kantone von ihrer Integrität fest überzeugt sind. Da eine Anfrage unseres Polizei-Inspektors an seinen Kollegen in Genf ergab, dass dort 212 Spionageanzeigen untersucht werden mussten (in Bern 75 und in Zürich etwa 30), konnte Miescher die 236 auf Basel fallenden Untersuchungen mit dem Hinweis auf die fast gleich hohe Zahl in der Lémanstadt, der keine Fehler vorgeworfen wurden, rechtfertigen. Die Verhaftung des Kommissars von Delle war richtig, seine auf politischen Druck hin erfolgte Freilassung jedoch vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus ein schwerer Fehler. Unsere Polizei hatte die von der Militärjustiz und der Bundesanwaltschaft im Interesse eines raschen Zugreifens gewünschte Mitarbeit nicht zu überprüfen, sondern entweder zu vollziehen oder aber aus kleinlicher Rücksicht auf die kantonalen Grenzsteine abzulehnen, wie sie es von nun an als gebranntes Kind tun wird; doch ist sie fest davon überzeugt, dass ohne ihre Hilfe das ganze Netz nie aufgedeckt worden wäre. Die Intervention der Französischen Botschaft dürfte dem Politischen Departement mehr Verlegenheiten als der Basler Polizei bereitet haben.

Verlauf und Abschluss der ganzen Affäre zeigen also, dass nur durch die von beiden Seiten geübte Selbstbeherrschung die Flucht in die Öffentlichkeit vermieden wurde.

2. Neutralität und Friedensfrage

Als im welschen Freiburg deutsche Professoren der dortigen Universität von Demonstranten insultiert wurden, weil sie angeblich veranlasst haben sollten, dass die mit französischen Evakuierten beladenen Züge auf ihrer Durchfahrt nicht mehr anhielten (was jedoch nur eine fahrplantechnische Massnahme war), forderte der Bundesrat die Kantone durch ein Kreisschreiben auf, durch strengeres Einschreiten gegen ausländische Hetzer die Territorialkommandos besser zu unterstützen. Das deshalb von der Regierung zum Bericht über seine Fremdenüberwachung beauftragte Polizei-Departement wies darauf hin, dass es auch ohne die meist verspäteten eidgenössischen Konfiskationsverfügungen schon längst anstössige Schriften beschlagnahme und darum weitere Schritte überflüssig seien. Erst als später die militärischen Instanzen Ausstellung, Verbreitung und Verkauf von Publikationen, die in Wort oder Bild fremde Staaten oder deren Oberhäupter beleidigten, als strafbar erklärten, machte das Polizei-Departement dies durch das Kantonsblatt bekannt. Die Beschwerden von Buchhändlern über die Schädigung ihres Absatzes wurden von der Polizei abgewiesen, weil sie für die ungleiche Handhabe der Zensur durch die verschiedenen Behörden nicht verantwortlich sei. Mehrfache Gesuche um die Bewilligung von Vorträgen über Kriegsgreuel durch schweizerische und fremde «Augenzeugen» wurden von der Regierung meist abgeschlagen, da sie sich auf den Wunsch des Bundesrats stützen konnte, alles für die Wahrung der Neutralität Abträgliche zu vermeiden.

Auch die Presse wies alle Versuche, unsere neutrale Haltung zu erschüttern, energisch zurück. Weder Drohungen ausländischer Organisationen aus beiden Lagern, uns nach dem Krieg durch den Boykott unserer Fremdenindustrie zu strafen, noch die Insinuation, zwischen Alt- und Neuschweizern zu unterscheiden, vermochten sie einzuschüchtern. Ein Artikel der «National-Zeitung» sprach es offen aus, dass die Pressfreiheit nicht dazu verpflichtet, die innersten Gedanken auszudrücken, und dass die Zeitungen mit dem guten Beispiel der Selbstbeherrschung vorangehen müssten; denn da noch nicht sachlich über Recht und Unrecht der Kriegsparteien entschieden werden könne, dürfe man auch nicht im Namen der Menschlichkeit für eine der beiden optieren. Auch die «Basler Nachrichten» luden die welsche Presse im Namen des «Bon sens» ein, auf ihren falsch verstandenen Partikularismus zu verzichten und Selbstzucht zu üben. Sie begrüßten lebhaft den Bundesratsbeschluss, die Beschimpfung fremder Staaten zum Offizialdelikt zu erklären, und wünschten, dass eine zentrale Amtsstelle den Redaktionen die Verantwortung für die Publikation unkontrollierbarer Agenturmeldun-

gen abnehme; auch mahnten sie die Schweizer im Ausland, ihre Beobachtungen vorsichtig abzufassen, um nicht ihren Landsleuten im andern Lager zu schaden.

Seit dem Eintritt Italiens in den Krieg auf Seite der Ententemächte schloss sich nicht nur der Feuerkreis um unsere Marken und wurde die wirtschaftliche Abschnürung noch enger, sondern auch ideologisch hatte die Schweiz eine weitere Stellung zu verteidigen. Während sich das anfängliche Misstrauen der italienischen Öffentlichkeit gegen die Aufrichtigkeit unserer Neutralität (unser Generalstab sollte angeblich Österreich freien Durchzug zugestanden haben) beschwichtigen liess, weckten umgekehrt italienische Truppenverstärkungen an unserer Südgrenze in der Schweiz die Befürchtung, dies bezwecke eine Entblössung unserer Wacht am Jura zugunsten eines französischen Durchbruchs gegen Süddeutschland. Die Beruhigung kehrte ein, als die Presse zur Zurückhaltung in der Frage der Irredenta ermahnte, um Italien keinen Vorwand zu geben, sie auch gegen die Schweiz auszuspielen. Obschon Basel dem neuen Kampfplatz entrückt lag, nahm es dennoch starken Anteil an der Spannung, in die sich die Tessiner versetzt sahen. Dazu trug nicht wenig bei, dass unsere Landwehrmänner mehrmals jenseits des Gotthards Wache hielten und auf abgelegenen Posten das entsagungsvolle und anspruchslose Dasein einer gastfreundlichen und gut eidgenössisch gesinnten Bergbevölkerung schätzen lernten.

Da trotz dieser Ausweitung des Kriegs eine starke Sehnsucht nach Frieden aus allen Ländern vernehmbar wurde, schien der Gedanke, die Schweiz solle in Verbindung mit den andern neutralen Staaten eine Vermittlung anbahnen, Erfolg zu versprechen. Doch als Bundesrat Hoffmann auf eine Interpellation im Ständerat antwortete, ein solcher Schritt sei so lange aussichtslos, als sich nicht bei beiden Parteien die Einstellung zum Feind wandle, und dass konkrete Friedensvorschläge unsere Neutralität gefährden würden, mussten alle Hoffnungen auf ein baldiges Ende des Ringens einmal mehr begraben werden. Es schien wie eine Ironie des Schicksals, dass man erst nach unabsehbarem Blutvergiessen mit dem Erlöschen des Feuers infolge allgemeiner Erschöpfung rechnen durfte, wenn man nicht durch einen einseitigen Sieg-Frieden eine zeitweilige Waffenruhe mit späterem noch fürchterlicherem Morden und Hassen erkaufen wolle.

Die Sozialdemokratie entfaltete eine rege Agitation für einen raschen Friedensschluss, weil sie von dem riesigen Aderlass des Proletariats dessen Schwächung befürchtete. In Basel veranstaltete die Jugendorganisation am Jahrestag des Kriegsausbruchs eine Gedenkfeier für den ermordeten Vorkämpfer Jean Jaurès. Auf Anfang Oktober rief die Geschäftsleitung der Partei zu einer grossen Demonstration im ganzen Land auf; bei uns wurde

sie in Form eines Umzugs mit etwa 2000 Teilnehmern vom Marktplatz zum Münsterplatz, wo eine Protestresolution gegen die Fortsetzung des Kriegs beschlossen wurde, abgehalten.

Innerhalb der Parteileitung hatten zwar noch immer die gemässigten Elemente die Oberhand. Sie erklärten, zur gewaltsamen Eroberung des kapitalistischen Staates sei es noch zu früh, da das Proletariat noch zu wenig durchorganisiert und zu ungeschult sei; zuerst müssten den Arbeitern in den feindlichen Heerlagern die Augen über den Vernichtungswillen ihrer Regenten aufgehen. Doch am Rand der offiziellen Partei spielte sich ein Vorkommnis ab, mit dem sich die Führung wider Willen auseinandersetzen musste. Im Herbst trat im bernischen Zimmerwald eine Konferenz sozialistischer Vertreter kriegführender und neutraler Länder zusammen. In ihrem Schlussmanifest riefen sie die Werktätigen zur Aufkündigung des Burgfriedens und zur Wiederaufnahme des aktiven Klassenkampfes auf, wenn auch eine revolutionäre Aktion noch unterbleiben sollte, um die Bewegung nicht durch Spaltung zu schwächen; doch müssten alle Staaten im Friedensvertrag auf Annexionen und Kontributionen verzichten. Die Geschäftsleitung der schweizerischen Partei hatte mehrheitlich die Einladung zur Konferenz abgelehnt, aber ihren Mitgliedern die Teilnahme erlaubt. Im «Vorwärts» wurde sie deswegen von Schneider der Lauheit und der Sabotage der internationalen Prinzipien angeklagt und eine Spaltung als das kleinere Übel dargestellt. Die Redaktion wehrte jedoch solche Anwürfe ab, weil sie die schwer errungene Position der Arbeiterschaft nicht durch «Jakobinertum» gefährden lassen wollte. Dass eine Parteiversammlung dem Standpunkt der Geschäftsleitung mit 69 zu 48 Stimmen beipflichtete, zeigte, dass sich im hiesigen Proletariat Gemässigte und Radikale noch einigermassen die Wage hielten; der schwache Besuch verriet aber auch, dass Unschlüssigkeit oder Gleichgültigkeit eine klare Stellungnahme verhinderten. Wenn dagegen der Parteitag mit 331 gegen bloss 51 Stimmen eine Resolution gut hiess, die das Zimmerwalder Manifest begrüßte, so wollten sich vermutlich die Delegierten beim Parteivolk nicht dem Verdacht eines opportunistischen Schwankens aussetzen.

3. Die nationalpolitische Krise

Da die welsche Presse aus Spittellers Rede nur die Kritik an Deutschland heraushören wollte, hofften die «Basler Nachrichten», ein Patriot von jenseits der Saane möchte das Wort an seine engeren Landsleute richten. Die NHG erfüllte diesen Wunsch, indem sie am 25. Januar den Genfer Literaturhistoriker Paul Seippel einen öffentlichen Vortrag über «Die gegenwärtigen

Ereignisse vom Standpunkt der romanischen Schweiz betrachtet» halten liess. Doch war diese Rede weniger eine Kopfklärung im Sinne Spitteler als eine Warnung vor der Massensuggestion, die den Unterschied zwischen deutscher Kultur und preussischem Militarismus zu verwischen drohe, und eine Huldigung an Frankreich, dem die Rettung Europas vor der pangermanistischen Organisation zu verdanken sei. So gross die Ehre für Basel war, dass diese Worte in seinen Mauern klangen, so wenig konnten sie trotz der Beteuerung, Deutschland dürfe nicht zerschmettert werden, als Zeugnis einer überparteilichen Haltung gelten. Gerade weil Seippel das Bekenntnis zur romanischen Art für das Welschland als selbstverständlich beanspruchte, erwiderte ihm der Theologieprofessor Paul Wernle in einem Aufsatz, dass die Deutschschweizer mit gleichem Recht ihr Herz für Deutschland schlagen lassen dürften, ohne dadurch den eidgenössischen Staatsgedanken zu verraten; denn wir müssten auf das Miterleben der Grösse unserer Zeit verzichten, wenn wir die Stammesverwandtschaft mit der deutschen Kultur verleugneten. Da Wernle in der belgischen Frage den Notwehrstandpunkt der Reichsleitung gelten liess, forderte er nicht nur die Kritik des «Vorwärts» heraus, der die Rechtfertigung des Kriegs als unvereinbar mit der Heiligkeit des menschlichen Lebens erklärte, sondern er vertiefte den Graben zwischen den beiden Landesteilen; denn nicht nur die Welschen verteidigten nach wie vor das durch deutsche Gewalt verletzte Vertragsrecht. Aus diesem Dilemma zwischen Macht und Recht suchte der Historiker Emil Dürr einen Ausweg zu zeigen, weil es uns verhindere, im nur schweizerischen Interesse Stellung zur Weltpolitik zu beziehen; wir müssten endlich lernen, durch unsere Eigenart den Unterschied zwischen Politik und Kultur zu erkennen, statt unmerklich in fremde Mentalitäten hinüberzugleiten und selbstgerecht über andere Völker den Stab zu brechen.

Dass der Kampf um unsere geistige Unabhängigkeit die meisten Lehrer der akademischen Jugend stark beschäftigte, bewies eine von über 300 schweizerischen Hochschuldozenten unterzeichnete Kundgebung, unter denen auch 44 von Basel figurierten. Sie bekannten sich zum Ideal der über dem Völkerrass stehenden freien Erforschung der Wahrheit und zum Geist der internationalen Gelehrtenrepublik. Dieses Manifest darf als natürliche Reaktion auf die von überall auf uns eindringenden Versuchungen gelten, durch Schuldbezeichnungen die objektive Erkenntnis der Kriegsursachen zu trüben. Da zudem eine gewisse deutsche Publizistik immer unverhohlener alldeutsche Expansionsgelüste zu Wort kommen liess, untergrub sie das Vertrauen in die Rechtlichkeit unseres nördlichen Nachbarn wirksamer als die grimmigste französische Hetzliteratur. Auch die Parteinahme zweier in Deutschland lebender Schweizer Schriftsteller, des Berners Mühlestein und

des Baselbieters Jakob Schaffner, für pangermanistische Programme, denen die staatliche Existenz der Eidgenossenschaft zum Opfer gefallen wäre, weckte bei uns Zorn und Entrüstung, weil sie als offener Verrat am Vaterland nicht einmal mehr als Ausdruck subjektiver Gedankenfreiheit toleriert werden konnte.

Die Tendenz aller Kriegführenden, ihre nationale Kultur in den Dienst der politischen Propaganda einzuspannen, bewog die NHG, dem Vertrieb solchen Materials entgegenzutreten. Dafür stellte sie unserem Volk konkrete Aufgaben, indem sie prominente Männer Vorträge über aktuelle Fragen halten liess (in Basel sprachen ausser Seippel der Freiburger de Reynold über «La Suisse romande», der Bauernsekretär Laur über «Landwirtschaft und Industrie» und Gelpke über «Mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft»). Damit stärkte sie im besonnenen Bürgertum die Mitverantwortung für unsere nationale Selbsterhaltung, hinter der stammesmässige und kulturelle Affinitäten mit den Nachbarmächten zurücktreten müssten. Da das Jahr 1915 noch im Zeichen der Hegemonie Deutschlands stand, geriet die NHG in den ungerechten Verdacht, sie besorge durch ihre Warnung vor der Anbetung äusserer Erfolge das Geschäft der französischen Propaganda und leiste den welschen Vorwürfen an die deutsche Schweiz in der belgischen Frage Vorspann.

Eine Broschürenserie «Stimmen im Sturm aus der deutschen Schweiz» erregte bei uns eine um so leidenschaftlichere Diskussion, als zu ihren Herausgebern auch einige Basler gehörten. Sie katalogisierte einzelne hemmungslose welsche Ausfälle gegen Deutschland und brandmarkte den überheblichen Ton gegenüber der deutschen Schweiz, der in Entgleisungen gewisser welscher Zeitungen vernehmbar war, und suchte damit zu beweisen, dass die Schuld am Graben nur jenseits der Saane liege; ferner nannte sie es unehrlich, wenn man die Uneinigkeit der Eidgenossen durch Wunschträume vertuschen wolle, da die Zuneigung für eine Kriegspartei nur dann gefährlich sei, wenn sie in Schmähungen gegen die andere ausarte. Obschon sich die Herausgeber amtlich bestätigen liessen, dass nur Schweizerbürger in ihre Vereinigung aufgenommen würden, lehnten doch viele Leser ihre Taktik als ungebührliche Provokation der Welschen ab.

Im Sommer stellten die «Basler Nachrichten» die betrübliche Diagnose, die Eidgenossenschaft sei durch gefährliche Fremdkörper ernstlich erkrankt; die Zensur sei als Vorbedingung einer Heilung unentbehrlich geworden, obschon sie nur Symptome, nicht die Ursachen bekämpfen könne. Dass auch dies noch zu optimistisch geurteilt war, sollte leider die Folgezeit erweisen.

4. Die wirtschaftspolitische Krise

Je weiter der Stellungskrieg mit seinem Auf und Ab von Geländegewinnen und -verlusten eine rasche militärische Entscheidung hinausschob, desto intensiver bemühten sich die Kriegführenden, den Gegner durch die Blockade zu erwürgen. Obschon die Schweiz für ihre Versorgung wie ihren Handel auf die Verständigung mit beiden Seiten angewiesen war, konnte sie es nicht verhindern, dass die völkerrechtliche Garantie ihrer Zufuhren aus neutralen Ländern, besonders aus Amerika, durch Konfiskationen und Sperren verletzt und Erleichterungen nur gegen die Zusicherung gewährt wurden, dass die Ware oder daraus hergestellte Fabrikate nicht dem Feind zugeführt würden. Die Errichtung der Treuhandstelle in Zürich für die deutsche Einfuhr im Juni und die Gründung der «Société Suisse de Surveillance» in Bern im September für diejenige aus Ententegebieten sicherten die Versorgung mit dem Notwendigsten, indem die Kontrolle der Verwendung der Waren schweizerischen Vertrauensleuten überantwortet wurde. Da die Basler Industrie von der Rohstoffkrise nicht so schwer wie die von der Verarbeitung der Baumwolle lebenden ostschweizerischen Textilfabriken betroffen wurde, können wir uns mit einem raschen Einblick in die hiesige Presse begnügen, die in der Erkenntnis der eminenten Bedeutung des Problems für die wirtschaftliche Existenz des ganzen Landes Verlauf und Ergebnis der zähen und unerfreulichen Verhandlungen ausgiebig besprach. Übereinstimmung herrschte bloss in der Überzeugung, dass keine andere Wahl als Annahme der Abmachungen übrig blieb, wenn nicht die gesamte Wirtschaft zusammenbrechen sollte, und dass der Trust die einzige Waffe sei, der bisherigen Schnüffelei ausländischer Agenten ein Ende zu machen. Während die «Basler Nachrichten» das Recht der Schweiz betonten, Deutschland Kompensationswaren für die von ihm gelieferten Kohlen und Metalle zu gewähren, hoffte die «National-Zeitung», das Reich werde uns notfalls mit einem Teil dessen versorgen können, was uns die Entente vorenthalte, und lud den Bundesrat ein, es unter Umständen auf den Bruch mit Frankreich und England ankommen zu lassen, da ein demütigender Trust unsere Versorgung doch nicht unbedingt garantieren könne; jedenfalls dürften Kompromisse nur unter Protest geschlossen werden, damit im Volk das Rechtsbewusstsein intakt bleibe. Indem der «Vorwärts» der Treuhandstelle mehr Misstrauen als der «Société Suisse de Surveillance» entgegenbrachte, spiegelte sich darin seine zunehmende Antipathie gegen Deutschland, während die «National-Zeitung» am Glauben festhielt, das Reich sei der zuverlässigere Geschäftspartner als die im Feld so schwer geschlagene Entente, weil es doch nicht ausgehungert werden könne. In den städtischen Konsumentenkreisen fand die «Société

Suisse de Surveillance» einen gewissen Kredit, weil der VSK sich daran beteiligte und weil Basel durch Nationalrat Jäggi darin vertreten war.

Die Trustfrage hatte aber noch eine weitere, für die Zukunft wichtige ideologische Bedeutung: jetzt wurde erstmals die ausschlaggebende Rolle der führenden Seemacht England erkannt. Bisher hatte man den britischen Löwen fast nur durch die deutsche Brille betrachtet, und die Rücksichtslosigkeit, mit der die englischen Kolonialbehörden gegen die Stationen der Basler Mission in Indien und Afrika vorgingen – auch Schweizerbürger wurden längere Zeit interniert, bevor ihnen die Heimreise gestattet wurde –, hatte vor allem in kirchlichen Kreisen Abneigung gegen das Inselreich geweckt. Gleichviel, ob man die Ausweitung des deutschen Unterseebootkriegs oder die englische Einschränkung der Freiliste der für die Neutralen bestimmten Transitwaren als das schwerere Vergehen gegen das Völkerrecht verurteilte, uns Landratten mussten endlich die Augen über die Faktoren Seekrieg und überseeische Verbindungen im Völkerringen aufgehen.

Natürlich wurde die Einstellung der Handelskreise zu den beiden Kriegsparteien durch die wirtschaftlichen Restriktionen, die wir in abgestuften Dosierungen zu spüren bekamen, beeinflusst. Mehrfach warnten die Auslandskorrespondenten unserer Presse vor der Versuchung, durch Denunzierung der Konkurrenz bei Amtsstellen Importbewilligungen ergattern zu wollen; die glaubwürdigste Empfehlung der schweizerischen Integrität sei ihre selbstlose Liebestätigkeit für die unschuldigen Opfer des Kriegs. Andere Stimmen, welche die Humanität zum Kompensationsobjekt in den Verhandlungen über die Landesversorgung degradieren wollten, vermochten glücklicherweise nicht durchzudringen. Es war sicher auch nicht unangebracht, wenn selbstgerechte Ankläger der Grossmächte davor gewarnt wurden, aus unserem naturgegebenen Verzicht auf Expansion eine Tugend zu machen, die dem Ausland lächerlich erscheinen musste.

5. Basels Stellungnahme zur Erhaltung des Landeskredits

Gemäss dem Ratschlag des Bundesrats beschloss die Bundesversammlung, die eidgenössische Kriegssteuer in Form einer Verfassungsrevision dem Entscheid des Volkes zu unterstellen. In Basel schien die Annahme von vornherein gesichert, da ausser den zentralistisch eingestellten Freisinnigen und Sozialdemokraten auch die sonst föderalistisch und antietatistisch gesinnten Liberalen erkannten, dass dem Bund zur Begleichung der täglich wachsenden Mobilisationskosten eine neue Finanzquelle verschafft werden musste. Nationalrat Speiser leistete wertvolle Pionierarbeit, indem er in einem in

der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehaltenen Vortrag darstellte, dass die einseitige Verlagerung des Staatshaushalts auf Anleihen den Landeskredit gefährden würde; die relativ starke Progression der vorgesehenen Steuerskala und die Heranziehung der juristischen Personen lasse sich rechtfertigen, da es sich um eine einmalige Erhebung handle. Nachdem in einer Volksversammlung auch Bundesrat Schulthess, der Vorsteher des Volkswirtschafts-Departements, für die Vorlage geworben hatte, nahm Basel-Stadt in der Abstimmung vom 6. Juni mit 12916 Ja gegen nur 344 Nein überwältigend an und stellte sich damit mit nur 2,5% Verwerfenden an die Spitze der annehmenden Stände.

Vielleicht hätte sich kein so glänzendes Resultat ergeben, wenn man gewusst hätte, dass in den dem Referendum entzogenen Ausführungsbestimmungen den Steuerpflichtigen eine Pauschaldeklaration zugestanden werden sollte, wodurch die Kantone mit schlechter Steuermoral und ungenügender Taxation begünstigt wurden. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass der schon bald auftauchende Vorschlag, die direkte Bundessteuer als permanente Institution einzuführen (der Kriegseintritt Italiens, der zur Verstärkung der Grenzwehr nötigte, war ebenso sehr Vorwand wie Ursache zu dessen Propagierung), bei den selbständig Erwerbenden bis tief in den Mittelstand hinein auf heftige Opposition stiess. Dagegen trat die «National-Zeitung», welche sich für die Interessen der Fixbesoldeten verwandte, offen dafür ein. Sie erklärte, die Frage dürfe nicht nach staatsrechtlichen Gesichtspunkten, sondern müsse als politisches Problem entsprechend der tatsächlichen Lage gelöst werden; eine neue Ausscheidung der steuerlichen Kompetenzen des Bundes und der Kantone bilde die Grundlage einer Gesamtkonzeption des finanziellen Gleichgewichts und werde vom Volk, dem die Ordnung Ehrensache sei, eher als Vorschläge von Ersatzleistungen angenommen werden; die föderalistischen Bedenken wegen der kantonalen Autonomie müssten hinter dem wichtigeren Landesinteresse zurücktreten. Sollte jedoch die Bundessteuer beim Volk keine Gnade finden, so müsste man schliesslich doch noch zu den Geldkontingenten greifen, um die Kantone zur Verbesserung ihrer Steuergesetze zu zwingen und die direkte Bundessteuer auf kaltem Weg zu erreichen. Dass die Sozialdemokraten noch unbedenklicher für die Neuerung eintraten und sie als Eckstein eines tragfähigen Finanzgebäudes proklamierten, war bei ihrer antikapitalistischen Anschauung selbstverständlich. Sie hatten die Annahme der Kriegssteuer durch das Volk begrüsst, aber die patriotischen Motive des Bürgertums, das kleinlich seine Vorteile berechnet habe, bezweifelt; dass das steuerfreie Einkommenminimum bloss auf 2500 Franken herabgesetzt war, erschien ihnen als Schönheitsfehler. Der Parteitag beschloss auf Antrag von Nationalrat Wullschleger, der als erfahrener

Finanzmann galt, eine Initiative für eine dauernde progressive Bundessteuer auf Einkommen und Vermögen der natürlichen und juristischen Personen zu entwerfen; auch wenn sie unterliegen sollte, versprach er sich von einem Achtungserfolg wenigstens die Wirkung, dass der Bund nicht wagen werde, die indirekten Abgaben zu erweitern.

Wenn sich also gegenüber dem Vorjahr die Ansichten entlang den Parteigrenzen versteiften, so war dies nicht nur durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Interessengegensätze, sondern auch durch die zunehmende Dogmatisierung der nationalökonomischen Anschauungen bedingt. Diese Erscheinung liess sich auch bei der Bewertung der Anleihen und der Monopole beobachten. Obwohl der Werktätige kaum in den Fall kam, sich durch die Zeichnung einer Anleihe «ausbeuten» zu lassen, wurde diese Geldquelle des Staates vom «Vorwärts» abgelehnt, weil sie die Zinsen erhöhe und den Staat der Willkür der Banken ausliefere, die durch ihr Syndikat die Ermässigung des Zinsfusses unter 5% verhinderten und die Hypothekardarlehen verteuerten; in letzter Linie müsse dann auch der kleine Steuerzahler für die Geldteuerung büssen. Der Monopolgedanke (im vordersten Rang stand die Frage des Tabakmonopols, und von den Sozialisten wurde bereits die Monopolisierung der Lebensversicherungen in die Diskussion geworfen) wurde von den «Basler Nachrichten» bekämpft, weil er die kleinen Betriebe und die persönliche Initiative ersticke und den Konsum verteuere; die «National-Zeitung» befürwortete ihn, weil sie sich eine für den Staat rentable Betriebsrationalisierung davon versprach; der «Vorwärts» steigerte den Preis seiner Zustimmung, indem er ausser der Reservierung des Ertrags auch das Einverständnis des Freisinns mit dem Proporz für den Nationalrat verlangte. Von solchen parteipolitischen Berechnungen stach eine Broschüre des späteren Regierungsrates Hauser wohltuend ab, in welcher er indirekte Steuern, das rote Tuch seiner Parteigenossen, und Schutzzölle auf Luxusartikel für annehmbar erklärte; die kantonalen Anteile an Bundeseinnahmen sollten geschützt werden, sofern dadurch die unteren Schichten von Steuern möglichst entlastet würden.

Nationalrat Speiser schlug bei der Beratung des Budgets für 1916 vor, die Einnahmen der Kriegsteuer und die Ausgaben für die Mobilisation auf einem gesonderten Konto zu verbuchen und den verdoppelten Militärpflichtersatz dem Bund zu reservieren; ferner sollte eine Wehrsteuer, der auch die Ausländer und die juristischen Personen unterworfen sein sollten, an die Stelle einer permanenten Bundessteuer treten. Dies entsprach auch dem von den «Basler Nachrichten» empfohlenen Grundsatz, alle neuen Einnahmen gesetzlich für bestimmte Zwecke vorzubehalten und eine eventuelle Besteuerung der Kriegsgewinne den Kantonen zu überlassen.

Zu immer grösseren Opfern waren aber die besitzenden Kreise nur bereit, wenn auch die Ausgaben nach ihrer Notwendigkeit überprüft wurden. Sie erwarteten vor allem eine Reduktion der Subventionen und eine Reorganisation der eidgenössischen Betriebe, besonders der SBB. Zwar traten auch die «Basler Nachrichten» für die Wiederherstellung der Vorkriegsbesoldungen des Personals ein, verlangten aber, da die Löhne 67% der Ausgaben ausmachten und der Schuldendienst für die Anleihen den Betriebsüberschuss um 17 Millionen überschritt, einen Abbau der Kreisdirektionen und die Entpolitisierung der Verwaltung; auch sollten die Besoldungen den Leistungen besser angepasst werden. Die «National-Zeitung» plädierte demgegenüber eher für die wirtschaftliche Besserstellung des unteren Personals, das durch schweren Dienst, lange Arbeitszeit und geringe Aussicht auf Beförderung benachteiligt sei.

Die Eröffnung des Münster-Grenchen-Tunnels im Herbst verbesserte zwar die Verbindung Basels mit der Westschweiz, konkurrenzierte aber indirekt durch den verkürzten Anschluss an den Simplon die Hauptlebensader unseres Transits, die Gotthardlinie nach Italien. Deshalb befürwortete die Basler Presse den raschen Ausbau der Doppelspur und die Beschleunigung der Schnellzüge, damit die durch die bevorstehende Eröffnung des Hauenstein-Basistunnels zu gewärtigende Verdichtung des Verkehrs bewältigt werden könne. Ein weiteres Postulat betraf die direkte Verbindung des Wolfbahnhofs mit der Eisenbahnbrücke der Basler Verbindungsbahn.

6. Ausblick

Wie weit hatte sich im Basler Volk die Einstellung zum Kriegsgeschehen und zur Lage des Vaterlandes im Lauf des Jahres 1915 gewandelt? Trotzdem die deutschen Armeen tief nach Russland und in den Balkan eingedrungen waren, verstärkte sich die Einsicht, dass auf Seite der Entente vor allem England über ein bei weitem noch nicht ausgeschöpftes Kriegspotential an Menschen und Material verfüge und dass sich deshalb das Ende noch lange hinausziehen könne. Dennoch liessen sich bei uns immer noch viele vom Wunschdenken beherrschen und trösten, die durch die unerhörten Verluste und Entbehrungen erschöpften Völker würden noch vor einer Entscheidung auf den Schlachtfeldern zusammenbrechen und dadurch den Abbruch des Kampfes erzwingen. Doch gerade eine solche Perspektive erzeugte auch die Vermutung, der unter einer trügerischen Asche weitermottende Hass werde neuen Rüstungen rufen, so dass auch die Schweiz, über der ein Angriff nach wie vor als latente Gefahr schwebte, nicht an Abrüstung denken dürfe.

Die Handelsstadt Basel blickte mit noch grösserer Sorge in die nicht minder undurchdringliche wirtschaftliche Zukunft. Denn es schien wahrscheinlich, dass unabhängig vom militärischen Ausgang des Kriegs die beiden Heerlager sich in permanente Wirtschaftsblöcke verwandeln würden, zwischen denen die Kleinstaaten ersticken müssten. Deshalb stellten sich weitsichtige Führer unserer Industrie schon jetzt darauf ein, planmässig und energisch in den kommenden Wettkampf einzugreifen, um der Schweiz Lebensluft und Bewegungsfreiheit zu erhalten. Dagegen kapselten sich die Sozialdemokraten in ihr Dogma vom notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus als Voraussetzung einer besseren Welt ein; darob versäumten sie die Mitarbeit an konstruktiven Plänen innerhalb der geltenden Ordnung. So verständlich die Erbitterung der vielen Werktätigen war, die nur noch knapp von der Hand in den Mund leben konnten, so bedauerlich und unheilverkündend war es, dass sich immer deutlicher die geistige Abspaltung der Arbeiterschaft vom Ideal der vaterländischen Einigkeit abzeichnete.

So stand Basel Ende 1915 vor einer wachsenden Last ungelöster Aufgaben. Wenn es wie seine Mitleidgenossen die Schwelle zum neuen Jahr dennoch tapfer überschritt, so schöpfte es seine Zuversicht aus dem Bewusstsein seiner noch ungebrochenen Kraft. Und wollte etwa der Kleinmut die Oberhand gewinnen, so mahnte der Geschützdonner vom nahen Kriegsschauplatz daran, dass unsere Beschwerden unvergleichlich leichter zu ertragen waren als die unsäglichen Leiden der in den Krieg verstrickten Völker.